

Das Parlament

Berlin, Montag 12. September 2011

www.das-parlament.de

61. Jahrgang | Nr. 37/38 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Premiere im Bundestag

Benedikt XVI. Zweimal hat der deutsche Papst schon Deutschland besucht, 2005 Köln beim Weltjugendtag und 2006 seine bayerische Heimat.

Nächste Woche kommt Benedikt XVI. zum ersten offiziellen Besuch – als vatikanisches Staatsoberhaupt wurde er von Bundespräsident Christian Wulff dazu eingeladen. Die Visite vom 22. bis 25. September mit Stationen in Berlin, Erfurt und Freiburg ist ein Großereignis, dem viele mit Spannung entgegensehen. An der Spree schaut man vor allem auf die Rede des Kirchenoberhaupts am 22. September vor dem Bundestag – eine Premiere. Dazu hatte Bundespräsident Norbert Lammert (CDU) eingeladen. Er hoffe, dass der Papst „etwas zu den geistigen Grundlagen einer modernen demokratischen Gesellschaft diese Landes“ sage, so Lammerts Erwartung (siehe S. 12, 13).

ERFURT UND FREIBURG ist ein Großereignis, dem viele mit Spannung entgegensehen. An der Spree schaut man vor allem auf die Rede des Kirchenoberhaupts am 22. September vor dem Bundestag – eine Premiere. Dazu hatte Bundespräsident Norbert Lammert (CDU) eingeladen. Er hoffe, dass der Papst „etwas zu den geistigen Grundlagen einer modernen demokratischen Gesellschaft diese Landes“ sage, so Lammerts Erwartung (siehe S. 12, 13).

ZAHLE DER WOCHE

1,975 Billionen

Euro beträgt nach Angaben des Bundes der Steuerzahler die Gesamt-Staatsverschuldung in Deutschland. Das ist in Ziffern: 1.975.000.000.000. Noch im Jahr 2000 waren Bund, Länder und Kommunen hierzulande mit 1,198 Billionen Euro verschuldet, 1995 mit 1,009 Billionen. Vor der Wiedervereinigung betrug der westdeutsche Schuldenstand 1985 „nur“ 287 Milliarden Euro.

ZITAT DER WOCHE

»Wir ertrinken nicht in Schulden.«

Wolfgang Schäuble (CDU), Bundesfinanzminister, in der Bundestags-Debatte am vergangenen Dienstag zum Auftakt der Haushaltsverhandlungen

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Hans Apel Der frühere Verteidigungsminister und SPD-Politiker starb mit 79 **Seite 10**

INNENPOLITIK

Wahlrecht Experten mahnen bei Anhörung im Innenausschuss zum Konsens **Seite 10**

EUROPA UND DIE WELT

Naher Osten Parlament diskutiert über Israel und die Palästinenser **Seite 11**

KEHRSEITE

Bundestag 26.000 Besucher kamen zum Tag der offenen Tür **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Die Euro-Krise im Nacken

GENERALDEBATTE Merkel wirbt für »Stabilitätsunion« – Opposition sieht Versagen der Regierung

Es ist einiges anders gewesen als sonst am vergangenen Mittwoch bei der traditionellen Generaldebatte über die Politik der Bundesregierung. Schon der Zeitpunkt der normalerweise um 9 Uhr beginnenden Aussprache war ungewöhnlich: Um das für 10 Uhr angekündigte Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Euro-Hilfen (siehe Beitrag unten) abwarten zu können, wurde zunächst über den Etat des Auswärtigen Amtes debattiert, bevor Bundestagspräsident Hermann Otto Solms (FDP) den Haushalt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aufrief. Und dann ging es – eher untypisch für eine Generaldebatte – über weite Strecken nur um ein Thema, nämlich die Krise des Euro und den richtigen Weg zu seiner Rettung.

Da verzichtete SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier darauf, die „katastrophale Halbzeitbilanz“ der Koalition im Detail auszumalen, und Merkel lobte zwar ihre Regierung für das bewältigte Arbeitsprogramm, wollte dann aber nicht wie „in normalen Zeiten“ etwa über „maßvolle Steuerentlastungen“ sprechen, weil man eben nicht in normalen Zeiten lebe. Denn: Deutschland gehe es zwar gut, doch könne es „auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn es nicht auch Europa gut geht“, sagte die Kanzlerin und warnte: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ So wie Deutschland aus der Weltfinanzkrise gestärkt herausgekommen sei, müsse „jetzt auch Europa stärker aus der Krise herauskommen, als es hineingegangen ist“, benannte Merkel die „zentrale Aufgabe dieser Legislaturperiode“.

Streit um Euro-Bonds Das Hauptproblem sah die Kanzlerin in der hohen Verschuldung einzelner Länder und forderte ein „grundsätzliches Umdenken“. Alle 17 Euro-Staaten müssten zu der Erkenntnis gelangen, dass man nicht auf Kosten künftiger Generationen wirtschaften dürfe. Sie seien durch die gemeinsame Währung „untrennbar miteinander verbunden“, doch habe jedes Land seine Haushaltshoheit, konstatierte Merkel, um sich dann entschieden gegen den Ruf nach sogenannten Euro-Bonds zu wenden: Wenn man keinen Einfluss auf die nationalen Haushalte habe, aber „die Schulden in einen Topf werfe“ und die Zins-



„Elefantenrunde“ im Bundestag: Kanzlerin Merkel (CDU) und die Fraktionschefs Steinmeier (SPD), Brüderle (FDP), Gysi (Linke) und Trittin (Grüne) (von links)

sätze vergemeinschaftete, führe dies in die „Schuldunion“. Notwendig sei dagegen eine „Stabilitätsunion“, für die „Eigenverantwortung und Solidarität“ gebraucht werde, betonte die Kanzlerin und sah sich dabei von dem Karlsruher Richterspruch bestätigt. Zugleich mahnte sie eine engere Zusammenarbeit in der Euro-Zone an. Um dabei „ein Mehr an Verbindlichkeit“ zu erreichen, dürften auch Vertragsänderungen kein Tabu sein. Steinmeier hielt der Regierung vor, in der Euro-Krise immer mit sechsmonatiger Verzögerung auf die von der SPD vertretene Linie eingewunken zu sein. Wenn sie jetzt Euro-Bonds ablehne, dürfe sie sich nicht wundern, wenn das als Ankündigung gemeinsamer Anleihen verstanden werde. Steinmeier wies zudem Kritik zurück, die SPD sei für eine „unkonditionierte Einführung

dieses Instruments“. Das gehe nur, wenn „Durchgriffsmöglichkeiten auf das Ausga-

Parlamännchen
Politik für Kinder

Haushalt

Die meisten Familien leben in einem Haushalt. Deshalb nennt man das Geld, das sie für Essen, Kleidung und ähnliches ausgeben, „Haushaltsgeld“. Manche machen sich dafür einen Plan, einen „Haushaltsplan“. Auch Deutschland hat so einen Plan. Darin steht, wo für das Land wie viel Geld ausgegeben darf – etwa für Autobahnen, Bundeswehrflugzeuge oder Umweltschutz. Dazu muss die Regierung aufschreiben, welche Ausgaben sie machen will. Die Entscheidung über diesen „Bundeshaushalt“ trifft dann der Bundestag. In der vergangenen Woche hat er begonnen, über die Ausgaben zu beraten, die für das kommende Jahr geplant sind.

behalten jener Staaten bestehen, die Hilfe in Anspruch nehmen“. Nachdrücklich forderte er eine Regulierung der Finanzmärkte. Zu denken geben müsse der Regierung auch, wenn Vermögenswerte plötzlich besteuert werden wollten. Schwarz-Gelb verspreche aber als einzige Regierung in Europa „trotz Verschuldung in dieser Situation noch Steuererleichterungen“. Gregor Gysi, Chef der Linksfraktion, empfahl Merkel, den Spitzensteuersatz zu erhöhen und die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Zugleich forderte er höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen sowie mehr Investitionen als „Rezept für Griechenland und für Deutschland“. Auch würden Euro-Bonds „den Euro natürlich stabilisieren“. Man habe es mit einer „Diktatur der Finanzmärkte“ zu tun, ohne dass die Regierung die Kraft habe, etwas dagegen zu tun. Grünen-

Fraktionschef Jürgen Trittin mahnte, bei einer europäischen Wirtschaftsregierung die Parlamente zu beteiligen und auf eine „vernünftige“ Regulierung der Finanzmärkte abzielen. Das Karlsruher Urteil begrüßte er als gut für Europa, weil es „den Weg frei macht, diese Krise europäisch zu lösen“. Für die FDP-Fraktion lehnte ihr Vorsitzender Rainer Brüderle Euro-Bonds als „Zinssozialismus“ ab. Sie seien „ökonomisch, politisch und rechtlich ein Holzweg“. Da der Euro-Stabilitätspakt unter Rot-Grün „zerissen“ worden sei, brauche man nun einen „Stabilitätspakt II“ mit „scharfen Regeln, damit er wirkt“. Die Europäische Zentralbank könne nicht auf längere Zeit mit dem Aufkauf von Anleihen fortfahren. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) sprach sich gleichfalls gegen Euro-Bonds aus. Eine Vergemeinschaftung der Schulden führe „eben nicht die Staaten, die die Schulden gemacht haben, auf den richtigen Weg“, argumentierte Kauder. **Helmut Stoltenberg**

Karlsruhe stärkt Rechte des Parlaments

EURO-RETTUNG Verfassungsgericht räumt Bundestag mehr Mitsprache bei Hilfszahlungen für überschuldete Länder ein

S elten hat man im Bundestag mit solch großer Spannung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gewartet wie am vergangenen Mittwoch. Es ging um nichts Geringeres als um die Rechte des Gesetzgebers, des Parlaments, beim Euro-Rettungsfonds und der Griechenlandhilfe. Diese sahen die Kläger, der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler und eine Professorengruppe, verletzt. Das oberste deutsche Gericht wies deren Klage zwar insgesamt ab, stärkte zugleich aber in seinem Urteil die Rechte des Parlaments. Der zweite Senat in Karlsruhe verpflichtete die Bundesregierung, vor künftigen Hilfsmaßnahmen jedesmal die Zustimmung des Bundestags-Haushaltsausschusses einzuholen. Bislang musste sich die Regierung um ein Einvernehmen mit dem Ausschuss nur „bemühen“.

»Keine Blanko-Ermächtigung« Bei den Euro-Hilfen dürfe es keinen Automatismus geben, der die Rechte der Abgeordneten aushebelt, hieß es im Urteil. Konkret ging es um das erste Hilfspaket für Griechenland vom Mai 2010 und den ebenfalls im Frühjahr 2010 aufgelegten gemeinsamen Euro-Rettungsschirm EFSF. Für beide Maßnahmen haftet Deutschland bisher mit insgesamt 170 (und demnächst mit 211) Milliarden Euro. Die damaligen Beschlüsse der Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) billigte Karlsruhe. Zugleich mahnte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle, das Urteil sei für die Regierung keine „verfassungsrechtliche Blanko-Ermächtigung für weitere Rettungspakete“.

Merkel reagierte erleichtert auf die abgewiesenen Klagen. Die Euro-Politik der Regierung sei durch Karlsruhe „absolut bestätigt“ worden. Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) freute sich über das Urteil: „Gewinner ist die parlamentarische Demokratie.“ Er sehe sich in seiner Auffassung bestärkt, dass es „ohne eine konstitutive Mitwirkung des Parlaments keine verfassungsfesten Lösungen gibt“. Es gebe jetzt eine „glasklare Verfassungslage“, dass der Bundestag seine Haushaltshoheit nicht abgeben dürfe. Die fünf Bundestagsfraktio-

nen lobten ebenfalls die Karlsruher Entscheidung. Nach dem Karlsruher Urteil darf Deutschland seine Budgetrechte nicht durch „unbestimmte haushaltsrechtliche Ermächtigungen“ auf andere Gremien verlagern. Aus der demokratisch verankerten Etat-Autonomie folge, „dass der Bundestag einem intergouvernemental oder supranational vereinbarten, nicht an strikte Vorgaben gebundenen und in seinen Auswirkungen nicht begrenzten Bürgschafts- oder Leistungsautomatismus nicht zustimmen darf, der – einmal in Gang gesetzt – seiner Kontrolle und Einwir-

kung entzogen ist“. Dies könnte Bedeutung haben für den geplanten künftigen dauerhaften europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Es ist dem Gesetzgeber laut Karlsruher Richtern untersagt, „dauerhafte völkervertragsrechtliche Mechanismen“ einzurichten, „die auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen anderer Staaten hinauslaufen, vor allem wenn sie mit schwer kalkulierbaren Folgewirkungen verbunden sind“.

Schlagabtausch im Parlament Das Verfassungsgericht räumte dem Gesetzgeber dennoch bei der Übernahme von Bürgschafts- und Kreditzusagen einen großen Spielraum ein und nannte zudem keine Höchstgrenze für eine Haftungssumme. Das Gericht will nur bei einer „evidenten Überschreitung von äußersten Grenzen“ intervenieren. Der CSU-Abgeordnete Gauweiler zeigte sich trotz seiner Niederlage nach dem Urteil sicher, dass es nun nicht mehr zu Euro-Bonds kommen werde. Nur einen Tag nach dem Karlsruher Entscheid kam es im Bundestag zu einem Schlagabtausch über die geplante Erweiterung des Euro-Rettungsfonds (siehe Seite 9). Dabei signalisierte SPD-Chef Sigmar Gabriel der schwarz-gelben Bundesregierung trotz Kritik die Zustimmung seiner Partei. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verlangte vom finanziell angeschlagenen Griechenland weitere Sparzusagen. **Hans Krump**



Recht gesprochen: Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts beim Euro-Urteil

EDITORIAL

Zeitunglesen auch online

VON JÖRG BIALLAS

„Das Parlament“, die Wochenzeitung des Deutschen Bundestages, fühlt sich ihrer angestammten Leserschaft verbunden und verpflichtet. Viele Abonnenten halten uns zum Teil seit Jahrzehnten die Treue. Aus zahlreichen Briefen weiß die Redaktion, dass ihre Leserinnen und Leser neben der verlässlichen und objektiven Berichterstattung über das parlamentarische Geschehen vor allem auch eines schätzen: Dass „Das Parlament“ im Zeitalter der elektronischen Medien eine richtige Zeitung ist. Die beim Umblättern raschelt, auf der Notizen gemacht werden können, die im Keller archiviert wird. Versprochen: Das bleibt auch so! Und doch ist seit heute etwas anders. „Das Parlament“ gibt es jetzt nämlich auch als E-Paper, erreichbar über den Internetauftritt des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de. Wer dort „Das Parlament“ anklickt, kann die jeweilige aktuelle Ausgabe am Bildschirm lesen und durchblättern. Das raschelt zwar nicht. Dafür liefern Verknüpfungen mit externen Links zahlreiche Zusatzinformationen über die Abgeordneten und ihre Arbeit. Und noch etwas ist neu: In der Rubrik „Parlamännchen“, die Sie heute auf der Titelseite finden, erklären wir aktuelle parlamentarische Vorgänge und Begriffe für Kinder. Damit wollen wir nicht nur die jüngsten Leser ansprechen, sondern auch Erwachsene anregen, mit Kindern über Politik zu sprechen und demokratische Abläufe zu erklären. Jetzt aber, ob am Bildschirm oder mit der Zeitung in der Hand: Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Das Urteil vom 7. September 2011 im Wortlaut unter www.bverfg.de/entscheidungen/

GASTKOMMENTARE

SPITZENSTEUERSATZ ERHÖHEN

Lehre aus der Krise

PRO



Claus Hulverscheidt
»Süddeutsche Zeitung«

claus.hulverscheidt@sueddeutsche.de

Wenn es eine Lehre gibt, die Parteistrategen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl 2005 gezogen haben, dann ist es die: Ziehe nie mit dem Bekenntnis zu Steuererhöhungen in einen Wahlkampf! CDU-Chefin Angela Merkel hatte damals eine höhere Mehrwertsteuer angekündigt und ihren sicher geglaubten Sieg so beinahe noch vermasselt. Was für ein Irrsinn also, so möchte man sagen, dass die SPD nun erklärt, sie werde den Spitzensteuersatz bei einem Wahlsieg 2013 um satte sieben Punkte auf 49 Prozent anheben. Wer sich jedoch in der Koalition vor Freude auf die Schenkel klopfen will, sei gewarnt, denn das könnte mächtige blaue Flecken hinterlassen. So paradox es nämlich gerade für Freidemokraten klingen mag: Steuererhöhungen sind derzeit vielerorts populärer als Steuersenkungen. Die Lehre von 2005 – sie gilt drei Jahre nach Ausbruch der Weltfinanzkrise nicht mehr. Im Gegenteil: Der Staat braucht heute, da ihn die Euro-Schuldenmisere vor die größte Herausforderung seit 60 Jahren stellt, mehr Einnahmen und nicht weniger. Ein höherer Spitzensteuersatz ist deshalb gerechtfertigt, zumal dann, wenn er anders als heute nicht schon bei 53.000, sondern erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 Euro greifen soll – wie im SPD-Konzept vorgesehen. Damit würden Menschen, die nicht reich sind, vom Fiskus nicht länger als Reiche behandelt. Stattdessen müssten diejenigen mehr zahlen, die in der Krise bislang am glimpflichsten davon gekommen sind: die Spitzenverdiener. Dass unter ihnen auch viele Banker sind, deren Zunft den ganzen Schlamassel angerichtet hat, ist dabei kein Schaden. Es wäre das Signal, dass sich bei der Bewältigung der Krise niemand vor seiner Verantwortung drücken kann.

Fahrlässiges Vorhaben

CONTRA



Olaf Gersemann
»Die Welt«

olaf.gersemann@welt.de

Die SPD und der eine oder andere Millionär in Deutschland sind sich einig: Die Steuern für Besserverdiener sollen steigen. Die Sozialdemokraten wollen darüber hinaus Normalverdienern jene Entlastung verweigern, die ihnen eigentlich zustünde – schließlich sind die Abgaben dieser Erwerbstätigen aufgrund der sogenannten kalten Progression über die Jahre merklich gestiegen. Unter dem Strich soll der Fiskus also noch mehr Geld einsammeln als ohnehin schon. Gegen eine Weniger-Netto-vom-Brutto-Politik spricht eine ganze Reihe von Gründen. In einen beginnenden konjunkturellen Abschwung hinein Steuern zu erhöhen, ist fahrlässig. Grundsätzlicher und wichtiger aber ist: Das Ziel, die jährliche Neuverschuldung auf Null oder nahe Null zu senken, wäre längst erreicht, wenn die Politik nicht steigende Einnahmen aus Steuern und Abgaben zu einem erheblichen Teil gleich wieder ausgeben würde. Wäre die – rezessionsbedingt – gestiegene Staatsausgabenquote inzwischen wieder auf das Niveau des Jahres 2007 zurückgeführt worden: Das gesamtstaatliche Defizit würde 2011 nicht die erwarteten 2,1 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen – sondern nur 0,3 Prozent. Dass dies nicht passiert ist, passt in das Bild, das sich beim Blick auf länger zurückgehende Zahlenreihen ergibt. Der deutsche Staat gibt, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, heute fast so viel aus wie Anfang der 1990er Jahre – jener Zeit also, in der er das Megaprojekt Aufbau Ost zu schultern hatte. Eine sachliche Rechtfertigung dafür gibt es nicht. Der deutsche Staat hat kein Einnahmenproblem. Er hat ein Ausgabenproblem – das durch jede weitere Erhöhung von Steuersätzen im Zweifel nur verschärft werden würde.

Mehr zum Thema auf Seite 4

Herr Fricke, in der vergangenen Woche hat sich der Bundestag erstmals mit zwei Themen beschäftigt, die sicherlich weiter kontrovers diskutiert werden: Es ging um den Haushalt 2012 und um die Ertüchtigung des Europäischen Rettungsschirms. Halten Sie es für richtig, dass wir in Zukunft für den Rettungsschirm mit mindestens 210 Milliarden Euro bürgen müssen? Ja, ich halte es für richtig, dass wir jetzt die Möglichkeit schaffen, in begrenztem Rahmen zu bürgen. Sonst würde später möglicherweise ein viel höherer Schaden entstehen, wenn wir jetzt nicht helfen. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir zwar Mittel zur Stabilisierung des Euro zur Verfügung stellen werden, damit aber noch nicht entschieden haben, wie und von wem diese Mittel genutzt werden. Das halte ich gerade im Hinblick auf die nicht einfachen aktuellen Zahlen aus Griechenland für richtig.

Die Summen, die da im Raum stehen, machen den meisten Deutschen Angst. Was muss getan werden, um ihnen diese Angst zum Beispiel vor einer Inflation zu nehmen?

Dass diese Summen Angst machen, ist nachvollziehbar. Es ist aber unsere Aufgabe, die Aufgabe der Politik, deutlich zu machen, dass es zu einem Flächenbrand führen könnte, wenn wir nicht bürgen würden. Davon wäre dann auch unsere eigene Wirtschaft betroffen. Ein Flächenbrand muss unbedingt verhindert werden. Über die Frage der Inflation werden die nächsten Jahre entscheiden, die nicht einfach werden.

Es gibt ja auch in der Koalition Kritiker, denen die ganze Richtung nicht passt. Meinen Sie, dass man die noch bis zur Schlussabstimmung Ende September überzeugen kann?

Man muss bei den Kritikern unterscheiden zwischen denen, die aus ganz grundsätzlichen Erwägungen dagegen sind und denen, die meinen, als Abgeordnete nicht richtig mitentscheiden zu können. Das Schwierige bei solchen Dingen ist, dass man eine gewisse Zeit braucht, bis man sich neben der normalen täglichen Arbeit eingearbeitet hat.

Bis zur Schlussabstimmung ist noch drei Wochen Zeit. Wird die Koalition eine eigene Mehrheit haben?

Ich bin jedenfalls davon überzeugt. Es wird deutlich werden, dass nicht in Brüsseler oder Berliner Hinterzimmern entschieden wird, sondern im Deutschen Bundestag – im Zweifel vor laufendem Kameran im Plenum. Die größere Transparenz wird am Ende auch dazu führen, dass wir die notwendigen Mehrheiten dann haben.

Wie wollen Sie die Beteiligung des Bundestages sicherstellen, ohne dass der Rettungsschirm unpraktikabel wird?

Die Parlamentsbeteiligung darf kein starres Gitter sein, sondern ein flexibles Netz. Und dann muss man genau gucken, in welchen Fällen das Parlament, in welchen Fällen der Ausschuss entscheidet und was in besonders eilbedürftigen oder besonders vertrauensbedürftigen Fällen gemacht wird. Darüber müssen wir in den nächsten Tagen noch reden. Da gibt es auch schon gute Vorschläge des Bundestagspräsidenten und ein Papier der Koalitions-Haushälter. Wir werden auf jeden Fall eine Lösung finden, die pragmatisch ist, aber gleichzeitig auch transparent.

Was halten Sie von der Gründung eines neuen Super-Europaausschusses?

Wir benötigen keinen Super-Ausschuss. Entscheidend ist die Kompetenz. Man muss dafür sorgen, dass wir Fachleute haben, die die Problematik verstehen und deswegen genau so begründet „Ja“ wie „Nein“ sagen können. Da es sich um das Haushaltsrecht, das Königsrecht des Parlaments, handelt,

»Schulden weiter senken«

OTTO FRICKE Der FDP-Abgeordnete will mit dem Euro-Rettungsschirm einen Flächenbrand verhindern und im Haushalt Subventionen kürzen



wieder nicht, weil jeder einzelne Empfänger begründen kann, warum seine Subvention gerade gut ist. Das wird noch ein hartes Stück Arbeit. Wir haben sowohl im Bereich Arbeitsmarkt als auch im Bereich sonstiger Sozialausgaben noch erhebliche Veränderungen vor uns, denn die guten Arbeitslosenzahlen haben auch entsprechende Auswirkungen auf die Sozialsysteme. Und ich warne davor, gute Arbeitslosenzahlen zu benutzen, um Leistungen in den Sozialsystemen auszuweiten.

Welche Risiken sehen Sie im Etat?

Wir haben natürlich über das Thema Europa hinaus die Unsicherheit, wie hoch die Einnahmen wirklich ausfallen und wie hoch die Zinszahlungen sein werden. Man muss da sehr defensiv sein und dafür sorgen, dass es eine Reserve gibt. Lieber vorsichtig kalkulieren und sich dann freuen, dass man weit unter der Schuldenbremse ist. Das ist besser als nachzusteuern.

Werden Sie die Schuldenbremse auch zukünftig einhalten können?

Die Schuldenbremse sagt, dass der Bund 2016 eine Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt haben darf. Ich denke, dass wir dieses Ziel schon früher erreichen werden, und ich glaube auch, wie der Finanzminister, dass wir schon 2014 einen ausgeglichenen Staatshaushalt haben werden.

Sie wollen Subventionen abbauen und Ausgaben kürzen. Könnte man nicht auch die Einnahmen erhöhen, indem man Steuern erhöht?

Meine Erfahrungen zuerst als Referent der Bundestagsfraktion seit 1996 und als Abgeordneter seit 2002 sind: Wenn man der Politik mehr Geld gibt, gibt sie es aus. Deshalb sind die vorgesehenen Steueranpassungen im unteren und mittleren Bereich der Einkommen auch ein Hinweis an die Politiker: Ihr könnt nicht mehr ausgeben, ihr könnt nicht zum Beispiel mit einer kalten Progression rechnen, die euch weiter Geld reinspült.

Apropos Steuersenkungen. Zieht Ihr Koalitionspartner da mit?

Ich gehe davon aus, dass die Union das genau so sieht und Bundesfinanzminister Schäuble hat ja schon bestätigt, dass man im Bereich der sogenannten kalten Progression etwas tun muss. Das ist eine Anpassung. Viele werden dann fragen: Wie hoch ist das Volumen? Für mich ist wichtiger, was bedeutet es für die Arbeitsplatzchancen des Einzelnen im unteren und mittleren Einkommensbereich. Der FDP geht es vor allem um Steuergerechtigkeit!

Viele Probleme kommen auf Sie zu. Wird die Koalition bis 2013 durchhalten?

Ob es ein Durchhalten ist, weiß ich nicht. Ich sehe das immer so: Wir sind für vier Jahre gewählt, und das ist unser Auftrag. Und nach den vier Jahren wird ein Schlussstrich gezogen. Da wird es manches geben, was nicht so toll war. Aber es wird auch vieles sein, wo man dann merkt: Mensch, das haben die gar nicht schlecht gemacht. Man muss es nur rechtzeitig darstellen, denn sonst passiert das, was der SPD passiert ist, dass sie nämlich mit der Agenda 2010 etwas Gutes gemacht hat, es aber nicht dargestellt hat, weil sie sich intern gestritten hat und nicht den Bürgern die Vorteile klargemacht hat. Da müssen wir noch arbeiten und wenn wir das „mit nüchterner Leidenschaft zur praktischen Vernunft“, um Helmut Schmidt zu zitieren, hinkriegen, dann hält die Koalition bis 2013 sicher.

Das Interview führte Michael Klein.

Otto Fricke (45) ist haushaltspolitischer Sprecher und parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Weltverbesserer: Sven-Christian Kindler

Etatpolitik muss nicht nur die Abfolge trockener Zahlen sein. Für Sven-Christian Kindler, seit 2009 im Bundestag und Bündnis 90/Grünen-Vertreter im Haushaltsausschuss, ist es eine hochspannende Angelegenheit. Daran kann sich die ganze Leidenschaft eines Politikers entzünden. Und schnell redet sich der mit 26 Jahren jüngste Grünen-Bundestagsabgeordnete in Rage: „Wütend“ macht ihn, wie in diesem Land mit Menschen aus ärmeren Verhältnissen umgegangen werde, mit Hartz-IV-Beziehern, bedürftigen Kindern oder Arbeitslosen. So könnten im Bundeshaushalt durchaus mehr Mittel für sozial Schwache bereitgestellt werden, meint er, andererseits könne man beim Verteidigungsetat auch viel schneller abbauen. Kindler tritt für eine „gerechte und nachhaltige Finanzpolitik“ ein, die die Verschuldung zulasten künftiger Generationen begrenzt. Der stark gesunkenen Neuverschuldung 2011 zollt er gleichwohl kein Lob, denn sie basiere auf Konjunkturrefekten. Der Wachstumspolitiker aus Hannover hält auch Steuererhöhungen für ein probates Mittel zur Etatkonsolidierung: Erbschaften, Vermögen, Kapitalerträge oder hohe Einkommen hat er im Visier. Kindler streitet daneben für eine Stärkung der Binnenkonjunktur, etwa durch gesetzliche Mindestlöhne, verstärkten ökologischen Umbau oder eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte. Alles Punkte, wo es viel Übereinstimmung mit Positionen in der SPD und bei der Linksfraktion gibt. So gehört Kindler denn auch der „Oslo-Gruppe“ an, einem Forum linker junger Abgeordneter der drei Oppositionsfaktionen. Kindler zählt zur neuen jungen Ge-

neration von Grünen, die ihre Partei weiter links verankern wollen. Einer Rot-Rot-Grün-Koalition im Bund gegenüber ist er aufgeschlossen. Er sagt aber auch: „Ich gehe davon aus, dass es 2013 für Rot-Grün reicht.“ Der jugendlich wirkende Kindler hat sich schnell im Berliner Politikbetrieb zurechtgefunden. Dass er sofort in den wichtigen Haushaltsausschuss kam, hat auch mit seiner beruflichen Vergangen-



© DFB / Achim Wabbe

»Wir brauchen eine Gesellschaft, in der alle ein schönes Leben führen können.«

heit zu tun: Der Betriebswirt arbeitete zuvor als Controller beim Technologiekonzern Bosch Rexroth. Der schnelle Eintritt in den Haushaltsausschuss war bei ihm aber auch Willenssache: „Ich will da rein“, hat er seinen Fraktionskollegen verdeutlicht – und wurde erhöht. Heute gilt er als (inoffizieller) Vize-Obmann der vier Grünen-Vertreter im Ausschuss. 13 Mal hat er schon im Bundestags-Plenum geredet, viel für einen Parlamentsneuling. Mit ein wenig Stolz erinnert er sich an seinen viertelstündigen Auftritt unmittelbar vor der Rede von Finanzminister Schäuble (CDU) in der großen Etat-Abschlussdebatte im März 2010.

Die „soziale Gerechtigkeit“ ist Kindlers großes Anliegen. Als Leiter einer Pfadfinder-Jugendgruppe entdeckte er das Thema: „Ich habe dort Kinder aus guten Verhältnissen erlebt, die sich alles leisten konnten, und Kinder aus armen Familien, die sich nichts leisten konnten.“ Das habe ihn in jungen Jahren gefordert. „Wir brauchen eine Gesellschaft, in der alle Menschen ein schönes Leben führen können“, sagt Kindler. Der Kämpfer für eine soziale, ökologische, gerechte oder auch antifaschistische Welt ohne jede Diskriminierung hat kein Problem damit, „Gutmenschen“ genannt zu werden. „Wer will schon ein Schlechtmensch sein? Ich will diese Welt verbessern“, sagt Kindler. Geprägt wurde er auf seinem Weg („Ich bin hochpolitisch“) von seinem friedensbewegt-ökologischen Elternhaus. Seit einigen Jahren ist Kindler Veganer, aber ein „nichtdogmatischer“: Einen Joghurt genehmigt er sich gelegentlich doch einmal. Den Stress bewältigt er beim Fußballspielen mit Freunden, bei Besuchen von Musikclubs oder beim „Abhängen“ in den Öko-WGs in seiner Heimatstadt Hannover beziehungsweise in Berlin. Der Grünen-Nachwuchsmann betreibt außer in der niedersächsischen Metropole auch ein Regionalbüro in Soltau für seinen Wahlkreis Rotenburg I – Soltau-Fallingb. Das Gebiet hat er schon als wandernder Pfadfinder kennengelernt. Gibt es Zukunftspläne? Die Arbeit im Bundestag macht Sven-Christian Kindler „viel Spaß“, er „hat keinen Karriereplan“. In einer Rot-Grün-Koalition im Haushaltsausschuss Regierungspolitik durchzusetzen – das wäre für ihn ein erstrebenswertes Nahziel. Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@
bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Jörg Müller-Brandes (jmb)
Monika Pilath (mpi)
Dr. Verena Renneberg (ver)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
09. September 2011

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhensstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: katin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbetätigkeiten e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in der Haushaltsdebatte: Der dienstälteste Parlamentarier hat auch die Handlungsfähigkeit der Regierung im Blick.

Der Merkel-Mann

HAUSHALTSENTWURF 2012 Finanzminister Schäuble bekommt Rückenwind von der Konjunktur. Risiken lauern aber überall

Das bisschen Haushalt...? Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) könnte sich glatt diese Frage stellen. Nicht wegen des eigentlichen Etats musste er sich in der Haushaltswoche im Bundestag besonders gefordert fühlen. Kräftig sprudelnde Steuerquellen und stark sinkende Arbeitsmarktausgaben erleichterten dem Bundeskassenwart die Aufstellung des Zahlenwerks für 2012 enorm. Wenn da nicht die Euro-Turbulenzen wären. Schäuble muss sich mit einer erdrückenden Fülle von Problemen herumpflanzen, die allesamt um Staatsschuldenkrisen in Europa kreisen. Gerade über der mittelfristigen Finanzplanung bis 2015, die ebenfalls zur Debatte stand, liegt die Euro-Rettung wie ein Schatten.

Viele Probleme Und das ist längst nicht die einzige Baustelle für den Minister. Er macht „beunruhigenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten“ aus, der Aufschwung schwächt, die Parteivorleute der Koalition haben Steuerleichterungen vereinbart, Studienkosten sind unverhofft steuerlich absetzbar. Geradezu mit Begeisterung stellt sich Schäuble seinen Herausforderungen. Das war

ihm gerade wieder im Bundestag anzumerken. 69 Jahre alt wird er in diesem Monat. Nichts hat sich abgeschwächt von dem, was er zum 65-ten bekannte: „Ich habe gelegentlich, aber mehr ironisch, gesagt, Politik falle unter die Suchtkrankheiten. Wer nicht diese Leidenschaft hat, soll's besser lassen.“

Manieren Attacke gehört für ihn immer dazu. So wie er gerade erst seinen zwischenrufenden Finanzminister-Vorgänger Peer Steinbrück zu „besseren Manieren“ aufforderte – wenn der denn SPD-Kanzlerkandidat werden wolle. Abqualifizieren kann Schäuble auch gut: „Mit der Linken über Haushaltspolitik zu reden, ist vielleicht amüsant, aber nicht zielführend.“

Verbindlichkeit ist gewiss nicht eine seiner Haupttugenden. So gestand ihm denn SPD-Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier zwar zu, „verboten“ sei es dem Finanzminister nicht, den politischen Gegner zu beschimpfen. Er verband damit aber die Frage: „Ist das wirklich klug? Müsstent Sie nicht um Zustimmung werben, statt uns vor den Kopf zu stoßen?“

Diese Fragen waren darauf gemünzt, dass SPD und Grüne erklärtermaßen für die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms sind, wie dies auch von der Bundesregierung propagiert wird. Nur: In den eigenen Koalitionsreihen formierte sich Widerstand. An dem Schäuble womöglich nicht ganz unschuldig ist.

Er sitzt als dienstältester Abgeordneter im Bundestag – seit 1972. Er darf als erfahrenstes Regierungsmitglied gelten – erstmals kam er 1984 ins Kabinett. Zwei Seelen in seiner Brust? In der Frage der Euro-Rettung siegte der Minister über den Abgeordneten: Um auf europäischer Ebene schnell handeln zu können, wollte er die Beteiligung des Bundestags an Euro-Beschlüssen gering halten. Er lenkte aber ein. Gleichung aus CDU/CSU und FDP bei Probeabstimmungen. Dies konnten die Kanzlerin und er durchaus als Denkwort verstehen. Das Griechenland-Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die Position der Abgeordneten nun gestärkt: Der Haushaltsausschuss muss allen Schritten zustimmen.

wohl gab es 25 Nein-Stimmen oder Enthaltungen aus CDU/CSU und FDP bei Probeabstimmungen. Dies konnten die Kanzlerin und er durchaus als Denkwort verstehen. Das Griechenland-Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die Position der Abgeordneten nun gestärkt: Der Haushaltsausschuss muss allen Schritten zustimmen.

Inhaltlich bleibt bei einigen Koalitions-Abgeordneten Skepsis. Schäubles Hauptaufgabe mithin in diesen Tagen: eindringliches Werben für die Rettung des Euro – jedoch ohne Schönfärberei. „Die Lage ist ernst in Griechenland“, bekannte er zugleich mit dem Appell, den Euro-Rettungsschirm deutlich größer zu schneiden. Bürgschaften bis zu 253 Milliarden Euro müsste Deutschland dann womöglich leisten. Der erweiterte Rettungsschirm (EFSF) diene dazu, die gemeinsame Währung zu stabilisieren und zu verteidigen. Schuldenländer wie Griechenland bekämen Zeit, zur Wettbewerbsfähigkeit zurückzukehren.

Nach dem Projekt EFSF wartet auf den Finanzminister bereits die nächste knifflige Aktion. Das Parteispitzen-Trio der Koalition, Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und Philipp Rösler (FDP), hatte im Juli beschlossen, dass die Steuerlast für gering- und Durchschnittsverdiener ab 2013 gemildert werden soll. Wie, ließen sie indes offen. Von den lange sehr weit reichenden Forderungen der FDP ist dabei die Beseitigung der „kalten Progression“ übrig geblieben. Was wird Schäuble liefern – er, der vom schwarz-gelben Start an keinem Fiskal-Krach mit den Liberalen aus dem Weg gegangenen ist? Soeben machte er wieder klar: Entlastungs-Spielräume seien „relativ gering“.

Spezialproblem dabei: Der Bundesrat müsste bei Steueränderungen zustimmen. Dies hat die Mehrheit von SPD- und Grünen-regierten Ländern bereits abgelehnt. Die Koalition könnte ohne Bundesrat höchstens noch den Solidaritätszuschlag reduzieren. Doch Schäuble dürfte kaum gewillt sein, Steuererminderungen ausschließlich zu Lasten des Bundes zu akzeptieren. Er erinnerte die Bundesländer bereits daran, dass auch sie Nutznießer der „kalten Progression“ seien. Es könne nicht richtig sein, dass eine staatliche Ebene die Mehreinnahmen einstreiche, die andere indes „allein dafür verantwortlich sein soll, den Menschen Geld zurückzugeben“.

Überdies: Ein Milliardenloch reißt das Urteil des Bundesfinanzhofs auf, demzufolge Ausbildungskosten und Studiengebühren von der Steuer abgesetzt werden dürfen. Im Finanzministerium wird offenbar über eine Deckelung des abziehbaren Betrags nachgedacht.

Überraschende Unwägbarkeiten: Dazu gehörte in diesem Jahr bereits die Energiewende. Gegenüber den Etat-Eckpunkten, mit denen Schäuble im März aufwartete, schnurte etwa der Posten „Brennelementesteuer“ inzwischen gehörig zusammen. Zudem macht der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie „erhebliche Investitions- und Forschungsmaßnahmen erforderlich, um den zügigen Ausbau der regenerativen Energien zu schaffen“, so der Finanzminister. Insgesamt führten die energiepolitischen Beschlüsse zur Jahresmitte dazu, dass pro Jahr 2 Milliarden Euro weniger in die Bundeskasse fließen, legte er dar. Alle Finanzüberlegungen sind verknüpft mit einem bangen Blick auf die konjunkturelle Entwicklung. Bei der Haushaltsdebatte im Bundestag gab sich Schäuble demonstrativ zuversichtlich: „Eine Rezession sieht anders aus“, rechnete er vor. Und für die Jahre 2014 und 2015 habe er ohnehin nur ein Wachstum von 1,6 Prozent unterstellt. Was er mit Blick auf die Schuldenbremse als anschauliches Bild malte: „Auch wenn man eine ganz gute Bremse hat, ist es richtig, auf den Sicherheitsabstand nicht zu verzichten.“

Milliarden-Jongleur Über Bremse und Sicherheitsabstand wacht der Finanzminister. Spätestens seit dem Jonglieren mit unvorstellbaren Milliardenbeträgen zur Überwindung der internationalen Wirtschaftskrise und nun zur Euro-Rettung bestimmt Geld auch die Außenpolitik. Schäuble darf sich als mächtigster und wichtigster Minister im Kabinett der Bundeskanzlerin fühlen.

Über Bremse und Sicherheitsabstand wacht der Finanzminister. Spätestens seit dem Jonglieren mit unvorstellbaren Milliardenbeträgen zur Überwindung der internationalen Wirtschaftskrise und nun zur Euro-Rettung bestimmt Geld auch die Außenpolitik. Schäuble darf sich als mächtigster und wichtigster Minister im Kabinett der Bundeskanzlerin fühlen.

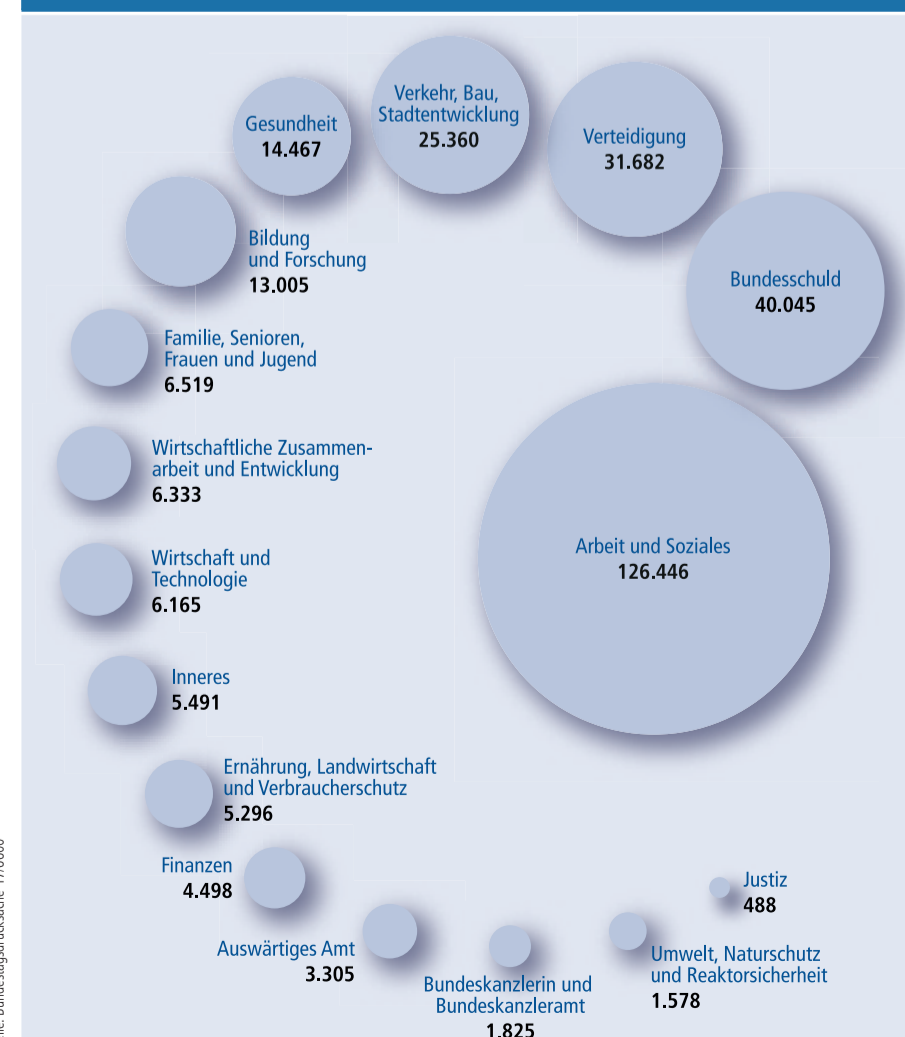
Franz Ludwig Averdunk

REGIERUNGSENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2012

Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2011 in 1.000 €	Veränderungen zu 2010 in 1.000 €	2011 in 1.000 €	Veränderungen zu 2010 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	31.489	+1.613
02 Deutscher Bundestag	1.688	+22	680.809	-974
03 Bundesrat	51	-33	21.739	+397
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.123	-7	1.886.695	+44.740
05 Auswärtiges Amt	110.323	-19	3.306.724	+203.070
06 Bundesministerium des Innern	415.702	-9.787	5.467.256	+65.017
07 Bundesministerium der Justiz	441.502	+26.647	491.129	-1.956
08 Bundesministerium der Finanzen	221.395	-135.898	4.612.340	+152.711
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	362.892	+39.714	6.156.553	+39.688
10 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	58.687	-3.029	5.280.066	-211.492
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	6.904.586	+611.160	126.589.647	-4.703.021
12 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	6.564.973	-75.649	25.340.779	+92.809
14 Bundesministerium der Verteidigung	323.592	+99.907	31.681.857	+132.903
15 Bundesministerium für Gesundheit	92.352	+9.346	14.482.781	-1.294.465
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	353.587	-13.236	1.593.124	-42.755
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	62.207	-4.881	6.480.312	+9.271
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	29.952	+4.981
20 Bundesrechnungshof	354	+163	122.747	-1.796
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	660.259	+22.429	6.332.910	+113.790
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	126.496	+7.900	12.804.372	+1.158.339
32 Bundesschuld	28.713.819	-21.000.874	40.045.201	+2.872.882
60 Allgemeine Finanzverwaltung	260.582.179	+20.626.125	12.561.518	+1.564.248
Summe	306.000.000	+200.000	306.000.000	+200.000

Eckwerte für den Bundeshaushalt 2012

(Bundesministerien und Bundeskanzleramt, Angaben in Mio. Euro)



Quelle: Eckwertebeschluss Bundeskabinett

Durch Rundungen kann es zu Differenzen kommen



Gespannt und kritisch: Abgeordnete der SPD-Fraktion verfolgen die Debatte zum Bundeshaushalt 2012.

Ein wenig mehr

HAUSHALT 2012 Ausgaben des Bundes sollen nur um 200 Millionen Euro steigen – Opposition vermisst Führung

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht Deutschland auf dem richtigen Weg. „Wir gehen einen weiteren Schritt der wachstumsfreundlichen Defizitreduzierung“, erklärte er am Mittwoch zu Beginn der viertägigen Haushaltsberatungen. Zur Diskussion standen Schäubles Entwurf zum Haushalt 2012 (17/6600) und die mittelfristige Finanzplanung bis 2015 (17/6601). Danach sieht die Regierung für 2012 Ausgaben von 306 Milliarden Euro vor. Das sind 200 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Diese Ausgaben sollen bis 2015 auf 315 Milliarden Euro erhöht werden. Für Investitionen sind im kommenden Jahr 26,4 Milliarden Euro eingeplant. Diese sollen in den Jahren danach jeweils rund 29 Milliarden Euro betragen.

Weniger neue Schulden Stark sinken sollen die neuen Schulden. Während laut Planungen in diesem Jahr die Nettoneuverschuldung noch 48,4 Milliarden Euro betragen soll, sollen im kommenden Jahr 27,2 Milliarden Euro aufgenommen werden. Wegen der guten wirtschaftlichen Lage wird jedoch damit gerechnet, dass auch in diesem Jahr die Neuverschuldung lediglich rund 30 Milliarden Euro betragen könnte. Dies ist mit ein Grund für Schäuble, verhalten optimistisch in die Zukunft zu blicken – trotz der anhaltenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten. „Wir schwimmen nicht im Geld, wir ertrinken aber auch nicht in Schulden“, fasste er seine Sicht der Finanzlage zusammen. Mit einem konsequenten Konsolidierungskurs leiste die Koalition den „besten Beitrag zu nachhaltigem Wachstum“. Dies sahen die Sprecher der Opposition anders. Für Joachim Poß (SPD) hat Deutschland eine „Schönwetterregierung“, die nicht krisenfest sei. „Wir bräuchten eine Regie-

Arme, Beine und Kopf fehlten. „Keiner weiß, was die Regierung dort noch anfügt“, sagte sie. Löttsch warf der Regierung vor, sie würde liefern, was von den Lobbyisten bestellt werde. Als Beispiel nannte sie die Finanztransaktionssteuer, die trotz Ankündigung nicht komme. In der Bevölkerung werde die Regierung nur noch als Steuereinstreiber für Ratingagenturen und Banken wahrgenommen, betonte sie. Die Politik dürfe sich nicht den Takt von den Börsen vorgeben lassen. Als Einsparmöglichkeiten für 2012 nannte sie den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Außerdem forderte sie mehr Geld für Hartz IV-Empfänger. Otto Fricke (FDP) sieht keine soziale Schiefelage im Haushalt. „Wir nehmen die soziale Verantwortung wahr“, betonte er. Der Haushalt habe eine hohe Sozial- und Investitionsquote. Dabei werde nicht nur in Beton investiert, sondern auch in Forschung und Bildung. In den kommenden Haushaltsberatungen werde die Koalition noch zeigen, wo weiter eingespart werden könne. Er sagte voraus, dass die Opposition ausschließlich Mehrausgaben fordern werde.

Höhere Zinsen befürchtet Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) warf der Regierung vor, keine Risikoversorge zu treffen. So müsse damit gerechnet werden, dass der Zinssatz für die Schulden höher werde. Dabei gelte die Faustregel, dass ein Prozent mehr Zinsen eine Milliarde Euro Mehrausgaben im Bundeshaushalt ausmache. Außerdem könne nicht damit gerechnet werden, dass die Wirtschaft auch in den kommenden Jahren um 1,5 Prozent wachse. Schließlich habe die Regierung auch keine Vorsorge getroffen für Belastungen durch die Eurokrise. „Sie gehen von einer permanent guten Konjunktur aus. Das wird nicht gut gehen“, sagte die Haushalts-Sprecherin der Grünen voraus. *Michael Klein*

Sprudelnde Einnahmen

FINANZVERWALTUNG Weniger Bundesbankgewinn

Die Bundesregierung erwartet im kommenden Jahr deutlich höhere Einnahmen. Diese sollen 260,58 Milliarden Euro betragen. Das sind 20,63 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr (2011: 239,96 Milliarden Euro). Im Wesentlichen stammen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die 2012 insgesamt 247,71 Milliarden Euro (229,54 Milliarden Euro) betragen sollen. Die Verwaltungseinnahmen sollen von 8,45 Milliarden Euro auf 10,66 Milliarden Euro steigen. Dabei sollen die Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer von 73,55 Milliarden Euro auf 77,13 Milliarden Euro im Jahr 2012 steigen. Für Einnahmen aus der Lohnsteuer hat die Regierung in ihrem Entwurf 60,61 Milliarden Euro (55,78 Milliarden Euro) vorgesehen; der Körperschaftsteueranteil des Bundes fällt mit 9,53 Milliarden Euro (6,63 Milliarden Euro) ins Gewicht. Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insgesamt 39,94 Milliarden Euro (39,49 Milliarden Euro) betragen. Leicht steigen sollen die Einnahmen aus der Tabaksteuer von 13,24 Milliarden Euro auf 13,8 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer sollen mit einer Milliarde Euro fast

gleich bleiben (1,03 Milliarden Euro). Dies gilt auch für die Einnahmen aus der Versicherungssteuer, die 10,67 Milliarden Euro betragen sollen. Der Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer soll von 8,45 Milliarden Euro auf 9 Milliarden Euro steigen. Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank soll 2012 insgesamt 2,5 Milliarden Euro (drei Milliarden Euro) betragen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen und aus der Verwertung von Kapitalvermögen erwartet die Regierung Einnahmen von 5,1 Milliarden Euro (2,6 Milliarden). Dazu gehören auch der Börsengang der Deutschen Bahn AG. Die Privatisierungen sollen kapitalmarktgerecht erfolgen. Weiter gehören dazu unter anderem die Beteiligungen an der Deutsche Telekom AG, der Deutsche Post AG, der Anteile an den Flughäfen Köln/Bonn und München, der Duisburger Hafen AG, der Gästehaus Petersberg GmbH sowie die Einnahmen aus der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung. Im Bereich „Leistungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit“ sollen die Gesamtausgaben im kommenden Jahr 417,17 Millionen Euro (402,39 Millionen Euro) betragen. *mik*

Auf gleichem Niveau

VERKEHR UND BAU Ausgaben für Investitionen unverändert

Der Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist mit Ausgaben in Höhe von 25,34 Milliarden Euro (2011: 25,25 Milliarden Euro) der viergrößte Einzelteil des Bundeshaushalts und mit Investitionen von 13,66 Milliarden Euro (13,51 Milliarden Euro) der größte Investitionsetat. Darauf wies Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) am Freitag bei der ersten Beratung dieses Etats hin. Für die Bundesfernstraßen sollen im kommenden Jahr

2,44 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Darin sind die Einnahmen aus der Lkw-Maut noch nicht enthalten. In diesem Jahr sind dafür 2,63 Milliarden Euro eingeplant. Die Ausgaben für Investitionen sollen dabei von 1,71 Milliarden Euro auf 1,5 Milliarden Euro fallen. Für die Eisenbahnen des Bundes will die Regierung 9,71 Milliarden Euro ausgeben (9,61 Milliarden Euro). Die Mittel sollen vor allem für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) verwendet werden, für die im Jahr 2012 insgesamt 5,68 Milliarden Euro (5,73 Milliarden Euro) vorgesehen sind. Investieren will der Bund in diesem Bereich nach 3,88 Milliarden Euro in diesem Jahr 4,02 Milliarden Euro im Jahr 2012. Für die Bundeswasserstraßen sind beinahe unverändert Ausgaben von 1,86 Milliarden Euro (1,85 Milliarden Euro) eingeplant. Dabei steigen die Investitionen leicht von 1,3 Milliarden Euro auf 1,33 Milliarden Euro. Die Gesamtausgaben für Wohnungswesen und Städtebau sollen nach Vorstellung der Regierung 3,36 Milliarden Euro betragen. Dafür sind 2011 noch 3,48 Milliarden Euro eingeplant. Leicht fallen sollen die Ausgaben für Investitionen von 2,83 Milliarden Euro auf 1,72 Milliarden Euro. *mik*



Viel Geld fließt 2012 in den Straßenbau.

Anzeige



Verband der Privaten Krankenversicherung

Papi, warum hast Du nicht vorgesorgt?

Wenn wir die Last der steigenden Pflegekosten nicht unbegrenzt unseren Kindern und Enkeln aufbürden wollen, müssen wir jetzt handeln. Noch ist es früh genug, mit kapitalgedeckten Rückstellungen für die ganze Gesellschaft vorzusorgen. Die Private Krankenversicherung weiß, wie es geht. www.gesunde-versicherung.de

PKV – Die gesunde Versicherung.

KURZ NOTIERT

2,2 Millionen Euro für die Künstlerhilfe

Der Bundespräsident und das Bundespräsidialamt sollen 2012 über 31,49 Millionen Euro (2011: 29,88 Millionen Euro) ausgeben können. Dabei sollen die Personalausgaben von 16,81 Millionen Euro auf 17,02 Millionen Euro steigen. Für Investitionen sind nach 1,14 Millionen Euro im Jahr 2011 für kommendes Jahr 1,8 Millionen Euro eingeplant. Die Ausgaben des Bundespräsidenten sollen gleichbleibend 4,6 Millionen Euro betragen. Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) wie bisher 3,5 Millionen Euro vorgesehen. 2,2 Millionen Euro davon sind gleichbleibend für die Deutsche Künstlerhilfe reserviert und 1,38 Millionen Euro für Ehrengaben an Alters- und Ehejubilare, Übernahme von Patenschaften und die Ausgaben aus besonderer Veranlassung. So übernimmt der Bundespräsident traditionell die Patenschaft für das siebte Kind einer Familie.

EU-Parlamentarier müssen mit weniger Geld auskommen

Der Deutsche Bundestag, der Wehrbeauftragte und die Mitglieder des Europäischen Parlaments sollen im Jahr 2012 über 680,81 Millionen Euro verfügen können. Das sind 974.000 Euro weniger als in diesem Haushaltsjahr (2011: 681,78 Millionen Euro). Die meisten Mittel sind dabei für das Personal reserviert. Die Ausgaben sollen dafür 464,41 Millionen Euro (460,56 Millionen Euro) betragen. Für Investitionen sind 14,07 Millionen Euro (27,91 Millionen Euro) eingeplant. Die Gesamtausgaben des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages sollen 2012 rund 3,86 Millionen Euro (3,67 Millionen Euro) betragen. Fallen soll der Ansatz für die 99 deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Dafür sollen 2012 insgesamt 5,28 Millionen Euro zur Verfügung stehen (5,75 Millionen Euro).

Länderkammer soll mehr ausgeben können

Der Etat des Bundesrates soll von 21,34 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 21,74 Millionen Euro im Jahr 2012 steigen. Dabei steigen die Personalausgaben von 13,31 Millionen Euro auf 13,7 Millionen Euro. Für sächliche Verwaltungsausgaben sollen fast unverändert 7,48 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Für Investitionen sind nach 359.000 Euro im Haushaltsjahr 2011 im kommenden Jahr 340.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) stehen 215.000 Euro (2011: 206.000 Euro) bereit. *mik*

GLOSSAR

Bundshaushaltsplan

Der Haushaltsplan wird gemäß Artikel 110 des Grundgesetzes als Anlage zum Bundeshaushaltsgesetz jährlich oder zweijährlich (Doppelhaushalt) vom Deutschen Bundestag beschlossen. Obwohl der Haushaltsplan nur eine Prognose ist, dient er als wichtiges Mittel zur Feststellung des voraussichtlichen Finanzbedarfs des Bundes. Aufgrund des Prognosecharakters kommt es deswegen auch immer wieder zu sogenannten Haushaltslöchern. In dem Fall müssen geringere Steuereinnahmen oder nicht vorhergesehene Ausgaben durch zusätzliche Neuverschuldung oder durch Einsparungen ausgeglichen werden.

Investitionen

Der Bund kann Investitionen tätigen. Das sind Ausgaben für Baumaßnahmen, soweit sie nicht militärische Anlagen betreffen, für den Erwerb von beweglichen Sachen und Grundstücken sowie von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen, zur Aufnahme von Darlehen und für die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen. Investitionen sind öffentliche Ausgaben, durch die Produktionsmittel der Volkswirtschaft erhalten oder verbessert werden. Nach der Verfassung darf der Bund nicht mehr Kredite aufnehmen, als die im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen darstellen. Ausnahmen sind nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zulässig.

Nettoneuverschuldung

Die Nettoverschuldung oder Nettokreditaufnahme ist die zentrale Kennziffer bei Aufstellung und Vollzug des Haushalts. Sie entspricht dem Betrag, der zur Finanzierung des jeweiligen Haushaltsaldos am Kapitalmarkt aufzunehmen ist. Mit steigenden Schulden erhöhen sich auch die Zinsausgaben, was die Spielräume für die Haushalts- und Finanzpolitik einengt. Deshalb wird versucht, die Nettokreditaufnahme möglichst gering zu halten.

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern in Zukunft „grundsätzlich“ ohne Neuverschuldung auskommen. Diese Regelung, die Bund und Ländern seit 2011 verbindliche Vorgaben zur Reduzierung des Haushaltsdefizits macht, wurde im Grundgesetz verankert. Danach soll die strukturelle, also nicht konjunkturbedingte, jährliche Nettokreditaufnahme des Bundes ab 2016 jährlich maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen. Für die Länder wird die Nettokreditaufnahme ab 2020 ganz verboten. Eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder andere außergewöhnliche Not Situationen soll die Handlungsfähigkeit des Staates zur Krisenbewältigung sichern.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Über- und außerplanmäßige Ausgaben müssen vom Bundesfinanzministerium genehmigt und dürfen nur bei unvorhergesehenen und unabwendbaren Bedürfnissen bewilligt werden. Sie sind ohne Nachtragshaushalt möglich, wenn sie fünf Millionen Euro im Einzelfall nicht überschreiten oder wenn Rechtsverpflichtungen erfüllt werden müssen. Ausgaben sind überplanmäßig, wenn sie den betreffenden Ausgabebetitel im Haushaltsplan überschreiten, und außerplanmäßig, wenn es im Haushaltsplan für den vorgesehenen Zweck keinen Ausgabebetitel gibt. Diese Ausgaben müssen dem Bundestag und dem Bundesrat sofort mitgeteilt werden, wenn sie von grundsätzlicher oder erheblicher finanzieller Bedeutung sind.

Zuschüsse, Zuweisungen, Zuwendungen

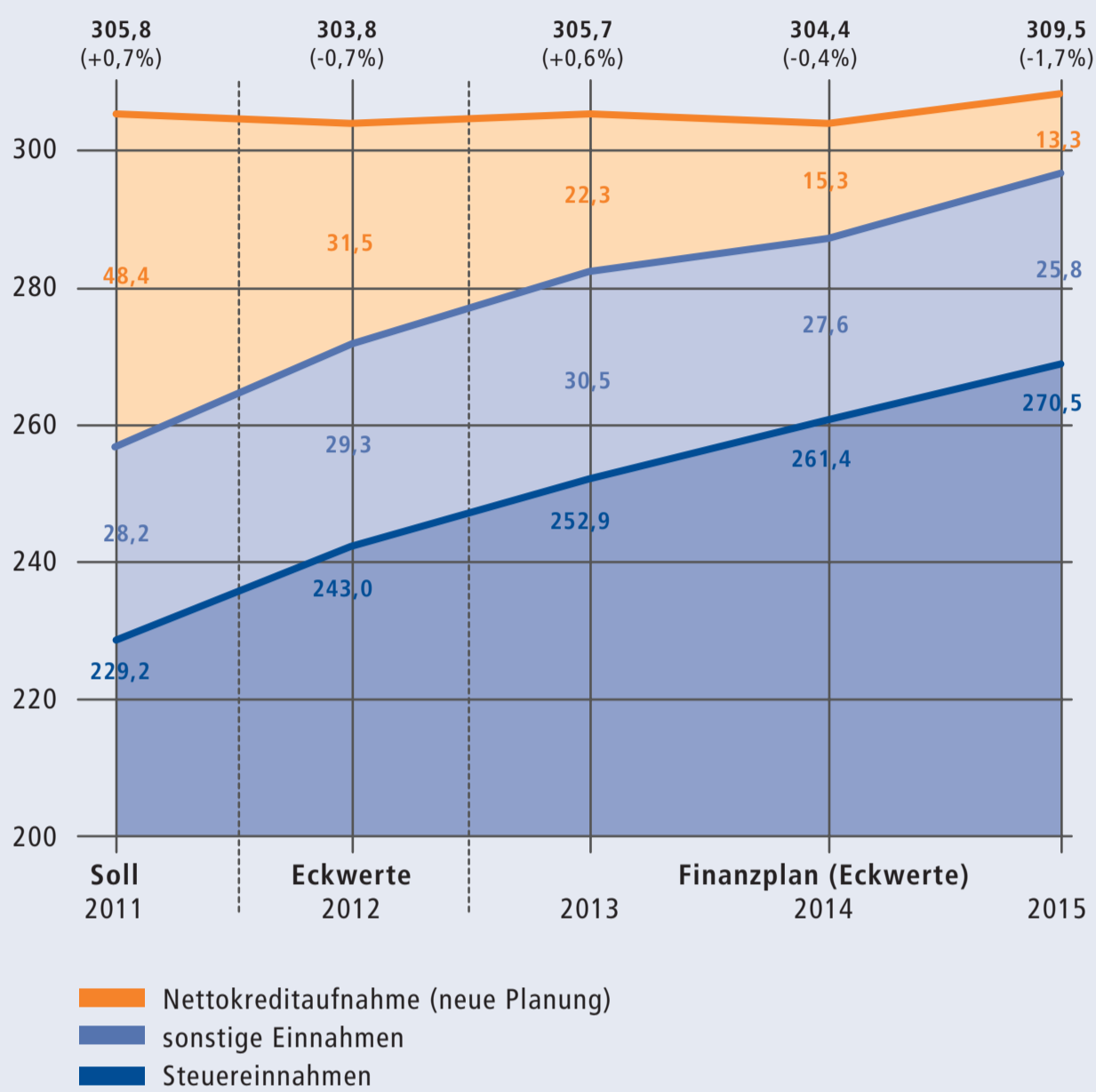
Zuschüsse kann der Bund an natürliche Personen, öffentliche und private Unternehmen, soziale oder ähnliche Einrichtungen geben. Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen des Bundes an Länder und Gemeinden. Zur Erfüllung bestimmter Zwecke kann der Bund an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse) geben und sich durch Verpflichtungsermächtigungen binden, sofern er ein Interesse daran hat, bestimmte Institutionen oder Projekte zu fördern, wenn ohne dieses Geld der Zweck nicht erfüllt werden könnte.

Verpflichtungsermächtigung

Vorgriffe auf künftige Haushalte, durch die schon im Voraus entschieden wird, dass künftig Zahlungen erfolgen, heißen Verpflichtungsermächtigungen. Sie sind das Haushaltsinstrument zur Finanzierung langfristiger Beschaffungsvorhaben. *mik*

Finanzplan des Bundes bis 2015
(Eckwerte)

Bundshaushalt insgesamt in Mrd. Euro
(Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent)



Quelle: Eckwertebeschluss Bundeskabinetts

Durch Rundungen kann es zu Differenzen kommen

Schöne Welten: Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung sieht eine stetige Verringerung der Neuverschuldung vor.

Rösler liefert neue Zahlen

WIRTSCHAFT Die Regierung lebe von der Substanz, meint die Opposition. Fehlende Industrie- und Mittelstandspolitik kritisiert

Einigkeit in der Opposition: In der Wirtschaftsdebatte des Bundestages am vergangenen Donnerstag warfen Redner der Fraktionen von SPD, Linken und Bündnis 90/Die Grünen Bundesminister Philipp Rösler (FDP) vor, „nicht geliefert“ zu haben. Sie griffen damit ein Wort Röslers nach dessen Wahl zum Vorsitzenden auf dem Rostocker FDP-Parteitag im Mai 2011 auf, wo er angekündigt hatte, jetzt werde geliefert. So sagte Hubertus Heil (SPD): „Sie werden diesen Satz nicht los. Entweder liefert die FDP nichts oder nicht das, was erwartet wird.“ Roland Claus (Die Linke) stellte fest: „Mit diesem Etat liefern Sie nicht.“ Rösler bringe „nur Murks“ ein. Und Fritz Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte: „Als Wirtschaftsminister haben Sie nichts Nennenswertes geliefert.“ Laut Kuhn hat das auch einen Grund: „Wer liefern will, muss was auf Lager haben.“

Keine Angst Rösler hatte zuvor ein positives Bild der deutschen Wirtschaftsentwicklung gezeichnet. Trotz einer leichten Abkühlung sei in diesem Jahr mit einem Wachstum von 2,6 Prozent zu rechnen. Im letzten Jahr seien 700.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden, davon mehr als die Hälfte Vollzeitjobs. Die Arbeitslosigkeit sei die niedrigste seit 1992. „Angesichts solcher Zahlen ist Verunsicherung, ja sogar Angst vor Rezession vollkommen unangebracht. Wir haben eine starke Wirtschaft, und wir erwarten auch weiterhin robustes Wachstum in Deutschland.“ Dieses Wachstum müsse verstetigt werden. Die größte Wachstumsbremse sei der Fachkräftemangel, sagte Rösler, der eine bessere Ausbildung von Jugendlichen ankündigte, aber zugleich auch die Wirtschaft ermahnte: „Ich habe kein Verständnis für große Unternehmen, die sich auf der einen Seite über Fachkräftemangel beklagen, aber auf der anderen Seite Menschen über 55 entlassen.“ Der Wirtschaftsminister sprach sich aber auch für qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland aus. Rösler betonte außerdem

die Notwendigkeit steuerlicher Entlastungen für untere und mittlere Einkommen sowie eines Abbaus der kalten Progression und einer Verringerung der Lohnzusatzkosten. „Wer Wachstum verstetigen will, der muss auch an Entlastung denken.“ Der SPD warf Rösler vor, zusätzliche Belastungen von 37 Milliarden Euro zu planen.

Wirtschaft gut aufgestellt Hubertus Heil erklärte, die Regierung zehre von der Substanz, die die rot-grüne Koalition mit ihrer Reformpolitik und die Große Koalition mit ihren Maßnahmen zur Krisenbewältigung geschaffen habe. Die Wirtschaft in Deutschland sei gut aufgestellt, weil es im Unterschied zu anderen europäischen Ländern eine industrielle Wertschöpfungskette gebe. Parteifreunde von Rösler hätten vor Jahren das Ende der industriellen Wirtschaft und die Dienstleistungswirtschaft empfohlen. Der „keltische Tiger“ sei eines der Vorbilder gewesen, erinnerte Heil mit Blick auf den mit einer schweren Schuldenkrise kämpfenden Inselstaat Irland. Diese Blase sei geplatzt, und es sei gut gewesen, dass sich Deutschland nicht von der industriellen Wertschöpfung verabschiedet habe. Das Wort Industriepolitik sei in Röslers Rede jedoch nicht vorgekommen. Zur Energiepolitik erklärte Heil, das Netzausbaugesetz werde seinem Namen nicht gerecht. Rösler sei ein „Totalausfall“. Nach Abzug der Subventionen habe der Etat des Wirtschaftsministeriums gerade einen Anteil von einem Prozent am Bundeshaushalt, kritisierte Roland Claus. Industrie- und Mittelstandspolitik könne mit diesem Etat nicht gemacht werden. Claus sagte: „Das würde die Linke gerne ändern.“ Alle Wirtschaftsminister hätten bisher versprochen, den Förderdrehhahn zu öffnen. Nie sei es was passiert. Jetzt verspreche dies auch Rösler. Claus kritisierte die Kürzung der Wirtschaftsförderung für die neuen Länder. Es wäre besser, das Potenzial im Osten als Chance zu begreifen. Ihn wundere die „Selbstgefälligkeit“ des Wirtschaftsministers.

Mit den Folgen des Atomausstiegs beschäftigte sich Fritz Kuhn. Die Regierung habe zwar den Ausstieg beschlossen, aber in der Energiepolitik fast nichts geändert. Die Ausgaben für Energieeffizienz im Etat seien viel zu niedrig. Für eine Steigerung der Energieeffizienz müssten 3 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Da müsse geliefert werden, „sonst schaffen wir den Atomausstieg nicht, jedenfalls nicht, ohne das Klima zusätzlich zu zerstören“. Rösler müsse „liefern, nicht gackern“, verlangte Kuhn. Unterstützung bekam Rösler von Michael Fuchs (CDU/CSU). Am Ende der Amtszeit von Kanzler Gerhard Schröder (SPD) habe es fünf Millionen Arbeitslose gegeben. Dabei habe Schröder versprochen, die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Die von Kanzlerin Angela Merkel geführte Regierung sei jetzt dabei, dieses Versprechen einzulösen. Die Preissteigerungsrate sei niedrig, so dass die Arbeitnehmer von ihren Lohnerhöhungen netto etwas übrig behalten würden: „Es geht uns gut, und zwar richtig gut.“ Allerdings prangerte er auch Missstände an: Die deutsche Solarindustrie erhalte 6 Milliarden Euro Subventionen, zahle jedoch die schlechtesten Löhne. Darum sollten sich die „Solarfetschisten“ im Bundestag kümmern. Fuchs verlangte, auch nach Überwindung der Krise müsse sorgfältig darauf geachtet werden, dass das Wachstum nicht gefährdet werde. So müsse die deutsche Wirtschaft im Außenhandel unterstützt werden. Eine weitere Öffnung der Märkte sei unabdingbar. Auch müsse die Bundesregierung darauf achten, dass die deutsche Wirtschaft Zugang zu Rohstoffen und besonders zu den für die Produktion wichtigen „seltene Erden“ behalte. Für „gezielte Explorationsförderung zur Gewährleistung der bedarfsgerechten Versorgung der Industrie mit Rohstoffen“ sind im Wirtschaftsetat 1,5 Millionen Euro vorgesehen. Insgesamt soll das Wirtschaftsministerium im kommenden Jahr 6,16 Milliarden Euro ausgeben, rund 40 Millionen Euro mehr als in der Planung für 2011 vorgesehen. *Hans-Jürgen Leersch*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Die Zinskosten steigen stark an

FINANZPLANUNG Die Ausgaben des Bundes sollen bis zum Jahr 2015 nur moderat steigen. Betragen die Ausgaben 2010 noch 303,7 Milliarden Euro, so sollen sie im nächsten Jahr auf 306 Milliarden und 2015 auf 315 Milliarden Euro steigen. Dies geht aus dem von der Bundesregierung als Unterrichtung (17/6601) vorgelegten Finanzplan 2011 bis 2015 vor, der zusammen mit dem Etatentwurf für 2012 beraten wird. Stark steigen sollen die Ausgaben für Rentenversicherungsleistungen, die 2010 noch bei 80,7 Milliarden Euro lagen und bis 2015 auf 85,5 Milliarden Euro erhöht werden sollen. Die familienpolitischen Leistungen bleiben dagegen mit 5,5 Milliarden Euro unverändert. Ansteigen werden auch die Zinsausgaben für die Staatsverschuldung. Sie lagen 2010 noch bei 33,15 Milliarden Euro und sollen bis 2015 auf rund 49,1 Milliarden Euro anwachsen, obwohl eine Reduzierung der Nettokreditaufnahme von 44 Milliarden Euro (2010) auf 14,7 Milliarden Euro im Jahr 2015 vorgesehen ist. Nach den grundgesetzlichen Regeln der Schuldenbremse wäre im Jahr 2015 eine Nettokreditaufnahme bis zu 23,4 Milliarden Euro zuläs-

sig. Zum Anstieg der Zinsausgaben schreibt die Bundesregierung, dies sei vor allem auf die zwar gedämpfte, aber immer noch weiter ansteigende Verschuldung des Bundes sowie auf das steigende Zinsniveau zurückzuführen. Als Faustregel gelte derzeit: Eine Milliarde Euro Nettokreditaufnahme verursache jährlich etwa 16 Millionen Euro zusätzliche Zinsausgaben. „Aufgrund des unterstellten Zinsanstiegs wird dieser Wert im Verlauf des Finanzplanungszeitraums deutlich ansteigen“, schreibt die Bundesregierung. Der Schuldenstand des Bundes stieg seit 1989 von 254 Milliarden bis auf 1,07 Billionen Euro in diesem Jahr und soll 2012 1,1 Billionen Euro betragen. Der Schuldenstand sei im letzten Jahr, insbesondere durch die Zuordnung der neu errichteten Abwicklungsanstalten für Banken zum staatlichen Sektor, von 73,5 auf 83,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gestiegen. „Jedoch gibt es bei der Entwicklung schon in diesem Jahr eine Trendumkehr“, stellt die Bundesregierung fest. Bis zum Jahr 2015 soll die Schuldenstandsquote trotz der Maßnahmen zur Stabilisierung der Euro-Währung auf rund 71 Prozent sinken. *hle*

Einsparungen trotz Energiewende

UMWELTETAT Die Gesamtausgaben des Umweltministeriums sollen 2012 um 42,75 Millionen Euro gegenüber 2011 gesenkt werden. Sie werden für das kommende Haushaltsjahr mit insgesamt 1,59 Milliarden Euro kalkuliert. Allerdings schlagen die Altlasten des auslaufenden Atomzeitalters im neuen Bundeshaushaltsplan geballt zu Buche. Die Zeit, ein geeignetes Endlager für radioaktive Abfälle zu finden, drängt. Die Ausgaben für das Projekt Gorleben sollen von 46,8 Millionen Euro 2011 auf 73 Millionen Euro 2012 steigen. Zum Vergleich: 2010 lagen die Kosten für Gorleben bei 25,4 Millionen Euro. Für die Erkundung weiterer Standorte für radioaktive Abfälle werden die Ausgaben für 2012 mit 3,5 Millionen Euro veranschlagt. Das sind 2,5 Millionen Euro mehr als im Vorjahresetat. Zwar sollen die Ausgaben für Investitionen um insgesamt 44,35 Millionen auf 706,78 Millionen Euro sinken. Doch im Bereich der erneuerbaren Energien werden sie dennoch steigen –

wenn auch nicht signifikant: Für 2012 sind die Ausgaben für Investitionen im Bereich „Allgemeiner Bewilligungen Umwelt, Naturschutz, erneuerbare Energien“ um rund 70 Millionen Euro auf 250,51 Millionen festgelegt. 65,5 Millionen Euro werden für Investitionszuschüsse im Bereich der Erneuerbaren eingeplant; lediglich zehn Millionen Euro mehr als 2011. Der größte Teil davon entfällt auf Photovoltaik- und Windenergieanlagen. Die Investitionen in die Sanierung des Sarkophags in Tschernobyl sind 2012 um mehr als 50 Prozent im Vergleich zu 2011 auf sechs Millionen Euro reduziert. Die sächlichen Verwaltungsausgaben werden für 2012 mit 184,7 Millionen Euro kalkuliert: 18,83 Millionen Euro mehr als 2011. Die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse hingegen sollen 2012 um 24,49 Millionen Euro auf 512,93 Millionen Euro im Vergleich zu 2011 sinken. Allerdings werden die Gesamteinnahmen um rund 13,24 Millionen Euro sinken. *ver*

Koalition hängt am Agrardiesel

LANDWIRTSCHAFT Ein turbulentes erstes Halbjahr 2011 liegt nach den Dioxin- und Lebensmittelkrisen hinter dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Um so wichtiger war es Ministerin Ilse Aigner (CSU) vergangene Woche, ihren 5,28 Milliarden Euro großen Etatentwurf (17/6600) dem Parlament als „Garant für Stabilität“ vorzustellen. Selbst die Senkung des Etats um mehr als 200 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr zeuge von erfolgreicher Politik, so die Ministerin. „Denn das Grünlandmilchprogramm wurde mit Erfolg abgeschlossen.“ Auch künftig werde es ein eigenständiges soziales Sicherungssystem für Landwirte geben, versprach Aigner. Die SPD überzeuge der Haushalt indes nicht. Wilhelm Priesmeier (SPD) kritisierte, dass in den vergangenen Jahren rund 750 Millionen Euro an zusätzlichen Subventionen ausgegeben worden seien. „Und damit zukünftige Spielräume vernichtet wurden“, sagte er.

Heinz-Peter Hausteil (FDP) sprang der Bundesministerin bei und verteidigte die Agrardieselsubventionen, die die SPD kürzen will. „Die SPD will die Subvention abschaffen und die Bauern in den Ruin treiben“, sagte er. Deshalb seien Kürzungen der Agrardieselsubventionen mit der Koalition nicht zu machen. Als „insgesamt bescheiden“ bewertete Roland Claus (Die Linke) den Haushaltsentwurf. Das positive Bild, das die Ministerin gezeichnet habe, entspreche nicht der Wirklichkeit. „Mit Nahrungsgütern wird spekuliert, die Selbstausbeutung von Landwirten steigt“, resümierte er. Scharf ins Gericht zog Friedrich Ostendorff (Bündnis 90/Die Grünen) mit dem Entwurf: „Der Agrarretal verwalte das Nichtstun.“ Einseitig werde der Industrialisierung der Landwirtschaft Vorrang vor der bäuerlichen Landwirtschaft gegeben. Dagegen warf Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU) den Grünen vor, sie würden bewusst „nachhaltig wirtschaftende konventionelle Betriebe verunglimpfen“. *eis*

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Jetzt auch als E-Paper

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

ENTWICKLUNGSMASCHINE Im Internet wird digitales Eigentum. Bist du bereit? SEITE 10

SUCHMASCHINE Was ist im World Wide Web. Bist du bereit? SEITE 13

Thema: Zukunft des Wissens im digitalen Zeitalter

Das Parlament

Die Ware Wissen Informationen sind Kapital. Für die Gesellschaft und für den Einzelnen.



81 Milliarden Euro zahlt der Bund an die Rentenversicherung. Das drohende Problem der Altersarmut ist damit nicht gelöst. Die Bundesarbeitsministerin will dies nun angehen.

Sorglos in die Rente

ARBEIT UND SOZIALES Ministerin lobt die Bilanz ihres Hauses und wirbt für Zuschuss zur Altersversorgung

Für Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) war es eine Woche der frohen Botschaften. Erst präsentierte sie der Öffentlichkeit am vergangenen Mittwoch ihre Idee der Zuschussrente als Rezept gegen die drohende Altersarmut. Und am folgenden Tag den Abgeordneten des Bundestages einen Haushaltsplan, aus dessen Zahlen „der Erfolg spricht“, so die Ministerin selbstbewusst. Mit Ausgaben von 126,6 Milliarden Euro ist der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) der größte Einzelposten im Bundeshaushalt 2012. Und trotz Einsparungen von fast vier Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr gab es aus Sicht der Ministerin keinen Grund zur Klage: „Die Zahl der Erwerbstätigen beträgt 41 Millionen. Seit der Wiedervereinigung ist sie noch nie so hochgewesen“, stellte von der Leyen fest. Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik sei die Merkel-Regierung deshalb „die erfolgreichste Regierung der letzten 20 Jahre“.

Aktivierung und Qualifizierung Vehement verteidigte die Ministerin die Reform der Förderinstrumente für Arbeitslose. „Wir haben derzeit eine Million offene Stellen und einen Fachkräftemangel“, führte von der Leyen aus. Deshalb könne man bei der

Arbeitsmarktförderung nicht mehr die „alten Rezepte aus Zeiten der Massenarbeitslosigkeit“ anwenden. In Zukunft würden die Instrumente für „Aktivierung, Qualifizierung und Weiterbildung“ neu gesetzt und passgenaue Lösungen für die Betroffenen vor Ort entwickelt.

Anette Kramme (SPD) ließ sich von dem selbstbewussten Auftritt der Ministerin nicht beeindruckt und warf ihr wegen der Einsparungen vor: „Sie lassen sich von Wolfgang Schäuble die Butter vom Brot nehmen.“ Kramme kritisierte vor allem, dass viele „strukturelle Probleme“ des Arbeitsmarktes nicht angegangen würden. „Wir sehen keine Ansätze zur Lösung des Fachkräftemangels, denn es fehlt eine Qualifizierungsinitiative“, die auch die Langzeitarbeitslosen anspreche. Dem widersprach der Arbeitsmarktexperte der FDP, Heinrich Kolb, heftig: „Wir sind bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit erfolgreich, weil unsere Reformen ihrer verkorksten Hartz-IV-Gesetze auch für Langzeitarbeitslose einen Pfad zurück in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen werden und weil wir auf einen Mix aus Beschäftigungsformen setzen.“

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU, Karl Schiewerling, fügte hinzu, dass pro Kopf mehr Geld für jeden Arbeitslosen ausgegeben werde, weil deren Zahl gesunken sei. „Unsere Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Arbeitsplätze entstehen.“ Diese Aufgabe kann die Bundesregierung laut Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) allerdings nicht als erledigt betrachten. Hinz forderte gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose. „Natürlich haben wir eine gute Konjunktur, aber das betrifft die Langzeitarbeitslosen nicht“, sagte sie. Und weiter: „Die Bundesregierung diskutiert seit einem Jahr über den Fachkräftemangel und tut nichts dafür.“

Armut im Alter Neben der Arbeitslosigkeit ging es in der Debatte aber auch um jene Menschen, die ihr Erwerbsleben hinter sich haben: die Rentner. Denn die Zuschüsse an die Rentenversicherung sind mit Abstand der größte Posten des Etats: 81,76 Milliarden Euro werden dafür 2012 ausgegeben und damit 1,4 Milliarden Euro mehr als 2011. Ministerin von der Leyen nutzte ihre Rede, um für die Idee der Zuschussrente zu werben. Das Problem, dass Geringverdienere im Alter nicht von ihrer Rente leben können und zusätzlich Grundsicherung beantragen müssen, sei zwar derzeit ein Randphänomen. Dabei werde es aber nicht bleiben, mahnte sie. „An diese Schwachstelle müssen wir ran.“ Ihr Plan, dass Geringverdienere ihre Altersrente auf 850 Euro aufstocken kön-

nen, ist jedoch an Bedingungen geknüpft, die viele Menschen schwer erfüllen können: 45 Beitragsjahre plus private Rentenvorsorge. Zwar sicherte von der Leyen hier „großzügige Übergangsregelungen“ zu. Doch Katja Kipping (Die Linke), Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, konnte das nicht überzeugen. Sie kritisierte die in diesem Zusammenhang angekündigten besseren Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner als Mogelpackung: „Sie wollen, dass die Rentner mit Malochen im Alter ihre Rentenkürzungen ausbaden müssen.“ Nötig sei ei-

ne „solidarische Mindestrente, die garantiert, dass kein Rentner im Alter unter die Armutrisikoquote fällt“. Zum selben Punkt bemerkte Karl Schiewerling: „Mit dem Hinzuverdienst eröffnen wir Möglichkeiten und zwingen niemanden. Es ist ein gutes Konzept, das die Eigenverantwortung stärkt.“ Doch darüber ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen, denn die vom BMAS gestartete Gesprächsreihe „Regierungsdialog Rente“ mit gesellschaftlichen Partnern hat erst in der vergangenen Woche begonnen.

Claudia Heine



»Sie lassen sich von Wolfgang Schäuble die Butter vom Brot nehmen.«

Anette Kramme (SPD)

STICHWORT

BUNDESHAUSHALT – Das meiste Geld fließt für Arbeit und Soziales

Umfang Mit 126,59 Milliarden Euro ist der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales der größte Einzelposten im Bundeshaushalt. Im Vergleich zum Vorjahr sinken die Ausgaben um fast 4 Milliarden Euro.

Rente Die Rente verschlingt die größte Summe dieses Etats. 81,76 Milliarden Euro zahlt der Bund für Zuschüsse an die Rentenversicherung (2011: 80,34 Milliarden).

Arbeitslose Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind mit 33,07 Milliarden Euro im Etat verbucht (34,19 Milliarden). Für das Arbeitslosengeld II sind 19,5 Milliarden Euro eingeplant (20,4 Milliarden). Mit 5,1 Milliarden Euro beteiligt sich der Bund an den Kosten für Unterkunft und Heizung (3,6 Milliarden).



Investition in Köpfe

BILDUNG UND FORSCHUNG 2011 ist er gestiegen und 2012 soll es weitergehen: Der Etat für Bildung und Forschung wird laut Haushaltsentwurf 12,8 Milliarden Euro betragen – 1,15 Milliarden mehr als 2011. Das unterstreiche das Ziel der Bundesregierung, „die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern“, sagte Bildungsministerin Annette Schavan (CDU). Die jährliche Kritik der Opposition, das Geld werde nicht umgesetzt, sei „schlicht unseriös“. Es entspreche der Realität, dass viele Millionen ungenutzt liegen blieben, widersprach Dagmar Ziegler (SPD). „Junge Menschen und Kinder finden bei Ihnen nicht die Priorität, die sie bekommen müssten“, lautete ihr Fazit. „Wenn wir für Kinder und Jugendliche nichts übrig hätten, was bedeutet dann die Steigerung in unserem Haushalt?“, fragte Albert Rupprecht (CSU). Diese entspreche etwa 9,9 Prozent, ergänzte Heinz-Peter Hausteil (FDP). Rot-Grün habe in sieben Jahren Regierung insgesamt eine Steigerung von 900 Millionen Euro bei Bildung und Forschung gehabt, Schwarz-Gelb in drei Jahren 2,6 Milliarden. Die Mittelenerhöhung sei positiv, sagte Priska Hinz (Grüne), jedoch würden Mittel falsch investiert, etwa in der grünen Gentechnik – „die niemand auf dem Teller haben will“. Wissenschaftsförderung sei in erster Linie Wirtschaftsförderung, klagte Petra Sitte (Die Linke). Der größte Posten des Etats entfällt auf Forschung für Innovationen und Hightech-Strategie. Hierfür sind 4,86 Milliarden Euro eingeplant. Rund 4,82 Milliarden sollen für die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems ausgegeben werden. Für den Bereich Bildungswesen und Nachwuchsförderung sind 3,27 Milliarden Euro vorgesehen, 150 Millionen mehr als 2011. Der größte Einzelposten ist dabei das Bafög. Hier werden 1,63 Milliarden Euro veranschlagt.

Tatjana Heid

Grüne Kritik an Neumann

KULTUR Im Vergleich zu den vergangenen Jahren muss Kulturstaatminister Bernd Neumann (CDU) im kommenden Jahr einen deutlich niedrigeren Zuwachs verzeichnen. Sein Etat, der im Haushalt des Bundeskanzleramtes angesiedelt ist, steigt um knapp sieben Millionen auf insgesamt 1,01 Milliarden Euro. Neumann betonte, dass trotz des Zwangs zum Sparen die Kulturpolitik des Bundes weiterhin von finanzieller Verlässlichkeit geprägt sei. Diese Einschätzung teilt auch der FDP-Parlamentarier Reiner Deutschmann. Ohne den Etat des Bundes und die Politik der christlich-liberalen Koalition sähe die Kulturlandschaft in Deutschland „deutlich ärmer aus“.

Auch Siegmund Ehrmann (SPD) bestätigte, dass die Kulturpolitik im Bund in weiten Teilen auf Konsens ausgelegt ist. Er verstehe allerdings nicht, warum etwa der höhere Etat für die Bundeskulturstiftung, den man im vergangenen Jahr gemeinsam erstritten habe, nun wieder gekürzt werde. Hart ins Gericht mit Neumann ging hingegen die Abgeordnete Agnes Krumwiede (Grüne). Seine Politik sei von „rasendem Stillstand“ geprägt. Er habe nichts unternommen zur Verbesserung der sozialen Lage von Kulturschaffenden, die Kulturförderung erschöpfe sich hauptsächlich in der Vergabe von Preisen. Zudem würden einseitig Kultursparten wie die klassische Musik, Opern und Theater zu Lasten der Jugendkultur gefördert.

aw

Von der Abteilung Attacke ins Abwehrzentrum

GESUNDHEIT Bei den Etat-Beratungen knöpft sich die Opposition die Pflegepolitik des neuen Ministers Bahr vor. Der will noch im September Eckpunkte für eine Reform liefern

Es ist noch gar nicht lange her, genau genommen weniger als drei Jahre, da griff Daniel Bahr gern zum verbalen Säbel, um in den Beratungen zum Gesundheitsetat Regierung und Koalition zu attackieren. Jetzt, da Bahr vom gesundheitspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion über das Amt des parlamentarischen Staatssekretärs zum Bundesminister für Gesundheit aufgestiegen ist, muss er sich selbst solcher Oppositionsattacken erwehren. SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen warfen dem 34-Jährigen am vergangenen Donnerstag während der Aussprache zum ersten von Bahr verantworteten Etat-Entwurf im Plenum vor, die Pflegeform zu verschleppen. SPD-Fraktionsvize Elke Ferner kritisierte Bahr als „Tu-nix-Minister“. Linken-Obmann Harald Weinberg bemängelte, die FDP treibe die „Entkernung des Sozialstaats“ voran. Die Pflegeexpertin der Grünen, Elisabeth Scharfenberg sprach von einer „totalen Orientierungslosigkeit“ der schwarz-gelben Koalition. Hintergrund ist die von Bahr gerade erst angekündigte erneute Einsetzung des Pflegebeirats zur Ausarbeitung konkreter Reformschritte. Dieser Beirat hatte bereits Anfang 2009, noch unter der Ägide von Bahrs Amtsvorgängerin Ulla Schmidt (SPD), den Vorschlag unterbreitet, in der Pflege künftig fünf statt heute drei Pflege-

stufen einzuführen. Nicht nur körperliche Beeinträchtigungen, sondern auch die Situation von Demenzerkrankten sollten berücksichtigt werden. Entsprechend ätzte Ferner in Richtung Minister: Es gebe „kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit“. Die Koalition sei zu uneinig für Entscheidungen, welche Leistungsverbesserungen es geben und wie die Pflege künftig finanziert werden solle. In Sachen Pflege habe die Koalition „nichts außer einer totalen Zerstrittenheit“ zu bieten, fügte Scharfenberg hinzu.

Umsetzungsstrategie Bahr selbst verteidigte die erneute Beauftragung des Beirats. „Es handelt sich nicht um Verzögerung, sondern es ist Beleg und Voraussetzung für eine Umsetzungsstrategie“, betonte der Minister. Dem Gescholtenen sprangen die Koalitions-Fachpolitiker zur Seite. Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Gesundheitsausschuss, Rolf Koschorrek, sagte, die Koalition werde sich „den Problemen der Pflegeversicherung stellen“. FDP-Gesundheitsexperte Heinz Lanfermann rief der Opposition, zunächst die noch für den Sommer angekündigten Eckpunkte zur Pflegeversicherung abzuwarten. „So hat der Minister es versprochen, und das werden wir auch halten“, unterstrich Lanfermann.

Der Etatentwurf Bahrs rückte angesichts der Pflegegedebatte ein wenig in den Hintergrund. Dabei gehört er zu den Schwergewichten im Bundesetat 2012: Mit Ausgaben in Höhe von 14,48 Milliarden Euro steht der Einzelplan 15 im Ressortvergleich auf dem vierten Platz. Gleichwohl ist seine Ausgabenstruktur übersichtlich, denn mit 14 Milliarden Euro geht, wie Bahr betonte, der

„größte Batzen“ als Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds, für versicherungsfremde Leistungen und „seit dem letzten Jahr auch für einen funktionierenden Sozialausgleich“. Letzteres sieht die Opposition freilich anders, wie sie in der Debatte zum Ausdruck brachte. Die gesetzlich Versicherten würden künftig allein für Kostensteigerungen im Gesundheitswesen „zur Kasse ge-

ben“, sagte Weinberg. Er bezog sich darauf, dass der allgemeine Beitragssatz von Schwarz-Gelb zum 1. Januar 2011 bei 15,5 Prozent eingefroren worden ist. Höhere Ausgaben müssen die Krankenkassen über Zusatzbeiträge gegenfinanzieren. Erstmalig dürfen die Kassen im kommenden Jahr Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe und als einkommensunabhängigen Pauschalbetrag von den Versicherten verlangen. In der Lesart Bahrs hat die Koalition so „dafür gesorgt, dass steigende Gesundheitskosten nicht mehr automatisch die Arbeitskosten in Deutschland verteuern“. Für die SPD hielt Ewald Schurer dagegen: „Die Risiken und Nebenwirkungen der FDP-Politik tragen alleine die Versicherten.“

Einmaliger Zuschuss fällt weg Auf den ersten Blick könnte der Gesundheitsetat als Sparmusterschüler durchgehen. Denn obwohl der Bund im kommenden Jahr 700 Millionen Euro mehr an den Gesundheitsfonds überweisen wird, sinken die angestrebten Gesamtausgaben im Vergleich zu 2011 von 15,78 Milliarden Euro um rund 1,3 Milliarden Euro auf 14,48 Milliarden Euro. Zurückzuführen ist dies allerdings nicht auf massive Einschnitte im Etat, sondern auf den Wegfall des im vergangenen Jahr einmalig gewährten zusätzlichen Bun-



Die Opposition kritisiert ihn als „Tu-nix-Minister“: Gesundheitsressortchef Daniel Bahr

Monika Pilath



Bundespolizisten schützen in Berlin das Reichstagsgebäude vor Anschlägen. Im Etat-Entwurf des Innenministeriums sind die Ausgaben für die Bundespolizei im kommenden Jahr mit rund 2,4 Milliarden Euro veranschlagt.

Stabiler Etat für Justizressort

JUSTIZ „Die Bilanz der Rechtspolitik dieser Koalition kann sich wirklich sehen lassen“, erklärte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zu Beginn der ersten Lesung des Haushalts des Justizministeriums am Dienstagmittag. Die Ministerin legte Wert auf die Feststellung, dass „das Stakkato immer neuer Sicherheitsgesetze beendet worden“ sei. Das Justizministerium nimmt zwar unter den Ressorts den kleinsten Posten im Bundeshaushalt ein, hat aber die höchste Deckungsquote durch Eigeneinnahmen. Insgesamt sind für 2012 Ausgaben von 491,13 Millionen Euro vorgesehen. Im Vergleich zu 2011 soll Leutheusser-Schnarrenberger eine Kürzung ihres Etats von 0,4 Prozent hinnehmen. Den Ausgaben stehen Einnahmen von 441,5 Millionen Euro gegenüber, die zum großen Teil durch Gebührenlöse des Deutschen Patent- und Markenamtes erzielt werden.

Burkhard Lischka (SPD) warf der Ministerin vor, „viel heiße Luft“ zu verbreiten, die leider nur „wenig Substanz“ enthalte. Sie produziere lediglich „Baustellen in der Rechtspolitik“. Nach „zwei verlorenen Jahren“ könne man durchaus von einem Versagen sprechen. So warte man noch immer auf ein Gesamtkonzept zur Sicherungsverwahrung für höchst gefährliche Gewalt- und Sexualstrafäter. Die Unionsabgeordnete Andrea Astrid Voßhoff stellte in diesem Zusammenhang klar, dass das Bundesverfassungsgericht „unseren Reformansatz nicht gekippt“ habe. Es habe „in beeindruckender Weise“ dem Therapie- und Unterbringungsgesetz seinen Platz gegeben. Voßhoff kündigte einen Gesetzentwurf zu diesem Thema noch für dieses Jahr an.

Die Ministerin habe „gleich mehrere rote Ampeln“ bei der Sicherungsverwahrung übersehen, warf ihr Jens Petermann (Die Linke) vor. Jerzy Montag (Bündnis 90/Die Grünen) stellte fest, Leutheusser-Schnarrenberger sei mit ihrer Strategie beim Thema Sicherungsverwahrung gescheitert. „Sie nerven, aber Sie setzen sich nicht durch“, umschrieb Montag das Verhältnis der Ministerin zum christdemokratischen Koalitionspartner. **bob**

Sicher in Zeiten des Terrors

INNERES Rund zwei Drittel des Etats von Ressortchef Friedrich sind 2012 für Innere Sicherheit vorgesehen

Welcher Stellenwert der Inneren Sicherheit in Deutschland im Jahre Zehn nach den Anschlägen in New York und Washington vom 11. September 2001 beigemessen wird, lässt sich auch am Haushalt des Bundesinnenministeriums ablesen: 2001 wies der Etat ein Ausgabenvolumen von 3,59 Milliarden Euro auf, von denen 2,14 Milliarden Euro auf den Bereich der Inneren Sicherheit entfielen. Zehn Jahre später sieht der Regierungsentwurf des Innen-Etats 2012 allein für die Innere Sicherheit 3,715 Milliarden Euro vor. Das sind 60 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr und

den, mahnte Friedrich. So hätten die Anschlagversuche mit Paketbomben aus dem Jemen im vergangenen Oktober gezeigt, „dass sich die Terroristen den neuen Sicherheitsstandards der Passagier- und Gepäckkontrollen bei Flugreisen angepasst und ihren Fokus jetzt auf die Luftfracht verlagert haben“. Die Regierung habe reagiert, ein Maßnahmenkatalog werde umgesetzt. Zugleich warb der Minister für die vom Kabinetts beschlossene Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze. Bei dieser Verlängerung nachrichtendienstlicher Befugnisse um vier Jahre gehe es darum, „mit Augenmaß



»Die Gefährdungslage ist weiterhin auf einem hohen Niveau.«

Hans-Peter Friedrich (CSU)

den Sicherheitsbehörden das Notwendige (zu) ermöglichen“. Dabei würden nur die Instrumente verlängert, die sich als „unabdingbar erwiesen haben“. Wenig zufrieden mit der schwarz-gelben Innenpolitik zeigte sich naturgemäß die Opposition. Statt an die „solide Politik der Inneren Sicherheit“ anzuknüpfen, „wie sie unter Rot-Grün begonnen und in der Großen Koalition fortgesetzt wurde“, herrsche „völlige Fehlanzeige“, wo Handeln gefordert sei, kritisierte der SPD-Innenexperte Michael Hartmann. So seien die „Lücken beim Frachtverkehr in Passagiermaschinen“ nicht geschlossen. Und bei der Vorratsdatenspeicherung sehe die FDP „die Bürgerrechte vernichtet, wenn man damit vorangeht“, während die Union fordere, sie müsse tiefer gehen. Entschieden werde aber nichts.

Für die Linksfraktion monierte demgegenüber ihr Abgeordneter Jan Korte, der Etat-Entwurf gehe „weiter den Weg in den präventiven Überwachungsstaat“. Die Alltagssicherheit der Menschen werde aber nicht durch Vorratsdatenspeicherung gewährleistet oder durch Online-Durchsuchungen verbessert. Korte beklagte zudem einen anhaltenden „Raubbau an den Bürgerrechten“ und warf der FDP vor, sich bei der Verlängerung der „überflüssigen Sicherheitsgesetze“ der Union zu beugen.

Streit um Evaluierung Die Grünen-Parlamentarierin Katja Dörner sagte, die Verbesserung der Sicherheit und das Schließen tatsächlicher Sicherheitslücken sowie eine „ordentliche Evaluierung“ bestehender Gesetze seien permanente Aufgaben. Die „Gefahr für die innere Sicherheit“ dürfe aber nicht dazu verleiten, Grund- und Bürgerrechte „einfach so über Bord zu werfen“. Die Politik müsse die Bürger vor Anschlägen als auch vor „überflüssigen, unverhältnismäßigen und diskriminierenden Überwachungsmaßnahmen“ schützen. Zugleich bemängelte Dörner, die Befugnisse aus dem Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz sollten nicht nur verlängert, sondern sogar verschärft werden „ohne eine ordentliche Prüfung, ob Bürgerrechte unzulässig eingeschränkt wurden“.

Der FDP-Abgeordnete Florian Toncar hielt dem entgegen, dass das Gesetz von der Regierung evaluiert worden sei. Dies habe dazu geführt, dass etliche Befugnisse „als überflüssig erkannt und deswegen gestrichen“ worden seien. „Wir machen das, was nötig ist, aber was nichts bringt oder unverhältnismäßig ist, wird gestrichen. So stellen wir uns Innenpolitik vor“, sagte Toncar.

Unions-Fraktionsvize Günter Krings (CDU) argumentierte, gerade im vergangenen Jahrzehnt sei angesichts neuer terroristischer Herausforderungen deutlich geworden, dass die Polizei angemessene Befugnisse brauche. Man brauche aber auch verstärkt

nachrichtendienstliche Erkenntnisse und sei darauf angewiesen, diese „mit europäischen, auch transatlantischen Partnern auszutauschen“. Ohne diese Kooperation hätte es in Deutschland wahrscheinlich weitere Anschläge gegeben. **Helmut Stoltenberg**

Anzeige

SCHÜTZT Tetra Pak WAS GUT IST

ICH BIN CO₂-SPARKÖNIG.

Du hast es in der Hand.

Tetra Pak-Getränkekartons gehören zu den umweltverträglichsten Getränkeverpackungen. Denn sie haben einen der kleinsten CO₂-Fußabdrücke unter den Einweg-Getränkeverpackungen, dank stetiger Energie-, Transport- und Ressourceneinsparungen. Sowie der Verwendung des nachwachsenden Rohstoffs Holz zur Herstellung des Rohkartons. Das sind nur zwei von vielen Gründen, weshalb Tetra Pak-Getränkekartons schon heute zukunftsweisend sind.

tetrapak.de

Die positiven Kostentreiber

FAMILIE Zwei Drittel des 6,48 Milliarden Euro umfassenden Haushalts fließen ins Elterngeld

Gegen teilweise massive Kritik musste der Parlamentarische Staatssekretär Hermann Kues (CDU) in den späten Abendstunden am vergangenen Donnerstag die Familienpolitik und den Haushaltsentwurf seines Ministeriums im Bundestag verteidigen. Er vertrat Familienministerin Kristina Schröder (CDU), die derzeit noch im Mutterschutz weilt.

Die Babypause der Ministerin ist geradezu ein Symbol für den um neun Millionen auf 6,48 Milliarden Euro angewachsenen Etat, über den das Parlament in erster Lesung beriet. Denn mit einem Volumen von 4,6 Milliarden Euro stellt das Elterngeld bereits mehr als zwei Drittel des Haushaltes dar. Rund 215 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr soll den Familien zu Gute kommen. Für die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen ist dieser Ausgabenposten ein Grund zu uneingeschränkter Freude. Die Steigerung sei „Ausdruck des Erfolges“ des Elterngeldes, betonte Kues. „Wir wissen auch, dass die Kostentreiber – im positiven Sinne – die Väter sind. Es nimmt heute schon jeder vierte Vater Partnermonate, also eine Auszeit vom Beruf“, fügte der Staatssekretär hinzu.

Beifall für „diesen gesellschaftlichen Wandel“ spendete Miriam Gruß, familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Dies ze-

ge, dass die Koalition in „zukunftsweisende Projekte“ investiere. Ebenso klang es aus dem Mund ihrer Unionskollegin Dorothee Bär. Das Elterngeld „erleichtert das Ja zu Kindern“, jubelte die Christsoziale. Dies werde auch durch die Demografen bestätigt. Bär begrüßte zudem ausdrücklich die Bundesinitiative für Familienhebammen im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes, für die der Bund von 2012 bis 2015 jährlich 30 Millionen Euro beisteuern wird.

Gleichstellungspolitik Auch die Opposition kann die Erfolge beim Elterngeld durchaus würdigen. Zugleich sei dieser Erfolg aber bereits wieder „verkleinert“ worden, indem die Regierung den Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld gestrichen habe, monierte Steffen Bockhahn von der Partei Die Linke. So entzündete sich die Kritik der Oppositionsfraktionen dann auch an anderen Punkten. Es gebe „keine wirkliche Gleichstellungspolitik unter der Regierung Merkel“, kritisierte die SPD-Abgeordnete Dagmar Ziegler. Ministerin Schröder tue nichts für die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, verweigere sich beim Mindestlohn für Frauen und bei der Frauenquote in Führungspositionen. Diesen Standpunkt teilen auch Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. **Alexander Weinlein**

Ebenso erneuerte die Opposition ihre Kritik am neu geschaffenen Bundesfreiwilligendienst, der auf den Mitte des Jahres ausgesetzten Zivildienst folgte. Mit diesem habe die Regierung „teure und ineffiziente Doppelstrukturen“ zu den bereits bestehenden Freiwilligendiensten geschaffen, monierte Sven-Christian Kindler (Grüne). Dies sei auch vom Bundesrechnungshof angemahnt worden.

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen hingegen sehen in dem neuen Freiwilligendienst einen Erfolg. Bis zum 8. September dieses Jahres hätten sich bereits 12.000 Menschen verpflichtet, berichtete Staatssekretär Kues. Dies sei „eine tolle Entwicklung“. Zur Finanzierung des Bundesfreiwilligendienstes sind im Haushaltsplan 180 Millionen Euro veranschlagt. Zusammen mit den Mitteln für das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr investiert der Bund nach Angaben von Kues rund 350 Millionen Euro in die Freiwilligendienste. Auf Ablehnung stößt bei Sozialdemokraten, Linken und Grünen weiterhin auch die sogenannte Extremismusklausel, die Träger von Projekten gegen Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus unterzeichnen müssen, wenn sie Fördergelder vom Bund erhalten wollen. **Alexander Weinlein**

Disput um Niebels Etat

ENTWICKLUNG Trotz enger Spielräume im Bundeshaushalt kann Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) einen Erfolg verbuchen: 6,33 Milliarden Euro sollen seinem Ressort nach dem Etatentwurf der Bundesregierung im nächsten Jahr zur Verfügung stehen – das sind knapp 114 Millionen Euro mehr als 2011. Wirklich zufrieden waren damit in der Debatte am vergangenen Mittwoch allerdings nur die Koalitionsfraktionen. Der Etat sei ein „Rekordhaushalt“ aber auch ein „Wirksamkeitshaushalt“, so Niebel. Die Bündelung der früheren Vorfeldorganisationen in der „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ (GIZ) sei die „größte Strukturreform in der Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik“. Zudem setze das Ministerium auf Wirksamkeitsprüfungen – etwa durch die Gründung eines unabhängigen Evaluierungsinstituts. Erstmals gebe es ein verbindliches Menschenrechtskonzept, eine Art „TÜV“, der die Auswirkungen von Entwicklungsprojekten auf die Menschenrechte prüfe. Ein Schwerpunkt liegt laut Niebel weiterhin auf Afrika, insbesondere sollen die Mittel für Bildungsmaßnahmen im Süden des Kontinents bis 2013 gegenüber 2009 verdoppelt werden.

Millenniumsziele „Nichts wirklich Substantielles“ wollte Bärbel Kofler von der SPD-Fraktion im Etatentwurf entdecken. Deutschland sei weit entfernt von dem in der UN-Millenniumsvereinbarung genannten Ziel, bis 2015 mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklung auszugeben. 364 Abgeordnete hätten sich in einer fraktionsübergreifenden Initiative für dieses Ziel eingesetzt. Niebel habe die Chance nicht genutzt, diese breite parlamentarische Unterstützung „in Mittel für die Armutsbekämpfung umzumünzen“, sagte Kofler. Stattdessen lese man in Niebels Strategiepapier das „Hohelied der privaten Investitionen“.

Von einer „herben Enttäuschung“ sprach Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen). Schließlich sei das Haushaltsjahr 2012 „die letzte Ausfahrt“, um das 0,7-Prozent-Ziel doch noch zu erreichen. Hoppe sprach sich dafür aus, Solidarität und Gerechtigkeit „weder von der Konjunktur noch von der Kassenlagen abhängig“ zu machen. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit „von jetzt auf gleich“ auf 0,7 Prozent des BIP anzuheben, sei „völlig illusorisch“, sagte Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU). Zudem greife es zu kurz, nur über die Höhe des Haushalts zu reden: „Was wir brauchen, sind Qualität und die Überprüfung der Wirkung.“ Pfeiffer hob zudem einen „wesentlich unverkrampten Umgang“ mit der Wirtschaft hervor.

Zusammenarbeit „Erfreuliche Dinge“ stellte Jürgen Koppelin (FDP) im Etat heraus: „Endlich“ gebe es eine „ausgesprochen gute Zusammenarbeit“ zwischen dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Auswärtigen Amt, „dokumentiert durch abgestimmte Konzepte zu Südamerika, zu Afrika“. Scharfe Kritik kam von Heike Hänsel (Die Linke). Angesichts der Hungerkatastrophe in Ostafrika habe es Minister Niebel versäumt, im Haushalt die Weichen zu stellen, „um auf solche Katastrophen adäquat reagieren zu können“, etwa durch Aufstockung der Not- und Übergangshilfen. Hänsel lenkte den Blick auf die mutmaßlichen Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien, die der Bundessicherheitsrat genehmigt – und der Minister angeblich gerechtfertigt habe: „Mit solchen Aussagen können Sie Ihr ganzes Menschenrechtspapier in den Müllimer werfen“, sagte Hänsel. **ah**



Der Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan hat begonnen. Bis 2014 soll er beendet sein. Auch danach wird das Land am Hindukusch noch Hilfe brauchen.

Abzug in Verantwortung

AUSWÄRTIGES AMT Ein größerer Etat – und eine Rücktrittsforderung an den Minister

Politische und diplomatische Lösungen sollten immer dort angestrebt werden, wo dies auch möglich ist. Mit dieser Überzeugung trat Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) bei der Beratung seines Etats am Mittwoch vor das Plenum. Niemand sollte jedoch daraus lesen, dass Deutschland nicht bereit sei, auch international Verantwortung zu übernehmen, fügte der Minister hinzu. Gleichzeitig sagte er, zehn Jahre, nachdem der Einsatz in Afghanistan begonnen habe, sei es das „erklärte Ziel der Bundesregierung, dass wir uns eine Abzugs-perspektive erarbeiten“. Und er ergänzte: „eine Abzugs-perspektive in Verantwortung“. Deswegen werde man auch nicht den Ratschlägen der Opposition nachgeben und verraten, wo und in welchem Monat welches Kontingent abgezogen werde. „Das wäre eine Gefährdung der Soldaten“, sagte Westerwelle. Auch nach dem Jahr 2014 werde man die Verantwortung für Afghanistan nicht vergessen.

»Zumutung für dieses Hohe Haus« Heftige Kritik musste Westerwelle von Gernot Erler einstecken: Der SPD-Außenexperte sprach von einer „Zumutung für dieses Hohe Haus“. Der Außenminister sei zur „Personalisierung einer deutschen Außenpolitik von befremdender Gestalt und verhängnisvoller Wirkung“ geworden. Der deutsche Außenminister habe im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durchgesetzt, dass Deutschland sich der Stimme enthalten habe, als es um den Schutz der libyschen Zivil-

bevölkerung ging. Damit habe Deutschland sich von so wichtigen Alliierten wie den USA, Frankreich und Großbritannien entfernt. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende hielt Westerwelle vor: „Der Begriff Einsicht taucht in ihrem Reaktionsreportoire offensichtlich grundsätzlich nicht auf.“ Und einen weiteren Vorwurf machte Erler dem FDP-Politiker: Als es den Rebellen mit Hilfe der Nato gelungen sei, das Gaddafi-Regime zu vertreiben, habe Westerwelle den Erfolg nicht anerkannt, sondern für seine nicht-militärische Sanktionspolitik reklamiert. Damit habe Westerwelle „das Fass zum Überlaufen gebracht“. Es gebe nur einen logischen Schluss aus dieser „verheerenden Bilanz“, folgte Erler: Er solle vom Ministeramt zurücktreten.

Der FDP-Abgeordnete Rainer Stinner nahm den Außenminister hingegen in Schutz und warf der Opposition ihrerseits Vergesslichkeit vor. Deren Vertreter hätten noch im März Verständnis für die deutsche Enthaltung geäußert – und machten eben diese Enthaltung nun Westerwelle zum Vorwurf. An der „klaren Einbettung Deutschlands in das westliche Bündnis“ und an der wertorientierten Außenpolitik gebe es nichts zu deuteln, sagte Stinner.

Debatte über Libyen Frithjof Schmidt (Bündnis 90/Die Grünen) fand, man sollte die Verdienste der Nato in Libyen würdigen. Westerwelles Problem sei, dass er das „nicht ohne Nachhilfe“ zum Ausdruck gebracht habe. Der CDU-Abgeordnete Andreas Schockenhoff verwies auf die wichtige Rolle Libyens

für Europa, „denn es liegt in unserer unmittelbaren Nachbarschaft“. Man müsse Libyen das Angebot einer Partnerschaft machen. Auch Schockenhoff äußerte sich zur deutschen Nichtbeteiligung am militärischen Vorgehen der Nato: Die Bundesregierung habe sich aufgrund der nach ihrer Sicht „un-

Stefan Liebich (Die Linke) machte deutlich, man könne sich nicht an einem Bürgerkrieg mit ungewissem Ausgang beteiligen. Dies hieße, deutsche Soldaten in ein militärisches Abenteuer zu schicken. Ein Ende der Waffenexporte sei überdies der beste Beitrag, den Deutschland leisten könne.

le wird für die operative Außenpolitik verwendet, etwa für den Einsatz für Demokratisierung, Frieden und Sicherheit sowie für eigene Programme für Wiederaufbau, Konfliktmanagement und Krisenprävention.

Mehr Geld für Afghanistan Das zivile Engagement Deutschlands in Afghanistan bildet dabei einen Schwerpunkt. Insgesamt sollen rund 140 Millionen Euro für zusätzliche Maßnahmen im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung zur Verfügung stehen. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Nato und andere erhalten Regelbeiträge aus Deutschland. Allerdings müssen im Gesamtetat 30 Millionen Euro als „globale Minderausgabe“ wieder eingespart werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Rund 769 Millionen Euro und damit 55 Millionen Euro mehr als im Vorjahr sind 2012 dafür veranschlagt. Das entspricht etwa einem Viertel des Gesamtetats des Auswärtigen Amtes. Von den zusätzlichen Geldern sind 24 Millionen Euro für die Arbeit der 140 deutschen Auslandsschulen vorgesehen. Die Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland ist für 2012 mit 223,3 Millionen Euro veranschlagt. Ziel ist es auch, das heute weltweit aus 1.500 Schulen bestehende Partnerschulnetzwerk in den nächsten fünf Jahren um weitere 500 Schulen zu erweitern. **Bernard Bode/Susann Kreutzmann**



Musste heftige Kritik einstecken: Außenminister Guido Westerwelle (FDP)

absehbaren Risiken“ nicht an den militärischen Operationen in Libyen beteiligt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe aber keinen Zweifel daran gelassen, auf welcher Seite Deutschland stehe. „Wir sind froh, dass sich unsere Bedenken nicht bestätigen“, sagte Schockenhoff.

Die Bundesregierung hat den Etat des Auswärtigen Amtes für 2012 nach Kürzungen im vergangenen Jahr wieder um 220 Millionen Euro aufgestockt. Insgesamt sind im Einzelplan 05 des Bundeshaushalts Ausgaben von knapp 3,31 Milliarden Euro vorgesehen. Zwei Drittel des Etats von Westerwelle

Die Debatte zum Nachlesen unter: www.bundestag.de/dokumente/protokolle

De Maizièrè korrigiert Sparziele drastisch nach unten

VERTEIDIGUNG Trotz sinkender Personalkosten steigt der Wehretat auf 31,68 Milliarden Euro. Koalition und Opposition wollen Beschaffungspraxis auf den Prüfstand stellen

Thomas de Maizièrè (CDU) hat viele Baustellen vor sich. Eine davon sprach der Verteidigungsminister am Donnerstag in der ersten Lesung des Wehretats 2012 offen an: Die Beschaffung von Material und Gerät für die Bundeswehr. „Die Verfahren dauern zu lange, Verzögerungen und Verschiebungen begründen Bindungen für das Material, das unter Umständen gar nicht mehr oder nicht mehr im vorgesehenen Umfang benötigt wird“, beklagte er. Dagegen will der Minister nun zu Felde ziehen. Er werde die Rüstungsvorhaben priorisieren und die Industrie vor zwei Möglichkeiten stellen: „Die eine Variante ist: Wir bezahlen, was bestellt ist, und stellen die Dinge, die wir nicht mehr brauchen auf den Hof. Dann können wir nichts Neues bestellen.“ Die zweite Variante, zu der de Maizièrè die Industrie zu überreden können glaubt, lautet: „Wir passen die Planungen an; die Mittel, die dadurch frei werden, können wir für neue Bestellungen nutzen.“

Das Geld für neue Beschaffungen im 31,68 Milliarden Euro schweren Verteidigungshaushalt ist knapp. Zwar sollen die für Beschaffungen, Materialerhaltung, militärische Anlagen und Wehrforschung zur Verfügung stehenden Mittel im kommenden Jahr um 156 Millionen auf 10,59 Milliarden Euro anwachsen. Aber ein Großteil dieser

Gelder steckt in langfristigen Rüstungsvorhaben fest. So fließen aus den 5,32 Milliarden Euro für Beschaffungen allein 1,2 Milliarden in das Kampfflugzeug Eurofighter. Die Beschaffungspraxis ist Haushalten und Verteidigungspolitikern im Bundestag seit Langem ein Dorn im Auge. Gerne werfen sie sich gegenseitig – in Abhängigkeit davon, ob sie gerade Regierungsverantwortung tragen oder auf den Oppositionsbänken sitzen – eine verfehlte Politik vor. So forderte der Abgeordnete Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) „ein umfassendes Moratorium, vor allem bei milliardenschweren Beschaffungs- und Forschungsprojekten“. Auch der FDP-Parlamentarier Jürgen Koppelin stört sich gewaltig an der gängigen Praxis und wies dabei auch auf die Beschaffungsvorhaben der ehemaligen rot-grünen Regierung hin. So seien 2001 die neuen Korvetten der Braunschweig-Klasse für über eine Milliarde Euro geordert worden. „Diese Korvetten fahren aber immer noch nicht, obwohl wir sie schon überwiegend bezahlt haben“, schimpfte der Liberale. Die Parole des Tages laute deshalb: „Wo ist das Geld, das wir zur Verfügung gestellt haben, geblieben?“ Im Fall der Korvetten, die wegen technischer Mängel noch immer nicht einsatzbereit sind, vermutet Koppelin die Verantwortung beim Bundeswehrbeschaffungs-

amt. „Auch das werden wir uns einmal ansehen“, grollte der Liberale. Die von de Maizièrèes Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) angeschobene Bundeswehrreform führt 2012 zu großen Verschiebungen im Etat. So sinken durch die Aussetzung der Wehrpflicht und die Verkleinerung der Truppenstärke von 257.700 auf 209.700 Soldaten im Jahr 2012 die Personalkosten um 1,61 auf 14,92 Milliarden Euro. In den kommenden Jahren soll der Streitkräfteumfang auf bis zu 185.000 Soldaten verringert werden. Zugleich soll die Zahl der Stellen in der zivilen Verwaltung von 76.000 auf 55.000 gesenkt werden. Um das Personal, das in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes untergebracht werden soll, zu bezahlen, wird aus dem Topf der Allgemeinen Finanzverwaltung zusätzlich eine Milliarde Euro bereitgestellt.

Miete für Kasernen Doch die freierwerdenden Gelder rinnen den Planern im Ministerium schnell durch die Hände. So sollen etwa die Verwaltungskosten im kommenden Jahr um 790 Millionen auf 4,99 Milliarden Euro steigen. Einer der Gründe ist das neue Liegenschaftsmanagement. Alle Kasernen werden schrittweise an die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten übertragen, sprich: Die Bundeswehr muss zukünf-

tig Miete zahlen. Allein im kommenden Jahr steigen diese Mietzahlungen von 0,9 Milliarden auf 1,8 Milliarden Euro. Von dem ehrgeizigen Sparzielen von 8,3 Milliarden Euro bis 2015 hat sich die Regierung bereits verabschiedet. Sollte der Wehretat ursprünglich bis zum Jahr 2015 auf 27,6 Milliarden Euro heruntergefahren werden, so liegt die Zielmarke nach der neuen Finanzplanung jetzt bei 30,4 Milliarden.

„Ich finde, das ist eine gute Nachricht für die Bundeswehr“, sagte de Maizièrè. Teilen möchte diese Freude in der Opposition jedoch niemand. Für den SPD-Wehrex-perten Rainer Arnold sind die Streitkräfte weiterhin schlicht unterfinanziert: „So lange Ihre Koalition davon träumt, Steuern zu senken, so lange Sie den Hoteliers nach wie vor Steuergeschenke gewähren, so lange erzählen Sie den Soldaten bitte nicht, die Kür-

zungen seien unabdingbar“, griff er de Maizièrè frontal an. Die Grünen und die Linken hingegen argumentieren umgekehrt und fordern höhere Einsparungen: „Was sie heute nicht sparen, wird die Truppe morgen und übermorgen doppelt und dreifach sparen müssen“, bemängelte der grüne Verteidigungsexperte Omid Nouripour. Und für die Linksfaktion erneuerte deren verteidigungspolitische Sprecher Paul Schäfer einmal mehr die fundamentale Kritik an der Reform. Es sei ein „Irrweg“, die Bundeswehr zu einer „weltweit einsetzbaren Interventionsarmee auszubauen“.

Noch vor der abschließenden Beratung des Haushaltes im Oktober will de Maizièrè die endgültige Gestaltung der Bundeswehrreform und das neue Stationierungskonzept vorlegen. Doch für Arnold steht schon jetzt fest: „Noch nie wurde eine Reform so schlecht kommuniziert, noch nie wurde eine Reform so wenig von den Soldaten mitgetragen.“ Der Unionsabgeordnete Ernst-Reinhard Beck hingegen stellte sich schützend vor den Minister: De Maizièrè habe sein Amt erst im März übernommen und die „Fäden, die bis dahin unter dem Stichwort ‚Bundeswehrreform‘ etwas lose in der Luft hingen, zu einem konstruktiven, zukunfts-fähigen Konzept zusammengebunden.“ **Alexander Weinlein**



Sorgenkind der Marine: die neuen Korvetten der Braunschweig-Klasse



In einem Boot: Für die Stabilität der Gemeinschaftswährung haften alle Mitgliedsländer.

Rettungsschirm wird größer

HILFSKREDITE Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) wurde im Mai vergangenen Jahres auf Beschluss der EU-Länder gegründet, um ein wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung der Euro-Krise zu haben. Der EFSF kann im Krisenfall bis zu 440 Milliarden Euro an Krediten aufnehmen, um damit die Zahlungsfähigkeit von kriselnden Euroländern zu sichern. Falls Euroländer keine Kredite mehr zu tragfähigen Zinsen erhalten, können sie sich unter den Rettungsschirm des EFSF begeben und aus dessen am Kapitalmarkt beschafften Mitteln Kredite erhalten. Für die Kredite muss auch Deutschland bürgen – und zwar derzeit bis zu einer Höhe von 123 Milliarden Euro.

Erste Erfahrungen mit dem EFSF haben gezeigt, dass dessen Kreditvolumen nicht ausreicht. Um die bei den Geldgebern verlangte Ratingnote AAA zu erreichen, muss eine „Übersicherung“ vorgenommen – das heißt die Kreditobergrenze noch mehr erhöht werden. Lag diese Übersicherung bisher bei 120 Prozent, steigt sie jetzt auf 165 Prozent. Das bedeutet: Um wie ursprünglich geplant 440 Milliarden Euro an Krediten vergeben zu können, muss der EFSF mit einer Kreditaufnahmemächtigung in Höhe von 780 Milliarden Euro ausgestattet werden. Der deutsche Bürgerschaftsanteil steigt dadurch von 123 auf 211 Milliarden Euro. Über diese Ausweitung wird Ende September im Bundestag abgestimmt.

Der EFSF soll in Not geratene Euroländer unterstützen, indem er nicht nur Kredite vergibt, sondern auch deren Staatsanleihen aufkauft. Staatsanleihen waren in der Vergangenheit bereits von der Europäischen Zentralbank aufgekauft worden.

Daneben sind noch der Internationale Währungsfonds (IWF) mit bis zu 250 Milliarden Euro und der von der Europäischen Union betriebene Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), der bis zu 60 Milliarden Euro ausgeben kann, an der Hilfe für Euroländer beteiligt. EFSM und EFSF sollen zum Juli 2013 aufgelöst und durch den vergleichbar operierenden permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ersetzt werden. *hle*

Einer trage des anderen Last

EURO Koalition und Opposition liefern sich Schlagabtausch zum Rettungsschirm – und sind sich doch einig

Sitarki-Siggi“, „Merkel-Bonds“, „dumme Parolen“: Bundesregierung und Opposition lieferten sich in der Debatte zum Euro am vergangenen Donnerstag einen heftigen Schlagabtausch. Doch im Kern sind sich beide Lager einig: Der Eurorettungsfonds EFSF soll ausgeweitet werden, der deutsche Anteil an den Kreditbürgschaften auf 211 Milliarden Euro steigen. Der Gesetzentwurf (17/6916) von Union und FDP sieht außerdem die Möglichkeit für den Fonds vor, Staatsanleihen aufzukaufen. Manchem geht das Haftungsrisiko zu weit: Mehrere Abgeordnete der Koalition hatten öffentlich angekündigt, in der abschließenden Beratung Ende September dem Gesetz die Zustimmung zu verweigern.

Wohl auch deshalb stellte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) klar, dass der Rettungsschirm überschuldete Länder wie Griechenland nicht von der Verpflichtung zu schmerzhaften Reformschritten und strenger Haushaltsdisziplin entbinde. „Die Lösung ihrer Strukturprobleme können wir ihnen nicht ersparen“, sagte der Minister. Der Rettungsschirm sei nötig, „damit aus den Problemen eines Landes der Euro-Zone keine Gefahr für die Stabilität der Euro-Zone als Ganzes werden kann.“ SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sprach von den „ersten richtigen Schritten dieser Regierung in der Euro-Krise“. Mit „kurzsichtigen und dummen Parolen“, Griechenland, „keinen Cent zu geben“, habe die Bundesregierung die Lage bisher stets verschlimmert. Sie

habe die eigenen Abgeordneten „auf die Bäume getrieben“ und wisse jetzt nicht, „wie sie sie wieder herunterbekommen sollen“. Die Argumente der Koalition gegen Eurobonds seien nicht glaubwürdig, sagte Gabriel, die Vergemeinschaftung von Schulden sei längst Realität. So habe die Europäische Zentralbank (EZB) Staatsanleihen verschuldeter Länder in Höhe von 120 Milliarden Euro aufgekauft – das seien die ersten „Merkel-Bonds“ gewesen. Die zweite Tranche komme nun mit dem neuen EFSF.

FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle warf Gabriel vor, mit seinem „Sitarki-Siggi-Konzept“ keine

Lösungen anzubieten. Mit „lockerer Geldpolitik“ und Euro-Bonds sei nichts zu erreichen. Nötig sei eine Stabilitätskultur: „Nicht das Heischen nach schnellem Beifall und das schnelle Nachgeben sind die Lösung, sondern Prinzipientreue in elementaren Fragen der Politik“, sagte Brüderle und verwies auf Spanien und Italien, die nach deutschem Vorbild eine Schuldenbremse in der Verfassung verankern würden.

Zu einem Rundumschlag holte Klaus Ernst, Chef der Partei Die Linke, für seine Fraktion aus: „Sie retten mit dem Gesetz weder den Euro noch die Europäer“, sondern nur die Banken und Finanzinstitute, kritisierte er die Koalition. Weder habe diese etwas gegen die „Entfesselung der Finanzmärkte“ und „Zockerbuden“ getan, noch habe sie das anhaltende Übergewicht des Exports in der

deutschen Außenhandelsbilanz beseitigt, das durch sinkende Reallöhne und Renten erkaufte sei. „Unsere Überschüsse sind die Schulden der anderen“, sagte Ernst. Jürgen Trittin, Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen, attestierte Merkel und Schäuble eine „europa- und währungspolitischen Geisterfahrt“. „Sie wettern gegen Euro-Bonds, Sie haben sie längst in diesem Lande eingeführt“, sagte Trittin mit Verweis auf die Anleihekäufe der EZB, an der Deutschland schließlich beteiligt sei. Eine Koordination in der Steuerpolitik, in der Wirtschaftspolitik und bei den Sozialstandards sei nicht ohne Änderung der europäischen Verträge zu haben, sagte Trittin und fügte hinzu: „Dafür fehlt Ihnen in dieser Koalition schon lange die Kraft.“

Rückendeckung aus Karlsruhe Von einem „Miteinander“ sprach Trittin in der Frage der Parlamentsbeteiligung. Am Vortag der Debatte hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die bislang vom Bundestag gebilligte Griechenland-Hilfe und die Beteiligung am Euro-Rettungsschirm mit dem Grundgesetz vereinbar seien (siehe Seite 1). Gleichzeitig stellten die Richter klar: Es gibt keinen Automatismus, der Bundestag hat in jedem Einzelfall zu entscheiden.

In einem Antrag (17/6945) schlagen die Koalitionsfraktionen ein Modell „abgestufter Mitwirkungsrechte“ vor. So soll etwa die Bundesregierung in den entsprechenden EFSF-Gremien zu einem Nein-Votum verpflichtet sein, wenn die Entscheidung finanzielle Folgen für den Bundeshaushalt hat und keine Zustimmung des Bundestages vorliegt. Dieser strikte Parlamentsvorbehalt war bereits Bestandteil eines an die Fraktionspitzen übermittelten Entwurfs, an des-

sen Ausarbeitung auf Wunsch von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) Fachreferate der Bundestagsverwaltung beteiligt waren.

Bei weniger schwerwiegenden Entscheidungen – etwa in der operativen Anwendung

der EFSF-Instrumente – reicht nach den Vorstellungen von Union und FDP hingegen die Zustimmung des Haushaltsausschusses. Offen lässt der Antrag indes noch eine Regelung für besonders dringende Entscheidungen. *Alexander Heinrich*



»Es sind die ersten richtigen Schritte dieser Regierung in der Eurokrise.«

Sigmar Gabriel (SPD)

Anzeige

ICH BIN 3% VERPACKUNG UND 97% INHALT.

SCHÜTZT Tetra Pak WAS GUT IST™

Du hast es in der Hand.

Tetra Pak-Getränk Kartons gehören zu den umweltverträglichsten Getränkeverpackungen. Denn hier kommen auf 1 Liter Inhalt durchschnittlich rund 30g Verpackung. Das spart Ressourcen und Energie, vermeidet Abfall und CO₂-Emissionen. Und ist nur einer von vielen Gründen, weshalb Tetra Pak-Getränk Kartons schon heute zukunftsweisend sind.

tetrapak.de

FÜNF FRAGEN ZUR: EUROKRISE



FRIEDRICH HEINEMANN
Forschungsbereichsleiter
am Zentrum für
Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

»Der Stabilitätspakt wird in seinen Sanktionsmöglichkeiten überschätzt.«

Wird der Bundeshaushalt zu einem Selbstbedienungsladen von reformunwilligen Staaten?

Von einer Selbstbedienung kann keine Rede sein. Jede neue Kreditvergabe bedarf nach den Regeln des Rettungsschirms des Konsenses aller Eurostaaten. Das ist eine hohe Hürde. Ein Problem ist allerdings die mögliche Erpressbarkeit der Geber nach dem Motto: „Wenn ihr uns nicht helft, lösen wir eine neue Finanzkrise aus.“ Diese Erpressbarkeit lässt sich nur verringern, wenn endlich zielgerichtet auf ein geordnetes Insolvenzverfahren von Staaten hingearbeitet wird.

Wie bewerten Sie die Parlaments-Mitwirkung?

Die Art der Beteiligung des Bundestages läuft auf einen vertretbaren Kompromiss hinaus. Einerseits bleibt das Parlament der Herr des Verfahrens bei Grundsatzbe-

schlüssen über neue Kredite, andererseits können Routinevorgänge schnell entschieden werden.

Reichen die aktuellen Anstrengungen der betroffenen EU-Staaten aus?

Irland ist auf einem guten Weg. Der starke Rückgang der Renditen auf irische Bonds in den letzten kritischen Wochen zeigt, dass die Finanzmärkte sehr wohl differenzieren und echte Fortschritte sehr schnell honorieren. In Griechenland ist die Problemlage viel tiefer und der politische Konsens fragiler. Portugal befindet sich zwischen diesen beiden Polen.

Welche Sanktionsmöglichkeiten sollte es geben?

Der Stabilitätspakt wird in seinen Sanktionsmöglichkeiten überschätzt. Wichtig ist, dass der Druck der Anleihemärkte weiterhin seine disziplinierende Wirkung aus-

üben kann und eine unsolide Politik unmittelbar durch steigende Risikoprämien bestraft. Einen besseren Automatismus, der von der Politik nicht manipulierbar ist, kann es nicht geben.

Sind gemeinsame Anleihen eine Lösung?

Eurobonds sind im Rahmen interessanter Modelle von seriösen Wissenschaftlern vorgeschlagen worden. Die Wahrscheinlichkeit ist allerdings groß, dass mit Eurobonds der Weg in die Garantiegemeinschaft beschränkt würde. Dies wäre fatal, weil die wertvolle individuelle Sanktionierung von Defizitländern durch Strafzinsen dann ausgeschaltet würde. Die Europäer würden vielmehr kollektiv bestraft für die Sünden einzelner. Das ist ineffizient und ungerecht.

Die Fragen stellte
Jörg Müller-Brandes.

Enquete startet Umfrage

KOMMISSION Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Bundestages hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Bis zum Ende der Wahlperiode will sie einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator entwickeln. Zwar existiert bereits eine Vielzahl von Indikatoren, die zur Bemessung herangezogen werden. Aber um herauszufinden, welche Rolle sie in den Entscheidungsprozessen der Volksvertretungen und öffentlichen Verwaltungen spielen, hat die Enquete-Kommission das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) jetzt mit einer Studie beauftragt.

In einer bisher nie dagewesenen Initiative sollen Mandatsträger auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie leitende Mitarbeiter von Bundes- und Landesministerien befragt werden, beispielsweise nach der Bedeutung des ökologischen Fußabdrucks – ein möglicher Faktor für Lebensqualität, der erst in den vergangenen Jahren in das Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten ist. Der Fragebogen wurde an 3.400 Empfänger zur Weiterleitung verschickt. So kann er bis zu 30.000 Personen erreichen. Die Ergebnisse werden im Herbst erwartet. Bisher gilt das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Gesamtwert aller in einer Volkswirtschaft pro Jahr produzierten Waren und Dienstleistungen, automatisch als Hauptindikator für Wohlstand. Die Kommission stellt die Formel „Wachstum gleich Wohlstand“ in Frage. Wohlstand, argumentiert sie, ist längst nicht mehr mit Wachstum gleichzusetzen. Dazu ein Beispiel: Steigende Kriminalität erfordert mehr Polizisten und Gefängniswärter. Deren Gehälter erhöhen das BIP. Die Kriminalität steigert aber nicht die Lebensqualität. Es müssen also weitere Aspekte bei der Bemessung berücksichtigt werden. **ver |**

Hans Apel gestorben

NACHRUF Eigentlich wollte Hans Apel (SPD) nie Politiker werden, legte dann aber doch eine rasante politische Karriere zurück: Erst 42-jährig wurde der Staatssekretär im Auswärtigen Amt im Jahr 1974 Finanzminister unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD). Von 1978 bis 1982 führte er das Verteidigungsministerium. Der „überzeugte Hamburger“ galt zeitweilig als „Kronprinz“ Helmut Schmidts. Am vergangenen Dienstag ist Apel im Alter von 79 Jahren in seiner Heimatstadt gestorben.

Der protestantische Christ gehörte zu den profiliertesten Köpfen der Bonner Republik. Als Finanzminister kämpfte der 1932 in Hamburg geborene, promovierte Volkswirt vor allem gegen die Verschuldung des Bundes. Als Verteidigungsminister geriet er in die innerparteiliche Schusslinie, als er den Nachrüstungsbeschluss der Nato Anfang der 1980er-Jahre verteidigte. Mit dem Ende der sozialliberalen Koalition im Jahr 1982 endete auch seine Minister-Amtszeit. Inner-



Hans Apel starb mit 79 Jahren.

parteilich gehörte Apel, seit 1970 Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, stets zum konservativen Flügel. Nach der Ära Schmidt wuchs ihm die Rolle eines Sprechers der rechten „Kanalarbeiter“ in der Bundestagsfraktion zu. 1988 verlor Apel seinen Posten im SPD-Vorstand und verzichtete auf sämtliche Parteiämter. Danach kümmerte sich Apel „ein bisschen um die deutsche Einheit“, wie er es nannte: 1990 zunächst als Aufsichtsratsvorsitzender bei ostdeutschen Braunkohlebergwerken, dann als Gastdozent an der Universität Rostock. „Ich glaub, mich tritt ein Pferd“ ist wohl einer seiner berühmtesten Sprüche, durch deren Flapsigkeit er sich immer wieder vom üblichen Politikerprofil absetzte. Geäußert übrigens 1975, als der damalige Finanzminister Apel von einer Reise aus den USA zurückkehrte und vor laufenden Kameras mit einem neuen Haushaltsloch konfrontiert wurde. Über seine flinke Zunge, derentwegen er nicht selten anekdoten, sagte Apel selbst einmal 1978 vor dem Bundestagsplenum: „Wenn Sie sich über mein Temperament beklagen wollen, stimme ich Ihnen von vornherein zu, obwohl in den letzten 10 bis 15 Jahren auch einiges besser geworden ist.“ Anhaltende Heiterkeit notierte dazu das Bundestagsprotokoll.

Zum Auftakt ihrer Sitzung am vergangenen Donnerstag haben die Abgeordneten des Bundestages ihren verstorbenen Kollegen gedacht. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte Apel als „herausragenden Politiker“ und „leidenschaftlichen Parlamentarier“. Apel habe „25 Jahre als Mitglied des Bundestages wie auch als Bundesfinanzminister und als Bundesverteidigungsminister maßgeblich an wichtigen Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik mitgewirkt“, sagte er. **che |**



Der Tourismusausschuss auf Tour am Grünen Band: Die Reise führt die Abgeordneten von Lübeck über den Schaalsee bis zum Harz.

Lebensader auf Todesstreifen

AUSSCHUSSREISE Im Schatten des Eisernen Vorhangs hat die Natur ein Refugium. Die Schrecken der Grenze verblasen

Als der Reisebus nahezu geräuschlos durch das Häusermeer südlich der Trave rollt, rutscht Gabriele Hiller-Ohm plötzlich auf ihrem Sitz nach vorn. „Genau hier war der Grenzübergang“, sagt die Lübecker SPD-Abgeordnete und zeigt auf ein Stück Straße, die aussieht, nun ja, wie Straßen eben so aussehen in Deutschland. Mittelgrauer Asphalt, ein, zwei Schlaglöcher, weiße Markierungslinien. Nichts deutet darauf hin, dass hier einmal die innerdeutsche Grenze verlief. Das wissen nur Eingeweihte. Wie Hiller-Ohm. Die 58-Jährige ist im Schatten des Eisernen Vorhangs in Lübeck aufgewachsen – „mit den ständigen Mahnungen meiner Eltern, ja nicht an die Grenze zu gehen, denn das könnte meinen Tod bedeuten“. Wenige Tage nach dem Mauerbau-Jahrestag ist die Hansestadt die erste Station einer Delegationsreise des Bundestags-Tourismusausschusses entlang des Grünen Bandes. Das noch im Wendejahr 1989 geborenen Naturschutzprojekt schlängelt sich auf dem 1.393 Kilometer langen früheren innerdeutschen Grenzstreifen. Es ist der größte Biotopverbund der Bundesrepublik, 150 Naturschutzgebiete liegen in ihm oder grenzen an ihn an. Hiller-Ohm ist Mitglied der parlamentarischen Delegation und gleichzeitig Gastgeberin in ihrem Wahlkreis Lübeck. Ihre Kollegen wollen sich vor Ort über Konzepte der Grenzregionen am früheren Todesstreifen sowie über die Entwicklung des naturnahen Tourismus informieren.

Als Mahnmal erlebbar „Lübeck war die größte Stadt direkt an der DDR-Grenze; 40 Kilometer der Stadtgrenze lagen direkt an ihr“, berichtet Hiller-Ohm ihren Gästen. Heute haben Siedlungen und Gewerbegebiete die Wunde weitgehend vernarben lassen. Sie bedauert, dass „von dem, was die ehemalige Grenze mit Todesstreifen, Selbstschussanlagen, Hundelaufanlagen und Wachtürmen ausmachte“, nur noch wenig erhalten sei, sagt Hiller-Ohm. Sie selbst erinnert sich noch gut daran, wie schwer es

war, die Grenze zu überwinden, wenn sie ihre Großeltern in Wismar besuchen wollte. Für nachfolgende Generationen, die sich das kaum mehr vorstellen könnten, sei es daher „wichtig, den ehemaligen Grenzverlauf als Mahnmal erlebbar zu machen“. Das ist das Stichwort für Klaus Buchin. Der 73-Jährige kümmert sich seit 20 Jahren um das „Projekt Lebensstreifen“. Den Namen ziehe er dem Titel „Grünes Band“ vor, sagt Buchin, denn es gehe neben dem Naturschutz eben auch um Geschichte. Er lässt den Busfahrer langsam fahren. Die Abgeordneten blicken nach links. An einem backsteinernen Turm wird an Bardowiek erinnert, „eines jener Dörfer, das innerhalb der Fünf-Kilometer-Sperzone lag und von der DDR geschleift wurde“, wie Buchin berichtet. Kein Haus des Örtchens steht mehr. Der Reisebus fährt bei der Bundespolizeiakademie Lübeck vor. Hier hält eine Ausstellung die Erinnerung an Stacheldraht und Schießbefehl wach. Der Ausschussvorsitzende Klaus Brähmig (CDU) und Valerie Wilms (Bündnis 90/Grüne) betrachten ein Schild. „Achtung Lebensgefahr. Wirkungsbereich sowjetzonaler Minen“, steht darauf. „Wer diese Gedenkstätten und Museen entlang der ehemaligen Grenze besucht und mit offenen Augen durch die Ausstellungen geht, kann sich der Brutalität des Mauerregimes nicht entziehen“, sagt Brähmig. Das nächste Ziel der Delegation, das Biosphärenreservat Schaalsee in Mecklenburg, gehört zum Wahlkreis von Hans-Joachim Hacker. Auf der Weiterfahrt reicht der SPD-Abgeordnete den Mitreisenden ein Papier. Darauf hat er Fakten zu Opfern der innerdeutschen Grenze notiert. Rund 1.600 Menschen wurden hier bis 1989 getötet. Hacker berichtet von Harry Krause, einem zehnjährigen Jungen, der 1951 beim Spielen auf dem zugefrorenen Goldensee in der Nähe Zarentins von einem DDR-Grenzsoldaten erschossen wurde. Ihm sei es wichtig, dass entlang der Grenze an Einzelschicksale wie das von Harry Krause erinnert werde, betont er wenig später im Museum „Grenzhus“ Schlagsdorf bei Ratzeburg.

Mit seinem Rollstuhl kann Ilja Seifert (Die Linke) seinen Kollegen nicht zum Grenzmodell im ersten Stock folgen. Es gibt nur eine Treppe. Er freut sich, sagt Seifert, dass „eine große politische Barriere friedlich beseitigt wurde. Viele andere Barrieren sind leider noch da.“ Nach der Renovierung des Museums werde es auch einen Fahrstuhl geben, verspricht Klaus Jarmatz, der das Amt für das Biosphärenreservat Schaalsee leitet.

Eisvogel und Rohrdommel Zurück im Bus erklärt Jarmatz, der Schaalsee, der wie ein Krebs in der hügeligen Landschaft liegt, sei wegen seiner Grenzlage „in keiner offiziellen DDR-Karte verzeichnet“. Die erzwungene Abgeschiedenheit bescherte der Natur eine jahrzehntelange Atempause, seltene Tier- und Pflanzenarten fanden ein Refugium, rund um den Schaalsee etwa Eisvögel und Rohrdommel. Die Natur sei das touristische Pfund, mit der die Region wuchern könne, betont Jarmatz. „Der Urlauber kann in der wunderbaren Landschaft entlang des Grünen Bandes zur Ruhe kommen, sein Leben entschleunigen“, schwärmt Brähmig. Für Entschleunigung haben die Abgeordneten keine Zeit. Nächstes Ziel ist der Harz. Dort begrüßt sie Heike Brehmer (CDU). Mit der Schmalspurbahn geht es rauf auf den Brocken. Der 1.141 Meter hohe Berg sei für sie „Sinnbild der deutschen Einheit“, sagt Brehmer. Hier standen einst streng bewacht Militär- und Abhöranlagen. Bei Wanderungen hätten sie auf den Brocken geschaut, „ohne im wahren Sinne des Wortes auch nur daran denken zu dürfen, ihn einmal besuchen und seine herrliche Aussicht genießen zu können“, sagt Brehmer, die im Harz ihren Wahlkreis hat. Die Bahn erreicht den Gipfel. Es ist sonnig, das Thermometer zeigt fünf Grad Celsius, der Wind bläst frisch. Brähmig schließt die Hirschhornknöpfe seines Lederjankers. Die nächsten Gesprächspartner warten schon. **Monika Pilath |**

Mehr unter: www.erlebensgruesesband.de und www.bund.net/grueses-band

Zum Konsens aufgerufen

WAHLRECHT Experten streiten um Überhangmandate

Im Streit um eine Reform des Wahlrechts haben mehrere Sachverständige an die Fraktionen des Bundestages appelliert, sich auf einen Konsens zu verständigen. „Versuchen Sie, sich zu einigen“, mahnte Professorin Ute Sacksosky von der Goethe-Universität Frankfurt am Main am vergangenen Montag in einer Anhörung des Innenausschusses. Sie warb dafür, eine „überfraktionelle und nicht nur zwei Fraktionen umfassende Regelung des Wahlrechts“ zu finden. Ähnlich äußerte sich der Augsburger Professor Friedrich Pukelsheim: „Egal was, aber machen Sie es gemeinsam“, sagte er. Ein mangelnder Konsens bei Wahlsystemfragen entziehe „dem demokratischen Gemeinwesen die Gewissheit seiner Legitimation“.

Frst überschritten Kontrovers beurteilten die Experten die Gesetzentwürfe der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion (17/6290) sowie der SPD- (17/5895), der Links- (17/5896) und der Grünen-Fraktion (17/4694). Mit den Vorlagen reagieren die Abgeordneten auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Juli 2008, in dem der Gesetzgeber verpflichtet wurde, das Wahlrecht „spätestens bis zum 30. Juni 2011“ zu reformieren. Wie die Richter urteilen, verstößt das Bundeswahlgesetz punktuell gegen die Verfassung, weil „ein Zuwachs

an Zweitstimmen zu einem Verlust an Sitzen der Landeslisten oder ein Verlust an Zweitstimmen zu einem Zuwachs an Sitzen der Landeslisten führen kann“. Dieser Effekt des „negativen Stimmgewichts“ tritt im Zusammenhang mit Überhangmandaten auf, die Parteien erhalten, wenn sie in einem Land mehr Direktmandate erringen, als ihnen laut Zweitstimmenergebnis zusteht. Tim Weber vom Verein Mehr Demokratie kritisierte, das Problem des negativen Stimmgewichts werde mit der Koalitionsvorlage nicht gelöst. Der Gesetzgeber müsse ein Anwachsen der Überhangmandate verhindern, was der Koalitionsentwurf nicht leiste. Professor Hans Meyer von der Berliner Humboldt-Universität sagte, Überhangmandate produzierten „eine Fülle von doppelten Stimmgewichten“. Es sei aber verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen, dass es Wähler gebe, „die doppelt so viel Stimmen haben wie die anderen“. Dagegen betonte Professor Gerd Strohmeyer von der Technischen Universität Chemnitz, eine Beseitigung der Überhangmandate zähle nicht zum Regelungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts. Der Heidelberger Professor Bernd Grzeszick bescheinigte dem Gesetzentwurf der Koalition, den Anforderungen der Karlsruhe Richter gerecht zu werden. **sto |**

Mittelkürzung kritisiert

ARBEIT UND SOZIALES Anhörung zur Arbeitsmarktreform

Die Pläne der Bundesregierung zur Neugestaltung der Förderinstrumente für Arbeitslose stoßen bei Experten auf ein geteiltes Echo. In der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt (17/6277) am vergangenen Montag unterstützten die Sachverständigen zwar das Ziel einer flexibleren Arbeitsvermittlung. Die geplanten Mittelkürzungen bei der Betreuung von Hartz-IV-Beziehern kritisierten sie jedoch mehrheitlich. Mit dem Gesetz soll die Integration in Erwerbsarbeit beschleunigt und der Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung neu geordnet werden. Dezentrale Entscheidungskompetenzen sollen gestärkt, uneffektive Fördermaßnahmen abgeschafft und andere so verändert werden, dass eine schnellere Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt möglich wird. SPD, Bündnis 90/Grüne und Die Linke kritisierten in ihren Anträgen (17/6454, 17/6319, 17/5526) dagegen eine Konzentration auf „arbeitsmarktnahe“ Personen und fordern eine stärkere Beachtung von Menschen mit „verfestigten Vermittlungshemmnissen“.

Bessere Betreuung Wilhelm Adamy vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) betonte, mehr Flexibilität könne in der Praxis zu neuen Unklarheiten zum Beispiel darüber führen, warum in dem einen Fall ein

Existenzgründungszuschuss gewährt werde und in einem anderen nicht. Ähnlich argumentierte Susanne Koch vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. „Je höher die Flexibilität, desto höher sind die Anforderungen an die Vermittler, und deshalb muss man darüber nachdenken, ob die Betreuungsrelation im SGB II richtig ist“, sagte sie. Auf diesen Punkt verwies auch Markus Keller vom Deutschen Landkreistag. So würden sich mit den Plänen der Regierung die Fördermittel im Hartz-IV-System viel stärker reduzieren als es der Zahl der Leistungsempfänger entspricht. „Die Mittelkürzungen werden dafür sorgen, dass weniger Menschen aus dem Hartz-IV-Bezug herauskommen“, so Keller. Ein „mangelndes Qualifizierungssystem“ für Hartz-IV-Empfänger kritisierte auch DGB-Vertreter Adamy. Auf Lob stieß der Gesetzentwurf dagegen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA). Rudolf Knorr stellte fest, dass damit viel klarer werde, welche Leistungen für welchen Personenkreis vorgesehen sind. Jan Dannenbring vom Zentralverband des Deutschen Handwerks begrüßte die Änderungen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung. Das Handwerk habe „leidvolle Erfahrungen“ mit Ein-Euro-Jobs gemacht, die in vielen Firmen Arbeitsplätze vernichtet hätten. Das nun geplante Kriterium der Wettbewerbsneutralität für diesen Bereich sei wichtig, um den Missbrauch von Ein-Euro-Jobs zu verhindern, sagte Dannenbring. **che |**

Erwin Sellering im Glück

MECKLENBURG-VORPOMMERN SPD sucht Koalitionspartner

Nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist der amtierende Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) auf Brautschau. Sowohl die bislang mitregierende CDU, die in der Wahlgunst auf 23,1 Prozent (2006: 28,8 Prozent) abrutschte, als auch Die Linke, die sich auf 18,4 Prozent (2006: 16,8 Prozent) steigerte, würden mit der SPD gern die nächste Regierungskoalition im Schweriner Schloss bilden. Sellering, dessen SPD auf 35,7 Prozent (2006: 30,2 Prozent) kletterte, kann daher die Latte für den Platz an seiner Seite hochlegen. Bereits am Wahlabend des 4. September kündigte er an: „Wir werden mit dem zusammengehen, der uns möglichst breit auf unserem Pfad entgegenkommt.“ Mit beiden möglichen Juniorpartnern will der Wahlsieger Sondierungsgespräche führen. An den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat wird sich, unabhängig davon, wie sich Sellering entscheidet, unmittelbar nichts ändern. Bei Rot-Schwarz bliebe ohnehin al-

les beim Alten. Auch bei Rot-Rot würde es für eine gestaltende Mehrheit des „linken“ Lagers im Bundesrat nicht reichen. Sellering könnte sich erst ändern, falls in Berlin am 18. September die SPD mit Linkspartei oder Grünen an der Macht bleibt und bei der nächsten Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Mai 2012 Schwarz-Gelb die Mehrheit verliert. Schon wird gemunkelt, die SPD-Parteistrategen in Berlin hätten deshalb möglicherweise ein Interesse an einem rot-roten Bündnis in Schwerin.

Geringe Wahlbeteiligung Nach dem von Landeswahlleiterin Doris Petersen-Goes bekannt gegebenen vorläufigen Ergebnis gaben in Mecklenburg-Vorpommern von rund 1,36 Millionen Wahlberechtigten knapp 700.000 Bürger ihre Stimme ab. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 51,4 Prozent, ein Negativrekord in dem Nordland. Das endgültige Ergebnis gibt es aber erst nach dem 18. September. An diesem Tag wird auf Rügen nachgewählt, weil der ursprüngliche CDU-Direktkandidat Udo Timm im August überraschend gestorben war. Mit der Nachwahl kann es noch zu minimalen Verschiebungen bei der Mandatsvergabe kommen. So hoffen die Grünen, die mit 8,4 Prozent erstmals in den Landtag einzogen, auf ihr siebtes Mandat. Als Voraussetzung dafür seien ein schwaches NPD-Ergebnis auf der Insel an. Landesweit erzielt die rechtsextreme Partei sechs Prozent (2006: 7,3 Prozent) und zieht erneut in den Landtag ein. **mpi (mit dpa) |**



Erwin Sellering (SPD) bleibt Chef im Schweriner Schloss.



Palästinenserpräsident Mahmud Abbas bei seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im September 2010

Kopflös in Brüssel

BELGIEN Der Weltrekord ist längst gebrochen: Seit dem 13. Juni 2010 hat Belgien keine Regierung. Kein Land der Welt kam bisher in Friedenszeiten so lange ohne Regierung aus. Dafür, dass Belgien vom geschäftsführenden Premierminister Yves Leterme und seinem Team gelenkt wird, schlägt sich das Land jedoch erstaunlich gut. Gerade erst ist Belgien im Wettbewerbsfähigkeitsranking des World Economic Forum um vier Plätze nach oben auf den 15. Platz geklettert. Die Rating-Agentur Moody's bestätigte dem Land in diesem Sommer eine hohe Bonität (Aa1). Moody's machte allerdings eine Einschränkung: Wenn der politische Stillstand nicht schnell genug aufgelöst werde, um eine mittelfristige Strategie für die Haushaltskonsolidierung und für Wirtschaftsreformen zu entwickeln, könnte sich die positive Einschätzung des Landes ändern.

Belgien hat in der Tat einen enormen Schuldenberg angehäuft. In diesem Jahr werden sich die Staatsschulden nach Prognosen der EU-Kommission auf 97 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) belaufen, dem vierthöchsten Schuldenstand in der EU. Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Schulden im kommenden Jahr weiter wachsen werden, wenn auch nur unwesentlich auf 97,5 Prozent des BIP. Ein Teil der hohen Staatsverschuldung geht auf die Finanzkrise zurück. 2007, dem Jahr vor der Lehman-Pleite, beliefen sich die Verbindlichkeiten des Staates nur auf 84,2 Prozent des BIP. 2008 rettete der belgische Staat zwei angeschlagene Banken und geriet tiefer in die roten Zahlen.

„Belgien muss die Staatsausgaben auf allen Ebenen zurückfahren und Verzerrungen im Steuersystem abbauen“, empfahl jüngst die OECD in ihrem Länderbericht. Solche Schritte kann jedoch nur eine neue Regierung einleiten. Mittlerweile werden Neuwahlen nicht ausgeschlossen, falls der mit der Regierungsbildung Beauftragte Vorsitzende der französischsprachigen Sozialisten, Elio di Rupo, mit seinem jüngst vorgelegten Vorschlag für eine Staatsreform keine Mehrheit unter den verhandelnden Parteien findet.

Bernard Bode

Silke Wettach, Brüssel

Mit der Brechstange

NAHOST Fraktionen uneins über geplanten Antrag der Palästinenser auf UN-Vollmitgliedschaft

Diesen Herbst könnte es auf der Versammlung der Vereinten Nationen in New York zum „Showdown“ kommen. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas – so scheint es – ist wild entschlossen, einen eigenen Staat zu gründen und will den UN-Segen dazu. Er hat dazu eine Kampagne gestartet: Deren Ziel ist, einen Antrag auf Vollmitgliedschaft am 19. September zu stellen. Bislang besitzt die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als Vertreterin des palästinensischen Volkes lediglich einen Beobachterstatus. Die USA haben bereits deutlich gemacht, dass sie per Veto den Antrag auf Vollmitgliedschaft im Sicherheitsrat zu Fall bringen werden. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) reiste am Wochenende in die Region, um in Gesprächen mit den Beteiligten einen solchen „Showdown“ zu verhindern.

hen. Es sei wichtig, so Polenz, dass der Westen möglichst gemeinsam auftritt. Andernfalls, warnte der Unionsabgeordnete, verlören die Staaten Europas an Einfluss, was „verhängnisvoll wäre“. Wichtig sei, dass der Prozess einer Zwei-Staaten-Lösung nicht behindert wird.

Er habe zudem „große Sorgen“ wegen der eingetretenen Verschlechterung der Beziehungen der Türkei und Israels und glaube, dass die israelische Seite wesentlich mehr zu gewinnen habe, betonte Polenz.

Auf einen Antrag zum Thema vom Juli dieses Jahres verwies der SPD-Abgeordnete Günter Glosler. In ihm hatte seine Fraktion gefordert, den Nahost-Friedensbemühungen „neuen Schwung“ zu verleihen. Sowohl die israelische als auch die palästinensische Regierung sollten vom arabischen Frühling gelernt haben, dass „Hinhaltetaktiken und Symbolpolitik“ von den Menschen nicht mehr toleriert würden, sagte Glosler. Für das Erreichen einer Friedenslösung müsse daher auf Palästinenserseite dringende internationale Anerkennungsfähige neue Regierung gebildet werden, die für alle Menschen in Gaza und im Westjordanland sprechen könne.

Der SPD-Abgeordnete machte deutlich, eine Verhandlungslösung sei nicht ersetzbar, selbst wenn die Palästinenser die UN-Vollmitgliedschaft erhielten. Er erwartet eine erneute Gewalteskalation, sollten die UN die

sem Schritt zustimmen. Nach all dem könne die Erkenntnis nur lauten: „Zurück an den Verhandlungstisch.“ Glosler warf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Westerwelle vor, zu wenig getan zu haben, um dieses Ziel zu erreichen.

Einheitliche Position Rainer Stinner (FDP) machte deutlich, dass eine „endgültige Positionierung“ zum Wunsch der Palästinenser auf eine Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen schwierig sei, weil der Text des entsprechenden Antrags nicht vorliege. Sinnvoll sei, dass die EU-Staaten eine einheitliche Position erreichen. Der außenpolitische Sprecher bekräftigte aber, seine Fraktion stehe „zur einzig sinnvollen Lösung“, der Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästina. Man wolle, dass beide Staaten in Frieden und in Sicherheit leben und für ihre Bürger die Sicherheit ihrer Lebensbedingungen erreichen können. Man wolle ebenso, dass diese Lösung ohne weitere militärische Konflikte erreicht werde, sagte Stinner. Israels „Staatsräson Nummer eins“ sei die Sicherheit des Landes. Doch Israel müsse für neue Herausforderungen beweglich bleiben.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Gregor Gysi, unterstützte den Plan von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, eine Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen zu beantragen. Die Position von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle, die vor „einseitigen Schritten“ warnen, sei in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar. „Es stärkt Palästina, ohne Israel zu schwächen“, sagte Gysi. Das „friedliche Nebeneinander“ beider Staaten für den Friedens- und Demokratieprozess im Nahen Osten und in Nordafrika sei „un-

geheuer wichtig“, betonte Gysi in seiner Rede.

Es sei nicht erkennbar, dass die israelische Seite zu „substanziellen Verhandlungen“ bereit sei, meinte Kerstin Müller (Grüne). Insofern könne sie verstehen, dass die Palä-

stinenser den Gang nach New York angetrieben hätten. „Kontraproduktiv“ sei die Festlegung der Kanzlerin gewesen, eine solche Initiative abzulehnen. Die Spaltung der EU in dieser Frage sei abzusehen gewesen, meinte Müller.



»Es stärkt Palästina, ohne Israel zu schwächen.«

Gregor Gysi (Die Linke)

Anzeige

SCHÜTZT
Tetra Pak
WAS GUT IST™

ICH BIN RESSOURCENSCHONER.

Du hast es in der Hand.

Tetra Pak-Getränkekartons gehören zu den umweltverträglichsten Getränkeverpackungen. Denn sie bestehen überwiegend aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz, der bei verantwortungsbewusster Waldwirtschaft nahezu unbegrenzt zur Verfügung steht. Das ist nur einer von vielen Gründen, weshalb Tetra Pak-Getränkekartons schon heute zukunftsweisend sind.

tetrapak.de

Zünglein an der Waage

DÄNEMARK Schlüsselrolle von Sozialliberalen und Rechtspopulisten bei der Parlamentswahl

Am Ende musste wieder einmal alles ganz schnell gehen. Nur 20 Tage blieben den Parteien, um sich auf die Parlamentswahl vorzubereiten. Knapp drei Wochen Blitzwahlkampf. TV-Duelle der beiden Spitzenkandidaten fast jeden Tag, Meinungsumfragen im Minutentakt. Das dänische Wahlrecht macht es möglich. Es bringt nämlich mit sich, dass die Regierung – anders als in Deutschland – selbst bestimmen kann, für welchen Tag sie die Bürger zu den Urnen bittet. Lediglich zwei Beschränkungen gibt es: Zwischen Bekanntgabe des Termins und Wahl müssen mindestens zwei Wochen liegen, die Wahl muss spätestens vier Jahre nach der vergangenen stattfinden.

Diese Regelung gibt der jeweils amtierenden Regierung einen Vorteil, da sie mit Blick auf die momentane Stimmungslage den für sich günstigsten Zeitpunkt bestimmen kann. Dennoch sah Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen alles andere als zusehender aus, als er am 26. August vor die Kameras trat und den 15. September als Wahltermin verkündete. Die Umfragewerte für seine liberal-konservative Koalition verfehlen seit Monaten nichts Gutes. Bewährten sich die Zahlen am Wahltag, wird die Opposition unter Führung der Sozialdemokraten nach zehn Jahren wieder an die Macht kommen.

Dänemark steckt in der Krise. Zuletzt brachte die linksgerichtete Denkfabrik AE-Rat eine ernüchternde Bilanz. In der EU verlaufe der Erholungsprozess nur in Griechenland, Irland, Spanien und Portugal schleppender als in Dänemark. 2009 rutschte Dänemark aus den Top 10 der von der OECD geführten Liste der reichsten Länder der Welt – zum ersten Mal seit 32 Jahren. Kein Wunder also, dass der dänische Wahlkampf von ökonomischen Fragen beherrscht wird.

Wege aus der Krise Dass der Wohlfahrtsstaat so weit wie möglich erhalten bleiben soll, darin sind sich beide Lager einig. Nur die Wege sind umstritten. Während die Sozialdemokraten unter ihrer Vorsitzenden Helle Thorning-Schmidt gemeinsam mit ihren potenziellen Koalitionspartnern, der Sozialistischen Volkspartei und der Einheitsliste, die Wirtschaft mit massiven Konjunkturprogrammen und einer höheren Vermögenssteuer ankurbeln wollen, setzen die liberale Venstrepartei Rasmussens sowie die Konservative Volkspartei auf Reformen – wie die Kürzung beziehungsweise langfristige Abschaffung des Vorruhestandes. Ein Weg, den die rechtspopulistische Dänische Volkspartei nur mit Widerwillen mitgeht – und sich teuer bezahlen lässt. Offiziell zwar nicht in der Regierung, stützen die

Rechtspopulisten seit 2001 die liberal-konservative Minderheitenregierung. Aus der bequemen Duldungsposition, die es ihnen erlaubt, Regierung und Opposition zugleich zu sein, trieben sie die Koalition mit ihren Forderungen etwa nach einem schärferen Einwanderungsrecht regelmäßig vor sich her. Auch die im Mai beschlossenen und von der EU kritisierten Grenzkontrollen sind ein Teil dieser Erpressungsversuche. Auch deshalb würde sich Rasmussen im Falle eines Wahlsieges gerne von den Rechtspopulisten unabhängiger machen, weshalb er die Det Radikale Venstre umgarmt, eine sozialliberale Partei, der bei dieser Wahl eine Schlüsselrolle zukommen wird. Wirtschaftspolitisch eher der Regierungskoalition zugeneigt, hat die Vorsitzende Margrethe Vestager jedoch bereits durchblicken lassen, dass ihre Partei die Sozialdemokratin Helle Thorning-Schmidt zur Ministerpräsidentin wählen würde, eben weil sie mit den Rechtspopulisten nichts zu tun haben will. Aktuelle Umfragen zufolge müssen diese zwar mit Einbußen rechnen. Trotzdem werden sie so stark sein, dass das liberal-konservative Lager selbst im Falle eines knappen Sieges an ihnen nicht vorbeikommen – und ihnen wohl erneut die Rolle als ungeliebter aber nützlicher Königsmacher anbieten würde.

Elmar Jung, Kopenhagen

LEBENSSTATIONEN

Wichtige Stationen im Leben des Papstes: Das Kind aus einfachen Verhältnissen steigt zum Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche auf.

16. April 1927 Benedikt XVI. wird als Joseph Aloisius Ratzinger an einem Karfreitag im oberbayerischen Markt am Inn geboren und am selben Tag getauft. Er ist drittes Kind des Gendarmereimeisters Joseph Ratzinger und seiner Frau Maria, einer Köchin.

16. April 1941 Mit dem 14. Geburtstag wird für den in tief religiösem Umfeld aufgewachsenen Ratzinger eine Mitgliedschaft in der Hitlerjugend verpflichtend.

1944 Ratzinger, zuvor Flakhelfer in München, wird zur Grundausbildung eingezogen und zum Reichsarbeitsdienst versetzt.

1946-1951 Nach bestandenen Abitur am Chiemgau-Gymnasium in Traunstein beginnt Ratzinger ein Studium der Theologie und Philosophie in Freising und München.

29. Juni 1951 Im Freisinger Dom empfängt Ratzinger gemeinsam mit seinem Bruder Georg das Sakrament der Priesterweihe.

1953 Ratzinger promoviert zum Doktor der Theologie an der Universität München.

1957 Ratzinger habilitiert sich, ebenfalls in München, im Fach Fundamentaltheologie mit einer Untersuchung über den mittelalterlichen Theologen Bonaventura.

1958 Im Alter von 31 Jahren wird Ratzinger Professor für Dogmatik und Fundamentaltheologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Freising. Es folgen Lehrstühle an weiteren Universitäten, darunter Münster und Tübingen.

1976 Ratzinger wird zum Päpstlichen Ehrenprälaten ernannt. Im selben Jahr wird er Vizepräsident der Universität Regensburg.

25. März 1977 Papst Paul VI. beruft Ratzinger zum Erzbischof von München und Freising.

28. Mai 1977 Ratzinger empfängt in München die Bischofsweihe.

27. Juni 1977 Mit dem Erhalt der Kardinalwürde wird Ratzinger in das Kardinalskollegium aufgenommen.

1978 Ratzinger lernt Karol Wojtyła kennen, der im selben Jahr zum Papst gewählt wird.

25. November 1981 Ratzinger wird von Johannes Paul II. zum Präfekten der Kongregation für die Glaubenslehre in Rom ernannt. Er wird zum engen Vertrauten und Freund des Papstes und in den Folgejahren zu einem der bedeutendsten Kardinele.

2. April 2005 Johannes Paul II. stirbt. Ratzinger, der als dessen rechte Hand galt, hält sechs Tage später die Totenmesse.

19. April 2005 Ratzinger wird im von ihm als Kardinaldekan einberufenen Konklave im vierten Wahlgang zum 265. Papst gewählt. Er nennt sich fortan Benedikt XVI.

19. August 2005 Die erste Auslandsreise seines Pontifikats führt nach Deutschland. Hunderttausende Gläubige bereiten Benedikt XVI. auf dem Weltjugendtag in Köln einen begeisterten Empfang. jcp

Schönheit wird uns retten: Dieser Gedanke mag fern liegen, die Leitlinien des Pontifikats Benedikts XVI. zu skizzieren. Doch er führt mitten hinein ins Denken und Wirken Joseph Ratzingers, der seit dem 19. April 2005 Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche und des Vatikanstaates ist. Den Katholiken gilt er als Stellvertreter Christi auf Erden. Neulich, am 31. August, sagte er bei der Generalaudienz: Die schöne Kunst, die Musik, die Malerei, die Dichtung, offenbare „den Durst nach dem Unendlichen“ und zeige Wege zu Gott, „der höchsten Schönheit“. In anderen Worten: Wo immer das Auge die Schönheit streift, öffnet sich ein Spalt für Gott, lugt der Schöpfer aus der Schöpfung hervor.

Joseph Ratzinger, geboren vor 84 Jahren im bayerischen Markt am Inn, ist als Papst der erste Beter seiner Kirche und ihr erster Kritiker, er will Vernunft und Glaube versöhnen, die christlichen Kernlande neu evangelisieren, das Band der universalen Solidarität unter den Bedingungen der Globalisierung festigen, den Dialog der Religionen vorantreiben und das Eigentliche des katholischen Glaubens herausarbeiten. Er will auch die Schönheit der Erde und des Menschen retten helfen vor den Entstellungen unserer Tage - vor Umweltzerstörung und Egoismus, vor Profitgier und Habsucht. In der Messe zur Amtseinführung dachte er beide Aspekte zusammen: „Die äußeren Wüsten wachsen in der Welt, weil die inneren Wüsten so groß geworden sind. Deshalb dienen die Schätze der Erde nicht mehr dem Aufbau von Gottes Garten, in dem alle leben können, sondern dem Ausbau von Mächten der Zerstörung. (...) Nicht die Gewalt erlöst, sondern die Liebe.“ In seiner ersten Enzyklika von 2006, „Deus caritas est“, fand sich dieser Zusammenhang breit ausgeführt.

Humanismus Benedikts christlicher Humanismus basiert auf der Einsicht, dass alle Besserung der Welt wie der Kirche am Ich anzusetzen habe: „Die Welt wird besser, indem man bei sich selbst anfängt, indem man mit der Gnade des Herrn das ändert, was im eigenen Leben nicht gut ist.“ Ein derart anspruchsvolles Programm übersteigt die Kräfte eines einzigen Menschen. So bat er nach der Wahl um Verständnis für die „Grenzen meiner Person und meiner Fähigkeiten“. Dabei wisse er, „wer glaubt, ist nie allein, im Leben nicht und auch im Sterben nicht.“ Unter diesem Motto stand 2006 die Pastoralreise in seine bayerische Heimat.

Die Tage in München, Regensburg und Freising zeigten damals einen gelösten, heiteren Papst, der sich immer wieder an sein akademisches Wirken erinnerte. Im Dom zu Freising gedachte er seiner Priesterweihe dort am 29. Juni 1951 und seines Studiums wie auch seiner Dozententätigkeit in der Stadt vor den Toren Münchens, wo er von 1954 bis 1959 Dogmatik und Fundamentaltheologie lehrte. Professuren in Bonn, Münster, Tübingen und schließlich Regensburg folgten, ehe ihn 1977 Papst Paul VI. zum Erzbischof von München und Freising ernannte. Insofern war auch die Rede an der Regensburger Universität im September 2006 eine Reise in die eigene Vergangenheit. Sie begann mit den Worten, es sei für ihn „ein bewegender Augenblick, noch einmal in der Universität zu sein und noch einmal eine Vorlesung halten zu dürfen“.

Meilenstein In Kontinuität zu Johannes Paul II., dessen engster Berater er von 1981 bis 2005 als Präfekt der Glaubenskongregation war, bekennt sich Benedikt zur „vorrangigen Verpflichtung (...) mit allen Kräften an der Wiederherstellung der vollen und sichtbaren Einheit aller Jünger Christi zu arbeiten.“ Ein Meilenstein auf diesem Weg war Ende 2006 das Treffen mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I. Die Erklärung von Istan-



Glaube, Liebe, Hoffnung: Die drei christlichen Tugenden sind zentral in Lehre und Leben Ratzingers.

Der Heilige Vater

RELIGION Benedikt XVI. streitet für eine Erneuerung des christlichen Glaubens. Von Reformen hält er nicht allzu viel

bul schrieb den Willen fest, an der Überwindung des Schismas „durch Gebet und maßgebliches Handeln“ zu arbeiten, schließlich seien „unsere theologischen und moralischen Traditionen ein solides Fundament für eine gemeinsame Verkündigung und ein gemeinsames Handeln.“ Das historische Abkommen wurde überlagert von der Nachsorge nach der Regensburger Rede. Mit Benedikt betrat jener Papst türkischen Boden, der in einem missverständlichen, missverständlichen Referat zehn Wochen zuvor die Frage nach dem Zusammenhang von Religion, Vernunft und Gewalt am Beispiel des Islam aufgeworfen hatte. „Zeig mir doch“, hatte Joseph Ratzinger in Regensburg einen byzantinischen Kaiser zitiert, „was Mohammed Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und In-

humanes finden wie dies, dass er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigt, durch das Schwert zu verbreiten.“ Proteste nicht immer hinreichend informierter Muslime waren die Folge. Langfristig aber gewann der Dialog an Schwung. Im Oktober 2007 bekräftigten 138 muslimische Gelehrte, „die Zukunft der Welt hängt vom Frieden zwischen Muslimen und Christen ab“. Deshalb wolle man „fair, gerecht und freundlich zueinander sein“. Im November 2008 trat erstmalig ein katholisch-muslimisches Forum im Vatikan zusammen. Wie aber steht es um das hierzulande streng beäugte Gespräch zwischen Katholiken und Protestanten? Gerade weil Joseph Ratzinger lange Jahre in Deutschland lehrte, kennt er dessen Grenzen. Die theologische wie institutionelle Zersplitterung des Protestantis-

mus erschwert ein Fortkommen. Papst Benedikt setzt auf eine Ökumene des Gebets. Bei der Weltgebetstagswoche zur Einheit der Christen nannte er im Januar den Weg zur Einheit einen „moralischen Imperativ“. Ihn gelte es, „vor allem mit der Umkehr der Herzen und mit dem Gebet“ zu beschreiten.

Hoffnung Auf diesem unebenen Gelände bildet der Fließpunkt der benediktinischen Betrachtung abermals der innere Mensch. Um ihn ist auch die zweite Enzyklika von November 2007 über die Hoffnung zentriert. „Spe salvi“ entfaltet ein Panorama geklärter Lebensführung vor christlichem Horizont. In Abgrenzung von Marxismus wie Materialismus, in Diskussion mit Adorno und Augustinus zeichnet Benedikt die Wandlungen des Hoffnungs begriffes nach

und folgert: „Der Mensch braucht Gott, sonst ist er hoffnungslos.“ Durch Glauben erhielten die vielen Alltagshoffnungen ein tragendes Fundament, eine „Hoffnungsgewissheit, dass trotz allen Scheiterns mein eigenes Leben und die Geschichte im ganzen in einer unzerstörbaren Macht der Liebe geboren sind.“

Hoffnung ist auch vonnöten beim Blick auf die ökonomischen Verhältnisse. Schon in „Deus caritas est“ hatte Benedikt 2006 geschrieben: „Gerechtigkeit ist Ziel und daher auch inneres Maß aller Politik. (...) Die gerechte Gesellschaft kann nicht das Werk der Kirche sein, sondern muss von der Politik geschaffen werden.“ Wie aber kann eine menschenwürdige, gerechte Wirtschaft wahr werden? Die dritte Enzyklika, „Caritas in veritate“, wendet sich im Juli 2009 diesem schwierigen Problem zu. In Anlehnung an die katholische Soziallehre fordert Benedikt eine „echte ganzheitliche Entwicklung des Menschen“ in einer guten Gesellschaft. Nötig seien Menschen, die sich als Träger der Nächstenliebe verstehen, auch wenn sie dem „Spiel privater Interessen und Logiken der Macht“ ausgesetzt sind. Für Aufsehen sorgte die Einschätzung, dass „das Prinzip der Unentgeltlichkeit und die Logik des Geschenks (...) im normalen wirtschaftlichen Leben Platz haben können und müssen.“

Soziale Marktwirtschaft Ein Antikapitalist ist Benedikt ebenso wenig wie ein Globalisierungsgegner. Er befürwortet die soziale Marktwirtschaft und wendet sich wider die Instrumentalisierung des Menschen auf jedem Gebiet. Die Lösung heißt Ganzheitlichkeit: Die Wirtschaft muss im Dienst des Menschen stehen, der kein Produkt der ökonomischen Verhältnisse sei; die Schöpfung wird bewahrt, wenn Human- und Umweltökologie einander ergänzen. Konkret: Wer Laubwälder retten will, dürfe nicht Abtreibung befürworten; „das Buch der Natur ist eines und unteilbar“.

Sein Blick auf die katholische Kirche ist ganzheitlicher und nicht unkritisch. Von der Dominanz der Nabelschau zulasten der Verkündigung und dem Vorrang der Struktur vor den Glaubensfragen distanziert er sich: „Im Herzen der Kirche muss stets ein missionarisches Feuer brennen.“ In seinem Bestseller „Jesus von Nazareth“ heißt es, die Kirche bedürfe „immer wieder der Reinigung“. Die eigene Größe des Menschen wie auch der Institutionen muss weggeschnitten werden; was allzu groß geworden ist, muss wieder in die Einfachheit und Armut des Herrn selbst zurückgeführt werden.“

Die Rehabilitation der alten lateinischen Messe 2007 lässt sich als missionarischer Akt deuten und als Versuch, liturgische Klarheit und Einfachheit zurückzugewinnen. Und als der Papst auf dem Höhepunkt der Missbrauchskrise im März 2010 einen Brief an die irischen Katholiken schrieb, erwähnte er neben der Schwere der Vergehen die „oftmals unangemessenen Reaktionen der kirchlichen Autoritäten“. Er wandte sich gegen die „wohlmeinende, aber fehlgeleitete Tendenz“ der 1970er und 1980er Jahre, Strafen um des lieben Friedens willen zu vermeiden – und weil im nachkonziliar erneuerten Kirchenbild scheinbar weder Schuld noch Sünder vorgesehen waren. Unumstritten sind die wenigsten Deutungen und Appelle des Papstes, mehrheitsfähig nicht alle. Joseph Ratzinger weiß darum. Vielleicht findet er sich wieder in der Charakterisierung des Dichters Botho Strauß, der über den Papst einmal schrieb, dieser sei „der Letzte auf dieser Erde, der dazu berufen ist, das Heil nicht von Reformen zu erwarten“. Man darf ergänzen: wohl aber von innerer Erneuerung, Gerechtigkeit und globaler Ganzheitlichkeit. Alexander Kissler

Kissler ist Journalist und Autor von „Der deutsche Papst. Benedikt XVI. und seine schwierige Heimat“.

Was Gläubige auseinandertreibt: Ein Riss geht durch den deutschen Katholizismus

KIRCHE IN DER KRISE Auch vor dem Papstbesuch schwelt der Streit zwischen Reformern und Romtreuen weiter. Ein Dialogprozess soll zur Entspannung beitragen

Vor dem ersten offiziellen Deutschlandbesuch von Papst Benedikt XVI. hat die Polarisierung zwischen Reformern und betont Romtreuen unter den Katholiken im Lande einen neuen Höhepunkt erreicht. Es geht um Fragen wie die Lockerung des Zölibats, das Frauen-Diakonat, die Sakramente für wiederverheiratete Geschiedene oder eine andere Sexualmoral. Durch die deutschen Katholiken geht seit Jahren ein tiefer Riss zwischen „Modernisierern“ und „Glaubensstreuen“, der durch die Missbrauchsfälle in der Kirche 2010 einen neuen Schub erhalten hat.

Misstrauen in Rom Robert Zollitsch, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, zeigt sich Forderungen nach Veränderungen gegenüber aufgeschlossen: Man müsse „ein Stück Umbauarbeit leisten im laufenden Betrieb“, sagte er jetzt der Zeitung „Die Zeit“. Auch ihn ärgere die Langsamkeit von Veränderungen in der Kirche. Und mahndend sagt der Freiburger Erzbischof in Richtung Rom, dort gebe es Kreise, „die wittern gleich den Glaubensabfall, wenn wir in Deutschland etwas kontroverser diskutieren“. Den Papst nimmt Zollitsch dabei aus, aber für viele Kardinele beim Vatikan bleibe Deutschland das Land Martin Luthers, der Glaubensspaltung, eine bis heute schwärende Wunde bei den Katholiken. Die Existenz zweier zahlenmäßig

gleich großer christlicher Kirchen in Deutschland und die „protestantische Alternative“ sind auch ein Erklärungsmuster für den harten innerkirchlichen Streit, den es in ähnlicher Form sonst nur noch in den deutschsprachigen Nachbarländern Schweiz und Österreich gibt.

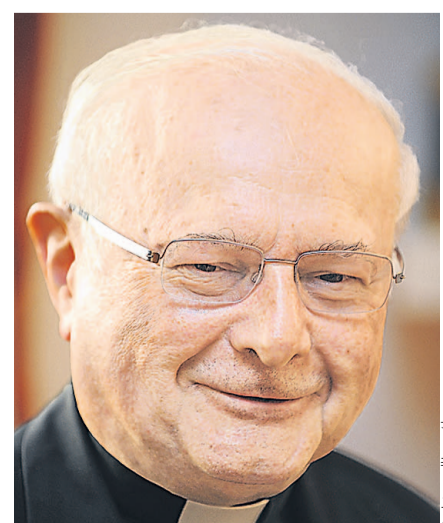
Laien im Disput Die Antreiber der Reformdebatte finden sich vor allem im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Die Laienorganisation steht bei Rom-Orientierten im Verdacht, die katholische Kirche „protestantisieren“ zu wollen. ZdK-Präsident Alois Glück dagegen macht für die derzeitigen Spannungen vor allem „konservativ orientierte Strömungen“ verantwortlich, die allzu sehr bestimmen wollten, was katholisch und gläubig sei und was nicht. Das ZdK stützt sich in seinen Reformforderungen auch auf Umfragen unter den Gläubigen, die mehrheitlich eine andere Kirchenhaltung zum Zölibat, zu Homosexuellen oder zur Rolle von Frauen in der Kirche fordern. Das sich als ZdK-Alternative und „Lehramtstreu“ verstehende Forum Deutscher Katholiken dagegen wirft den Reformfreudigen vor, allzu sehr zu vergessen, dass es in der Kirche eine „Erneuerung nur im Glauben“ geben könne. Forums-Vorsitzender Hubert Gindert sagt, die „erste Frage muss heißen, glaube ich an Gott?“, und: „Richtet man sich nach dem,

was Jesus Christus getan und gesagt hat beziehungsweise was davon überliefert ist?“

Umstrittenes Zölibat Vor allem der Disput über das Pflichtzölibat hat seit langem Stellvertreterfunktion in der Auseinandersetzung zwischen Reformern und Romtreuen. Die Ehelosigkeit der Priester ist kein Dogma, aber ein Lehrsatz in der katholischen Kirche, und wie kaum eine andere Regel in der modernen Welt umstritten. Für die Reformen ist das Zölibat ein Ergebnis der Disziplinierung von Klerikern durch Päpste im 11./12. Jahrhundert, die Konservativen verweisen indes darauf, dass schon auf der Synode von Elvira (bei Granada) um 306 Enthaltsamkeit angeordnet wurde. Papst Benedikt XVI. hatte erst kürzlich auf dem Weltjugendtag in Madrid die Ehelosigkeit als zentralen Bestandteil des Priesterdaseins („um des Himmelreiches willen“) verteidigt. Im Zuge der neuen Missbrauchsfälle bei Priestern wurde wieder heftig über die Regel gestritten. Für Aufregung sorgte zu Jahresbeginn ein Brief prominenter CDU-Politiker, unter ihnen Bundestagspräsident Norbert Lammert und Bundesbildungsministerin Annette Schavan, an die deutschen Bischöfe, wonach sie sich dafür einsetzen sollten, bewährte verheiratete Männer („viri probati“) zu Priestern zu weihen. Dies könne ein wirksames Mittel gegen den

Priestermangel sein. Neben den zuletzt stark gestiegenen Kirchenaustrittszahlen ist auch der drastische Rückgang von Priesterseminaristen eins der drängendsten Probleme der katholischen Kirche in Deutschland.

Gespaltene Bischöfe Entscheiden kann über Fragen wie Zölibat oder Frauen-Diakonat indes nur Rom, nicht die deutschen Bischöfe. Die zeigen sich in der Reformdebatte



Erzbischof Robert Zollitsch

wie die Gläubigen gespalten. Eine leichte Mehrheit unter den 27 Diözesanbischöfen gilt als konservativ-romorientiert, darunter Joachim Meisner (Köln), Franz-Josef Overbeck (Essen), Gerhard Ludwig Müller (Regensburg) oder Franz-Peter Tebartz-van Elst (Limburg). Als Reformen gegenüber aufgeschlossen gelten unter anderem Gebhard Fürst (Rottenburg-Stuttgart), Franz-Josef Bode (Osnabrück) oder Bischofskonferenz-Chef Zollitsch, der im Kreis seiner Amtsbrüder aber nur Moderator ist. Bischöfen wie dem mediengewandten Münchner Kardinal Reinhard Marx wird häufig keine klare Position zugeschrieben.

Dialogprozess Immerhin haben die deutschen Oberhirten inzwischen einen mehrjährigen Dialogprozess zwischen den Lagern in Gang gesetzt, auch, um nach den Erschütterungen durch den Missbrauchskandal vor dem Papstbesuch zur Beruhigung der Gläubigen beizutragen. Zum Auftakttreffen mit 300 Teilnehmern in Mannheim Anfang Juli war aber nur ein gutes Drittel der Diözesanbischöfe erschienen, vor allem romtreue blieben fern. Der konservative Ruhrbischof Overbeck indes schärfte den Teilnehmern in Mannheim ein, dass es „Antworten auf gegenwärtige Fragen“ nur „auf der Grundlage der Offenbarung und der Lehre der Kirche“

geben könne. In einem Interview erklärte er kurz später zu Zölibat, Frauen-Diakonat oder Wiederzulassung wiederverheirateter Geschiedener zur Eucharistie: „Es gibt Positionen der Kirche, die sind nicht verhandelbar.“

Klare Ziele vermisst Das alles zur Enttäuschung des Reformlagers. Der Theologe Prof. Hermann Häring, früherer Assistent des Papst-Kritikers Hans Küng, spricht von einer „inszenierten Veranstaltung“ in Mannheim, bei der es zu „keinem offenen Gespräch“ über Missstände in der römisch-katholischen Kirche gekommen sei. Der Episkopat wolle nur „Überkommenes retten“, und Häring fordert die Basis-Gemeinden auf, „selbstständiger“ gegenüber den Kirchenoberen zu werden. Hubert Gindert vom Forum Deutscher Katholiken vermisst dagegen, dass in Mannheim für den Dialogprozess „keine klaren Ziele“ festgelegt worden seien. Gespannt blickt man bei den deutschen Katholiken nun auf den Papstbesuch. Wird sich das Kirchenoberhaupt in seiner Heimat zur Reformdebatte äußern? Bei einer Begegnung mit vier deutschen Bischöfen Mitte August unter Führung von Kardinal Zollitsch zeigte sich Benedikt XVI. laut einer dünnen Meldung nur „sehr interessiert“ am Gesprächsprozess. Zu den Inhalten der Debatte indes schwieg der Papst. Hans Krump



Die Vorbereitungen laufen: Im Berliner Olympiastadion ist das Messgewand für den Papst schon eingetroffen und das Pilgerfeld (unten links) vor der Wallfahrtskapelle (Mitte) in Etzelsbach ist vorübergehend geteert.



© picture-alliance

Termine im Überblick

Stationen der Apostolischen Reise von Papst Benedikt XVI. (Auswahl):

22. September

Die Reise des Papstes beginnt am kommenden Donnerstag im Erzbistum Berlin.
11.15 Uhr: Mit einer offiziellen Begrüßung empfängt Bundespräsident Christian Wulff Papst Benedikt XVI. im Park von Schloss Bellevue. Die Apostolische Reise ist diesmal zugleich ein Staatsbesuch.
12.50 Uhr: Am Sitz der Deutschen Bischofskonferenz findet eine Begegnung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel statt.
16.15 Uhr: Das Staatsoberhaupt des Vatikans besucht den Deutschen Bundestag und spricht im Parlament.
17.15 Uhr: Es folgt eine Begegnung mit Vertretern der jüdischen Gemeinde und eine Ansprache des Heiligen Vaters.
18.30 Uhr: Bei der Feier der Heilige Messe mit 70.000 Besuchern im Berliner Olympiastadion hält Papst Benedikt die Predigt.

23. September

Der zweite Tag seiner Reise führt den Papst in das Bistum Erfurt. Zuvor findet in Berlin noch eine Begegnung mit den Vertretern des Islam in der Apostolischen Nuntiatur statt.
10.45 Uhr: Bei der Ankunft am Flughafen in Erfurt trifft Papst Benedikt mit Christine Lieberknecht, der Ministerpräsidentin von Thüringen, zusammen.
11.15 Uhr: Benedikt XVI. besucht den weltberühmten Dom St. Marien zu Erfurt.
11.45 Uhr: Der Heilige Vater kommt mit Vertretern des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) im historischen Augustinerkloster zu Erfurt, einer Luthersstätte, zu einem Gespräch zusammen.
12.20 Uhr: Ein ökumenischer Wortgottesdienst findet mit einer Predigt des Papstes in der Kirche des Augustinerkonvents statt.
17.45 Uhr: Benedikt XVI. hält eine Ansprache nach einer Marianischen Vesper unter freiem Himmel bei der Wallfahrtskapelle von Etzelsbach.

24. September

Nach einer heiligen Messe auf dem Domplatz in der Innenstadt von Erfurt reist Papst Benedikt XVI. weiter nach Lahr im Erzbistum Freiburg.
14.15 Uhr: Bei einem Besuch des Freiburger Münsters richtet der Heilige Vater ein Grußwort an die Stadtbevölkerung auf dem Münsterplatz.
16.50 Uhr: Es folgen Begegnungen von Papst Benedikt XVI. mit Altbundeskanzler Helmut Kohl, Vertretern der orthodoxen Kirchen, Seminaristen und dem Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) im Priesterseminar.
19.00 Uhr: Papst Benedikt feiert eine Gebetsvigil mit Jugendlichen auf dem Messelgelande in Freiburg.

25. September

Der letzte Tag seiner Reise beginnt für Papst Benedikt XVI. mit der Eucharistiefeier auf dem City-Airport-Gelände Freiburg.
16.20 Uhr: Es findet eine Begegnung mit den Bundesverfassungsrichtern im Priesterseminar statt.
17.00 Uhr: Der Papst spricht zu Katholiken, die sich in Kirche und Gesellschaft engagieren, im Konzerthaus zu Freiburg.
18.45 Uhr: Auf dem Flughafen Lahr findet die Abschiedszeremonie mit Ansprachen des Heiligen Vaters und des Bundespräsidenten statt. *jml*

Warten auf den Papst

STAATSBESUCH Auf seiner Deutschlandreise spricht Benedikt XVI. im Deutschen Bundestag

Vier Tage, vier Orte und mehr als 30 Termine binnen 96 Stunden: das sind die Eckdaten des Papstbesuchs. Vom 22. bis 25. September wird Benedikt XVI. zu Gast in Deutschland sein. Es ist der erste offizielle Besuch des Mannes, der als Oberhaupt eines anderen Staates, des Vatikans, in die Heimat kommt. Zwei Mal erst war er seit seiner Wahl 2005 zum höchsten Würdenträger der katholischen Kirche in Deutschland: zum Weltjugendtag in Köln kurz nach Amtsantritt und zum Besuch seiner bayerischen Heimat 2006. Bereits damals traf er sich mit politischen Vertretern der Bundesrepublik. Dieses Mal folgt er der Einladung des Bundespräsidenten Christian Wulff.

Historisches Ereignis Benedikt XVI. wird nicht nur Vertreter aller fünf Verfassungsorgane treffen, sondern auch im Deutschen Bundestag sprechen. Er ist der erste deutsche Papst seit 482 Jahren. Und er ist der erste Papst, der vor dem deutschen Parlament spricht: am Donnerstag, den 22. September. Ratzingers Rede ist für 16.15 Uhr angesetzt. Die „historische Bedeutung“ hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) bereits im Vorfeld betont. In allen Fraktionen gebe es einen „ganz breiten Konsens“, so Lammert, dass die „seltene und zu unser aller Lebzeiten vermutlich nicht wiederholbare Gelegenheit, einen deutschen Papst in der deutschen Hauptstadt begrüßen zu können, auch durch eine Einladung vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen, begleitet werden sollte“.

Zwar sind laizistische Kritiker der Meinung, dass die Rede des Papstes im Parlament der Trennung von Staat und Kirche und der weltanschaulichen Unabhängigkeit des Bundestags widerspreche. Dem entgegnet Lammert jedoch, dass es bei Einladungen von Staatsoberhäuptern, vor dem Bundestag zu sprechen, neben Zustimmung immer auch kritische Einwände gebe. Das gehöre „zu den selbstverständlichen Begleiterscheinungen einer liberalen Gesellschaft“. Hans Langendörfer, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und Generalkoordinator der Papstreise, stellte jüngst heraus, dass der Papst vor den Volksvertretern und damit zum gesamten deutschen Volk spreche. „Er kann die Wertschätzung des Apostolischen Stuhls und der katholischen Kirche für die freiheitliche Verfassung unseres Landes und für das Verantwortungsbewusstsein zum Ausdruck bringen, mit dem im Inneren wie im Äußeren Menschenrechte, soziale Anliegen und generell ein Ethos der Freiheit bei uns Beachtung finden.“ In seiner Rede habe Benedikt XVI. laut Langendörfer auch Gelegenheit, sich zur Beziehung zwischen Kirche und Staat in Deutschland „in einer Situation religiöser Pluralität“ zu äußern. Das Miteinander der Religionen ist ein zentrales Anliegen des Papstes und findet sich auch in den Terminen seiner Deutschlandreise wieder. Im Anschluss an die Bundestagsrede wird er Vertreter der jüdischen Ge-

meinde treffen. Für den darauffolgenden Tag stehen in Berlin ein Termin mit Vertretern des Islam, gegen Mittag in Erfurt ein Treffen mit Vertretern des Rates der Evangelischen Kirchen Deutschlands und ein ökumenischer Gottesdienst auf dem Programm. Der offizielle Leitspruch zum Deutschlandbesuch, „Wo Gott ist, da ist Zukunft“, bietet viel Raum für ökumenische und interreligiöse Dialoge zwischen den drei großen monotheistischen Weltreligionen. Dieses Motto ist ein Zitat des Papstes, das er während seines Besuchs im österreichischen Wallfahrtsort Mariazell 2007 geprägt hat. Dass Benedikt XVI. die Ökumene in Deutschland ein „besonders wichtiges Anliegen“ ist, betonte Bundestagspräsident Lammert unmittelbar im Anschluss an eine Privataudienz Ende Mai. Gemeinsam mit Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckhardt (Bündnis 90/Die Grünen) war er in den Vatikan gereist, um mit dem Papst die bevorstehende Deutschlandreise zu besprechen. Lammert hatte die Grünen-Politikerin damals gebeten, ihn zu begleiten, „um auf diese Weise deutlich zu machen, dass auch und gerade aus der Perspektive des Bundestags sich ein sehr starker Akzent der Erwartung auf das Thema Ökumene richtet“, sagte er. Göring-Eckhardt wird Benedikt XVI. in ihrer Funktion als Präsides der Synode der Evangelischen Kirche am 23. September im Augustinerkloster in Er-

furt begrüßen. Sie stellt heraus, dass die Region um Erfurt nicht nur durch die Reformation vor fast 500 Jahren, sondern auch durch eine starke Säkularisierung zu DDR-Zeiten geprägt ist. Den Papst-Besuch sieht Göring-Eckardt deshalb als „etwas sehr besonderes“. Zudem erhofft sie sich „sehr interessante“ katholisch-evangelische Gespräche.

Pilgerfeld in Thüringen Von Erfurt aus wird der Papst am späten Nachmittag per Hubschrauber zur Wallfahrtskapelle Etzelsbach im thüringischen Teil des Eichsfelds fliegen. Das nächstgelegene Dorf ist Steinbach mit nur rund 560 Einwohnern. Und die nächstgelegene große Stadt ist nicht etwa die Landeshauptstadt Erfurt, sondern das niedersächsische Göttingen mit 120.000 Einwohnern. Fast ebenso viele Menschen soll das Pilgerfeld vor der kleinen Kapelle in Etzelsbach beim Papstbesuch fassen. Mehr als 60.000 Besucher haben sich schon registriert. Erfurts Joachim Wanke appellierte jüngst noch einmal an Gläubige und Interessierte: „Kommen Sie nach Etzelsbach. Sie sind uns im Eichsfeld ganz herzlich willkommen!“ Seit August laufen die Vorbereitungen für die Veranstaltung. Die Wiesen vor der Kapelle werden auf einer Fläche so groß wie 20 Fußballfelder zum Pilgerfeld hergerichtet. Wo sonst Kühe grasen, rollen derzeit Straßenaufbaufahrzeuge. Der Boden wird befestigt und geteert; doch soll nach der Veranstaltung die Umgebung wieder in ihren Ausgangszustand zurückversetzt werden. Die nahegelegene Autobahn A38 wird auf einer

Länge von zehn Kilometern gesperrt und zum Busparkplatz umfunktioniert. 20 Kilometer Kabel werden verlegt, das Mobilfunknetz verstärkt. „Wir schaffen die Infrastruktur einer mittleren Stadt“, resümiert der Bischof. In Berlin ist der Aufwand nicht annähernd so hoch, denn die Infrastruktur ist vorhanden. Anfangs war geplant, die Heilige Messe mit dem Papst am 22. September auf dem Platz vor dem Schloss Charlottenburg zu feiern. Doch als klar wurde, dass der zu klein ist, wurde sie in das Olympiastadion verlegt. 70.000 Besucher werden erwartet, aus ganz Deutschland, aber vor allem auch aus dem gläubigen Polen. 16 Fernsehkameras sollen den Gottesdienst aufnehmen, 20 TV-Sender werden ihn weltweit übertragen.

Papstbank Die letzte Station seiner Deutschlandreise führt den Papst in das Erzbistum Freiburg. Am Samstag, den 24. September wird er unter anderem ein „Gebetsvigil mit Jugendlichen von 13 bis 30 Jahren“ feiern. Für die Abschlussveranstaltung am Sonntag auf dem Flugfeld in Lahr wurden spezielle, rustikale Holzbänke angefertigt, um das Ereignis naturnah zu gestalten. Anschließend sollen sie verkauft werden; mehrere hundert Vorbestellungen sind bereits bei den Produzenten eingegangen. Wer nicht auf die sogenannte Papstbank warten will, kann sich bereits jetzt im offiziellen Onlineshop mit Fanartikeln eindecken. Bisher haben sich zu den öffentlichen Großveranstaltungen mit Benedikt XVI. bereits eine Viertelmillion Besucher angemeldet. Tendenz steigend. *Verena Renneberg*

»Seltene und zu unserer aller Lebzeiten vermutlich nicht wiederholbare Gelegenheit.«
Norbert Lammert (CDU)

Was die Welt im Innersten zusammenhält

BUNDESTAG Fraktionen hoffen, dass der Papst zu unterschiedlichen Themen Stellung nimmt

Es ist ein Novum in der Geschichte des Bundestages: Erstmals spricht ein religiöses Oberhaupt vor dem Parlament. Eine Tatsache, die vor allem bei der Linksfraktion umstritten war. Entsprechend unterschiedlich äußern sich die religions- und kirchenpolitischen Sprecher der Fraktionen hinsichtlich ihrer Erwartungen an die Ansprache Benedikts XVI. vor den Abgeordneten. Während die Linke sich konkrete Aussagen zur Bekämpfung von Armut erhofft, sprechen Union, FDP und Grüne von grundsätzlichen Impulsen für die politische Arbeit.

Maria Flachsbarth (CDU) Die Beauftragung für Kirchen und Religionsgemeinschaften der Unionsfraktion hofft, dass Papst Benedikt XVI. Antworten zur gesellschaftlichen und politischen Situation gibt. Antworten auf Fragen, wie: „Wer hat die Verantwortung für die Finanzmärkte? Wo ist das Primat der Politik geblieben? Nach welchen Werten leben wir? Ist alles nur Konsum und Kommerz oder gibt es wichtigere Dinge in unserem Leben?“ Die Deutschen seien in Sorge, sagt die CDU-Abgeordnete. In Sorge darüber, wie es mit Europa weitergeht, wie es um die persönliche Sicherheit in Zeiten des internationalen Terrors bestellt ist. Angesichts dessen könne der Papst „Ermutigung und Zukunftsweisung“ geben. Deutschland sei

ein weitgehend christlich geprägtes Land, in dem die katholische Kirche jedoch unter einem Vertrauensverlust leide. Der Papstbesuch sei eine Gelegenheit, Vertrauen zu schaffen, sagt Flachsbarth.

Stefan Ruppert (FDP) Er wünsche sich eine „klare Positionsbestimmung“, was die Verortung der katholischen Kirche in der deutschen Gesellschaft und das Verhältnis von Staat und Kirche angeht, sagt der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften. „Der Papst ist nicht irgendwer, sondern die Stimme der katholischen Kirche in der Welt und zudem ein Deutscher.“ Insofern habe es eine große Bedeutung, dass er im Bundestag spricht.

Siegfried Ehrmann (SPD) „Ich denke, Benedikt XVI. wird viele Dinge ansprechen, die unsere Gesellschaft bewegen“, sagt der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die katholische Kirche sei weltweit, und besonders in Deutschland, ein wichtiger Partner im Bereich der Sozial- und Entwicklungspolitik. Ehrmann hofft auf Stichworte zur Wirtschafts- und Finanzkrise, zu Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit. Zwar gibt er sich skeptisch, ob der Auftritt des Papstes für den Bundestag „zwingend notwendig“ ist, jedoch sei sein

Deutschland-Besuch für die katholischen Bürger ein wichtiges Ereignis.

Raju Sharma (Die Linke) Der Papstbesuch werde „eine Aufbruchstimmung bei den Katholiken“ verursachen, vermutet auch der religionspolitische Sprecher der Linksfraktion. Als Oberhaupt von 1,2 Milliarden Menschen sei der Papst „ein Gesprächspartner, den man ernst nehmen muss“. Sharma hofft, dass der Papst umstrittene Dinge anspricht – etwa „seine Aussagen zur Homosexualität“ – und zudem konkret die Bekämpfung von Armut, die Reduzierung der Rüstungsexporte und den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit thematisiert. „Da gibt es große Übereinstimmungen zwischen der Linken und der katholischen Kirche“, glaubt Sharma.

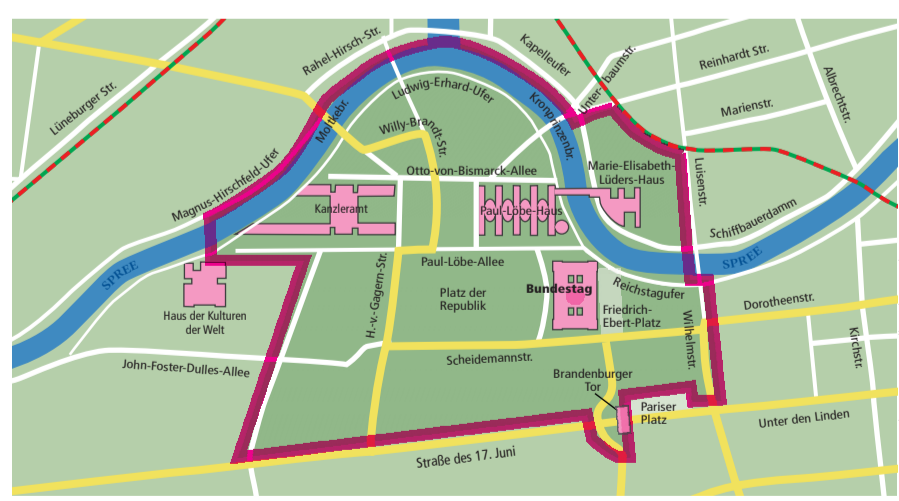
Josef Winkler (Grüne) erwartet eine „wegweisende Rede“ des Papstes im Parlament. „Ich würde mir wünschen, dass es nicht um Tagespolitik geht, sondern Benedikt XVI. darüber hinaus Impulse gibt, die wir in unserer politischen Arbeit verwenden können“, sagt der Sprecher für Kirchenpolitik und interreligiösen Dialog seiner Fraktion. Er halte es für bedeutsam, dass der Papst die Einladung des Bundestagspräsidenten angenommen hat. *Tatjana Heid*

Es gilt die höchste Gefährdungsstufe

SCHUTZMASSNAHMEN Behörden haben umfassendes Sicherheitskonzept entwickelt

Papst Benedikt XVI. ist einer der bestgeschützten Menschen weltweit. Protokollarisch zählt sein Besuch in Deutschland als der eines Staatsoberhauptes. Es gilt die höchste Sicherheitsstufe. An den Sicherheitsvorkehrungen sind Behörden und Einrichtungen von Bund, Ländern und dem Vatikan beteiligt – die Vorbereitungen sind vergleichbar mit denen beim Besuch des amerikanischen Präsidenten: Es werden Straßen gesperrt, Präzisionsschützen auf Häusern postiert, Kanaldeckel versiegelt.

Sperrung am Bundestag Auch die Bundestagspolizei befindet sich seit Ende Juni in intensiven Vorbereitungen und arbeitet eng mit der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und der Berliner Polizei zusammen. Die Bundestagspolizei hat zwei Aufgaben: Zum einen muss sie die Sicherheit des Papstes gewährleisten, zum anderen hat sie für einen störungsfreien Ablauf zu sorgen. Um Verzögerungen zu vermeiden, wurden die Routen von Papst und Gästen zum Bundestag genau bestimmt und Vorfahrtsregeln festgelegt. Der Zutritt der Medien ist exakt geregelt, die Örtlichkeiten inner- und außerhalb des Bundestages werden außerdem mit Sprengstoffpürhunden abgesucht. Am Tag selbst gilt Urlaubsverbot für die Beamten der Bundestagspolizei: Vier von fünf



Beim Papstbesuch ist dieser Bereich im Regierungsviertel gesperrt.

Dienstgruppen werden im Einsatz sein; lediglich die Nachtschicht bleibt ausgespart. Ab 10 Uhr morgens wird die Gegend um den Bundestag abgesperrt (siehe Karte). Die Sperrung umfasst grob die Fläche zwischen Brandenburger Tor, Kanzleramt, Spree und den Gebäuden des Deutschen Bundestages. An den Absperrungen kontrollieren die Berliner Polizei und Verbindungsbeamte der Bundestagspolizei die Zugänge – rein kommt nur, wer eine Einladung hat oder

Mitarbeiter des Deutschen Bundestages ist. Neben den offensichtlichen Kontrollen soll es zudem verdeckte Maßnahmen geben. Jeweils ab 16 Uhr und 17.25 Uhr werden die Durchlassstellen für den Zeitraum der An- und Abfahrt Benedikts XVI. vollständig gesperrt. Auch Reichstagskuppel und Dachterrasse werden von 13 Uhr an für den Rest des Tages gesperrt sein, der letzte Einlass zur Kuppel für bereits angemeldete Besuchergruppen ist um 12 Uhr. *Tatjana Heid*

AUFGEKEHRT

Von wegen »Schirm«

Was soll eigentlich das dauernde Gerede vom „Euro-Rettungsschirm“? Braucht der Euro einen Schirm, um gerettet zu werden? Heißt das, dass er nicht einmal einen kleinen Landregen aushält? Einen – passend zur Jahreszeit – lauen Spätsommerregen? Einen „warmen Regen“ sozusagen? Ist der Euro also nur Schönwetter-Geld? Aber „warmer Regen“ würde vermutlich eher bedeuten, dass es Euros regnet. Steht der Euro also gar im „Starkregen“, wie die Meteorologen sagen, und das Wasser ihm schon bis zum Hals, so dass er abzusaufen droht? Ja, kann er denn nicht schwimmen? Der Euro – ein Nichtschwimmer? Klingt irgendwie wie „Warmduscher“. Obwohl: „Euro schwimmt“ liest sich als Schlagzeile auch nicht so richtig gut, und die Märkte würden das bestimmt nicht gerne hören. Jedenfalls, wenn dem Euro der Wasserpegel schon Oberkante Unterlippe steht, wie soll ihm dann ein Schirm helfen? Wäre nicht fürs Erste ein Schwimmreifen besser? Damit könnte er wenigstens nicht untergehen. Und anschließend muss er doch erst einmal raus aus dem Wasser, sonst weicht er noch völlig durch. „Weicher Euro“, das klingt ja noch schlimmer! Und soll er vielleicht an dem Schirm aus den Fluten gezogen werden? So wie mit der Rettungsstange im Schwimmbad? Dann müsste es eher „Euro-Rettungsstange“ heißen, egal, wie sich das verkaufen lässt. Eigentlich passt es doch gut: „Euro-Rettungsstange“. Schließlich geht es um eine ganze Stange Geld. Wenn sie den Euro dann im Trockenen haben, können sie ihm ja immer noch den Schirm aufspannen, damit er bei Regen nicht mehr nass wird und es bei schlechtem Wetter trockenen Fußes ins Haus schafft, in das berühmte Europäische Haus. Und wenn es mal so sehr regnet, dass im Haus auch alles unter Wasser steht, ist wohl nicht nur der Euro im Keller. *Helmut Stoltenberg*

VOR 20 JAHREN ...

Erste Schritte Richtung Grün

21. September 1991: Parteibildung Die Gründung war ein Neuanfang: Als sich das Bündnis 90 am 21. September 1991 in Potsdam als Partei gründete, konnte es bereits auf eine bewegte Vergangenheit zurückblicken. Schon im Februar 1990 schlossen sich in der DDR die Bürgerbewegungen Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte zum Bündnis 90 zusammen. Bei der ersten freien Volkskammerwahl im folgenden Monat holten sie 2,9 Prozent der Stimmen – ein enttäuschendes



Matthias Platzeck (l.) und Wolfgang Templin (r.) beim Gründungskongress

Ergebnis für die Gruppierungen, hatten sie doch einen großen Anteil am Zusammenbruch der DDR. Mit der Grünen Partei der DDR bildete die Listenverbände in der Volkskammer die Fraktion Bündnis 90/Grüne. Auch bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl traten sie gemeinsam an, scheiterten im Westen an der Fünf-Prozent-Hürde, kamen in Ostdeutschland aber auf 6,1 Prozent und zogen dank einer Sonderregelung zur Fünf-Prozent-Hürde mit acht Vertretern ins Parlament. Dass sich die Gruppierungen im Jahr darauf formell zur Partei Bündnis 90 zusammenschlossen und eine Satzung nach bundesdeutschem Parteiengesetz gaben, bewerteten einige Parteienforscher als Versuch eines Neustarts nach den schlechten Wahlergebnissen. Das Signal: Man wollte auch im geeinten Deutschland eine Rolle in der Politik spielen. Bei der schwachen Basis ein schier hoffnungsloses Unterfangen. So waren wohl auch wahltaktische Überlegungen der Grund dafür, dass das Bündnis 90 zwei Jahre später, also 1993, gegen interne Widerstände mit der Grünen Partei der Ex-DDR und den westdeutschen Grünen zum Bündnis 90/Die Grünen fusionierte. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: BEIM TAG DER EIN- UND AUSBLICKE



Am Stand der Bundestagspolizei konnten sich Kinder beim Tag der Ein- und Ausblicke Ausweise machen lassen, die sie zum „Chefermittler“ ernannten.

»Ein fleißiges Parlament«

„Und, wie heißt du?“ „Ferdinand.“ „Dann sag mal, Ferdinand, hättest du gerne einen grünen oder einen rosa Ausweis?“ „Grün.“ „Okay. Dann musst du jetzt nur noch für das Foto lächeln.“ Ferdinand blinzelt in die Kamera. Drei Minuten später hält er den Kinderausweis der Bundestagspolizei in den Händen. Offiziell ist der Siebenjährige nun Chefermittler. Seine Schwester Emilia ausgewiesene Geheimagentin. „Vielleicht kommen wir ja jetzt durch den Hintereingang in den Bundestag“, sagt die Mutter. Am ersten Septembersonntag war das nicht nötig. Beim „Tag der Ein- und Ausblicke“ im Bundestag waren die Türen weit geöffnet – für Kinder, Eltern und alle, die sonst an der Arbeit von Abgeordneten und Parlamentsverwaltung interessiert waren. Mehr als 26.000 Besucher sind beim Tag der offenen Tür durch das Reichstagsgebäude, das Paul-Löbe-Haus und das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus geschlendert. Neben den Spielzeugausweisen der Bundestagspolizei gab es noch mehr Angebote für Kinder. So konnten sie basteln,

sich schminken lassen – Emilias Gesicht etwa schillerte türkis-weiß-grün – und auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäude bei der Union Plastikfische angeln. Die SPD-Fraktion verteilte unterdessen Rosen an die Besucher, die Grünen boten Sonnenblumen an. Bei der FDP-Fraktion lag Konfetti auf dem Boden und neben dem Stand der Linksfraktion stand ein quietschroter Gummielefant. An allen Ständen bot sich außerdem die Gelegenheit für politische Diskussionen: über das Bundestagsmandat von Ministern, die Erbschaftsteuer, Deutschland im Jahr 2020 und Politikverdrossenheit. Eine Etage tiefer, auf der Besuchertribüne im Plenarsaal, stellten die Vizepräsidenten des Bundestages nacheinander die Arbeit der Abgeordneten vor. „Wir sind ein fleißiges Parlament“, sagte Wolfgang Thierse (SPD) und erzählte von den Verpflichtungen eines Abgeordneten im Wahlkreis, dem dichten Terminplan in Sitzungswochen und der Wichtigkeit von Arbeitsgruppen. Er selbst komme aus Berlin und überlasse daher die landwirtschaftlichen Themen

der entsprechenden Fachgruppe seiner Fraktion, denn: „In meinem Wahlkreis gibt es keine einzige Kuh, vermute ich.“ In der Halle des Paul-Löbe-Hauses diskutierte währenddessen der Ausschuss für Arbeit und Soziales über Fachkräftemangel. Rund um das Bühnenprogramm stellten sich außerdem die Bundestagsausschüsse, der Bereich Presse und Kommunikation sowie die Wissenschaftlichen Dienste vor. Eine Ausstellung informierte über wichtige Debatten des Bundestages – von den Beratungen über den Beitritt zur Montanunion 1953 bis hin zur Diskussion über den Nato-Doppelbeschluss 1983. Schwindel- und höhenangstfreie Besucher konnten über die obere Freibrücke vom Paul-Löbe-Haus auf die andere Spreeseite zum Marie-Elisabeth-Lüders-Haus spazieren. Hier ging es ruhiger zu: In der Bibliothek – eine der größten Parlamentsbibliotheken der Welt – wurde geflüstert, auch wenn das an diesem Tag nicht nötig gewesen wäre. Aber, so formulierte es eine Besucherin aus Frankfurt am Main: „Soviel Wissen flößt Respekt ein.“ *Tatjana Heid*

LESERPOST

Zur Ausgabe 35/36 vom 29.08.2011, „Zeit für politische Lösungen“, Seite 2

Ich bin eine 22-jährige Studentin der Politikwissenschaft und Soziologie und begeisterte „Das Parlament“-Leserin. Der Aussage von Heidemarie Wieczorek-Zeul, das Beispiel Türkei zeige, dass Islam und Demokratie Hand in Hand gehen können, möchte ich jedoch widersprechen. Ganz so, wie sie es darstellt, ist es nicht. Die Türkei will schon seit Ewigkeiten in die EU und aufgrund von menschenrechtlichen und bislang auch religiösen Gründen hat es noch nicht geklappt. Was die Achtung der Menschenrechte in diesem Land betrifft, das vermag ich nicht zu beurteilen, aber was ich sehr wohl mit gutem Gewissen sagen kann, ist, dass die „Demokratie“ in der Türkei noch lange nicht Demokratie genannt werden darf. Eines der wichtigsten Bedingungen dafür ist nämlich die Meinungs- und Pressefreiheit. Und achtet die Türkei diese Grundrechte? Nein, das tut sie nicht, jedenfalls die Regierung nicht. Was ist mit dem türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk, der in einem seiner literarisch großartigen Büchern den Genozid an den Armeniern im Jahre 1915 „nur“ angerissen hat und in einem Interview lediglich gesagt hat, man solle dieses Thema in der Türkei doch endlich frei diskutieren? Es wurde ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet! Es darf nicht einmal über den Genozid geredet werden, sonst droht Bestrafung. Es sei eine „Beleidigung des Türkentums“, heißt es. Der Armenier Hrants Dink, der in Istanbul gelebt und gearbeitet hat, hat zusammen mit Freunden eine Redaktion ins Leben gerufen, die eine armenische Zeitung herausbrachte, in der es um Vergebung, Verständnis und Völkerverständigung zwischen den „Erzfeinden“ Tür-

kei und Armenien ging. Was hat er davon gehabt? Er wurde von einem türkischen Jugendlichen auf einer belebten Instanbuler Straße erschossen. Sieht so Demokratie aus? *Hasmik Mikaelian, Kiel*

Zur Ausgabe 35/36 vom 29.08.2011, „Die Fratze des Terrors“, Seite 1

Fürchterlich, nach der Sommerpause einen Blick ins „Das Parlament“ zu werfen und den Stereotypen – diesmal aus der Feder des Herrn Kitz – zu begegnen, die ich schon vorher abgelatscht fand: Fehler und Niedergang der USA, der blonde Norweger, wegen dem ich den Islam jetzt endlich nett finden soll, die Freiheitsrechte, die man sich als unaufhörlich ganz schlimm bedroht vorzustellen

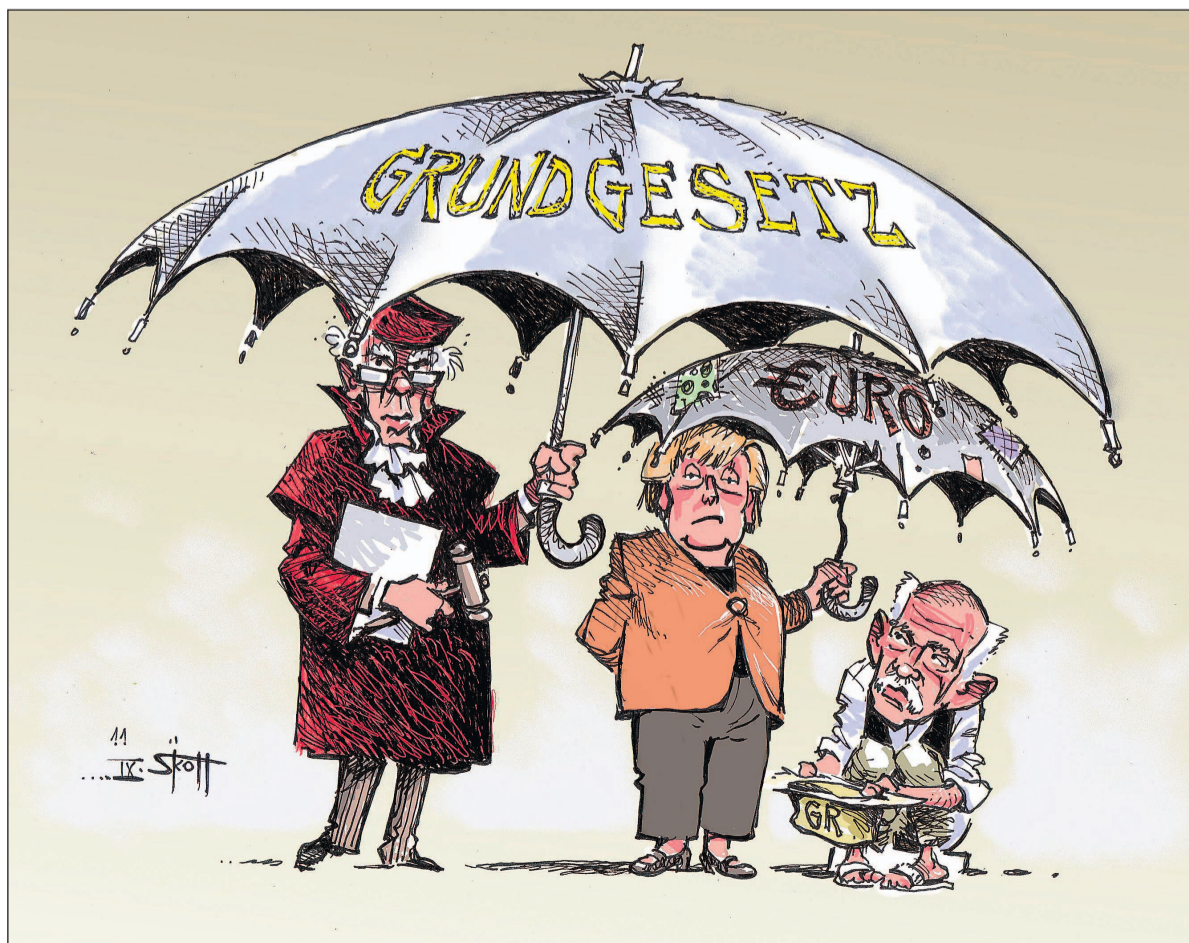
hat. Und dann noch die Empfehlung an die Politik der Europäer, nett zu sein zu denen, die jetzt grade besonders sympathisch gefunden werden (die jungen Demonstranten in Nordafrika). Ich habe den Eindruck, im deutschen Journalismus schreibt immer wieder einer vom anderen ab. *Jochen Wagner, Lübeck*

Zur Ausgabe 35/36 vom 29.08.2011, „Energie mit Geschmack“, Seite 16

Ich halte die Proteste gegen Windräder zehnmal mehr für eine Frage der landschaftlichen Ästhetik, als dass die Energieform als solche abgelehnt würde. Umso angetaner hat ich auch von dem oben genannten Artikel, der nicht nur Auswege, sondern wirk-

liche Perspektiven eröffnet. Auch der frisch gebackene Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Nils Schmidt, hat unter anderem von Herausforderungen der Ingenieurskunst gesprochen, die darin bestünden, binnen eines überschaubaren Zeitrahmens die Energieviende ins Werk zu setzen. Ich möchte hinzufügen: Welch krasse Unterforderung wäre die Fertigung der tausendsten, zehntausendsten Kopie Ein- und Desselben? Welch wirkliche Herausforderung bestünde darin, die vielfältigsten Variationen zu schaffen, wie sie Designer für Windräder und Strommasten zunehmend für sich entdecken? Anlagen, auf die Menschen nicht nur notgedrungen, sondern gerne schauen. Ein Aufstand würde losbrechen, würde man auch nur daran denken, einen Teil der Göltzschtalbrücke bei Reichenbach abtragen zu wollen. Würden wir Windräder schaffen, die nicht nur aus vordergründig materiellen, sondern gar aus ästhetischen Gründen Zuspruch fänden, wäre viel gewonnen. *Helmut Krüger, Potsdam*

SEITENBLICKE



„IN EIGENER SACHE“

Der ständige freie Mitarbeiter von „Das Parlament“, Jan Rübel, ist einer der diesjährigen Theodor-Wolff-Preisträger. Die Auszeichnung wurde ihm in der Kategorie „Lokales“ für seine Reportage „Die Tänzer von Zehlendorf“ in der „Berliner Morgenpost“ verliehen. Darin schildert Rübel die Tanzveranstaltung einer Alzheimer-Angehörigen-Initiative. Der Journalistenpreis der deutschen Zeitungen gilt als renommierteste Auszeichnung, die die Branche an Zeitungsjournalisten vergibt. Mit ihm würdigt der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger jedes Jahr die besten Essays, Kommentare und Reportagen.

PERSONALIA

> Jürgen Timm Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1987-1994, FDP

Am 15. September wird Jürgen Timm 75 Jahre alt. Der in der Raumfahrt tätige Diplomingenieur aus Stuhr/Kreis Diepholz trat 1972 der FDP bei, stand von 1980 bis 1986 an der Spitze des FDP-Bezirksverbands Osnabrück und gehörte von 1976 bis 1994 als Vorstandsmitglied dem FDP-Landesverband in Niedersachsen an. Von 1974 an war Timm, der sich auch kommunalpolitisch in seiner Heimatgemeinde engagierte, viele Jahre Kreistagsabgeordneter der Kreise Grafschaft Hoya beziehungsweise Diepholz. Im Bundestag engagierte sich Timm vorwiegend im Ausschuss für Forschung und Technologie. Er war zeitweise ehrenamtlicher Geschäftsführer der liberalen „Rudolf von Bennigsen-Stiftung“ und stand zudem an der Spitze des Wirtschaftsverbandes „Liberaler Initiative Mittelstand“.

> Klaus Schütz Bundestagsabgeordneter 1957-1962, SPD

Klaus Schütz vollendet am 17. September sein 85. Lebensjahr. Der aus Heidelberg gebürtige Politologe schloss sich 1946 der SPD an, trat 1951 an die Spitze der Jungsozialisten seiner Heimatstadt Berlin und amtierte von 1952 bis 1963 als SPD-Kreisvorsitzender im Berliner Stadtteil Wilmersdorf. Seit 1951 war er außerdem Mitglied des Berliner Landesvorstands und von 1968 bis 1977 Vorsitzender der Berliner SPD. Von 1970 bis 1977 gehörte er dem Bundesvorstand seiner Partei an. Schütz, von 1954 bis 1957 und von 1963 bis 1977 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus, wurde einer breiteren Öffentlichkeit 1961 als Wahlkampfleiter Willy Brandts bekannt, dessen engster Mitarbeiter er schon seit Beginn der 1950er Jahre war. Ende 1961 hatte ihn der damalige Regierende Bürgermeister zum Senator für Bundesangelegenheiten berufen und 1966, nach Bildung der Großen Koalition in Bonn, ernannte Brandt ihn zu seinem Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Bereits ein Jahr später trat Schütz in Berlin die Nachfolge des kurzzeitigen Brandt-Nachfolgers Heinrich Albertz an und behielt dieses Amt bis zu seinem Rücktritt 1977 inne. Im Jahr 1967/68 war Schütz Präsident des Bundesrates. Nach seinem Abschied aus der Berliner Politik übernahm er von 1977 bis 1981 den Posten des deutschen Botschafters in Israel. Von 1981 bis 1987 amtierte er als Intendant der Deutschen Welle, anschließend war er bis 1993 als Direktor der Landesanstalt für Rundfunk in Nordrhein-Westfalen tätig. Schütz, der an der Ausarbeitung der Brandtschen Ostpolitik nachhaltig mitwirkte, beschränkt – gerade in Berlin – den Weg der „Politik der kleinen Schritte“. In seine Amtszeit fiel im September 1971 die Unterzeichnung des Viermächteabkommens. Dem Deutschen Bundestag gehörte er als Berliner Abgeordneter an und war Mitglied des Innenausschusses. Anfang Januar 1962 legte er das Mandat infolge seiner Berufung in den Berliner Senat nieder.

> Peter Zumkley Bundestagsabgeordneter 1987-1991, 1994-2002, SPD

Peter Zumkley wird am 17. September 75 Jahre alt. Der aktive Bundeswehrsoldat, zuletzt im Rang eines Oberst, und Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr, wurde 1969 Mitglied der SPD. Er war Vorsitzender des SPD-Kreises Wandsbek und stand von 1987 bis 1994 an der Spitze des Arbeitskreises „Frieden und Sicherheit“ der Hamburger SPD. In den Jahren 1993 und 1994 saß er in der Hamburger Bürgerschaft und war von 1991 bis 1993 Senator und Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt beim Bund. Im Bundestag war Zumkley stets Direktkandidat des Wahlkreises Hamburg-Wandsbek. Er engagierte sich vorwiegend im Verteidigungsausschuss und war von 1998 bis 2002 verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 26.09.2011.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 19.-23.09.2011
Ansprache des Papstes (Do), Gesetzliche Krankenversicherung (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream